

GESCHICHTE
DES DEUTSCHEN SCHULWESENS
IN LITAUEN

Harry Stossun

ANNABERGER ANNALEN
Nr. 9 / 2001

GESCHICHTE DES DEUTSCHEN SCHULWESENS IN LITAUEN

Harry Stossun

I. Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist im Rahmen des Projektbereiches „Geschichte Ostdeutschlands und der Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa“ am Historischen Seminar der Universität Hamburg unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Norbert Angermann entstanden. Sie ist für den vorliegenden Jahresband der Annaberger Annalen um die Betrachtungen zu den einzelnen Schulen gekürzt worden. Es ist geplant, diese fehlenden Kapitel in einem Folgeband der Annaberger Annalen zu veröffentlichen.

1. Einleitung

1.1. Aufgabenstellung

„Unsere Geschichte bringt wenig historisch ergreifende Episoden, sie weiß von keinen Heldentaten, sie kennt wenig Heroismus, sie ist durchgängig eine Geschichte des Alltags, eine Geschichte treuer Arbeit im Kleinen, einer Arbeit, die sich oft unter schweren Widerständen und Hemmungen zu bewähren hatte“¹.

Dieser Satz aus dem „Deutschen Genossenschaftskalender 1930“ umreißt kurz und treffend die Geschichte der deutschen Minderheit in Litauen, die im Mittelalter begann und mit der Umsiedlung im Jahre 1941 bzw. mit der Flucht 1944 endete. Davor lebte diese Volksgruppe, die seit dem 19. Jahrhundert vor allem aus Bauern und Handwerkern bestand, recht unauffällig zwischen den Litauern.

Die Deutschen bemühten sich über Jahrhunderte darum, ihre Kultur, das heißt ihre Sitten und Gebräuche und ihre Sprache, zu erhalten. Diese Bemühungen waren vor allem deshalb erfolgreich, weil die Deutschen Protestanten waren und sich somit von den katholischen Litauern unterschieden. Neben der evangelischen Kirche waren die seit dem Vordringen des Protestantismus nach Polen-Litauen vorhandenen Schulen die wichtigsten Institutionen des geistigen Lebens, denn sie galten als „Le-

¹ Deutscher Genossenschaftskalender für Litauen 1930, S. 55.

bensnerv“² der Volksgruppe und waren für deren Fortbestand von entscheidender Bedeutung. Dabei waren diese Schulen in Litauen bis in unser Jahrhundert aufs engste mit der evangelischen Kirche verbunden. Erst nach dem Ersten Weltkrieg nahmen sich der Staat und private Vereine der Bildung an.

In der vorliegenden Arbeit soll die wechselvolle Geschichte des deutschen Schulwesens betrachtet werden. Nach einem kurzen Abriss der Geschichte der Deutschen in Litauen bis zum Ersten Weltkrieg wird das Schulwesen zunächst in dieser älteren Zeit untersucht.

Die Geschichte der Deutschen in Litauen während des Ersten Weltkrieges, die „Entdeckung“ dieser in Deutschland bis dahin weitgehend unbekanntes Volksgruppe und die Schulpolitik der deutschen Besatzungsverwaltung werden behandelt.

Der Chronologie folgend wird es anschließend um die deutschen Schulen in der Zeit der litauischen Selbständigkeit gehen. Da ein umfassendes deutsches Schulwesen in Litauen erst in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg existierte, nimmt in der vorliegenden Arbeit die Untersuchung des Zeitraumes bis zur Umsiedlung einen breiten Raum ein. In dieser Zeit entstand eine ganze Reihe neuer deutscher Schulen, die älteren gingen von kirchlicher in staatliche oder private Trägerschaft über. Um die verfassungsmäßig garantierten Minderheitenrechte in Anspruch nehmen zu können, mußten von den Deutschen Interessenvertretungen gegründet werden. Da die wichtigste Volkstumsorganisation, der „Kulturverband der Deutschen Litauens“, aus einem Schulverein hervorgegangen war und sich insbesondere auch im schulischen Bereich einsetzte, werden die Tätigkeit dieser Organisation, ihre innere Struktur und insbesondere auch die dort vorhandenen Einflüsse des Nationalsozialismus ab Mitte der 30er Jahre ausführlich darzustellen sein.

In den 20er und vor allem in den 30er Jahren wurden die Schulen der Minderheit, die inzwischen zum großen Teil mit Mitteln aus Deutschland finanziert wurden, zum Hauptstreitobjekt zwischen den staatlichen litauischen Stellen auf der einen und der deutschen Volkstumsorganisation auf der anderen Seite. Die nationalistischen Strömungen in Litauen, das in dieser Zeit große innen- und außenpolitische Probleme zu bewäl-

² Otto Boelitz: Wesen und Bedeutung der deutschen Auslandsschule. In: Die deutsche Auslandsschule. Beiträge zur Erkenntnis ihres Wesens und ihrer Aufgaben, hrsg. von Otto Boelitz und Hermann Südhoff. Langensalza 1929, S. 1-16, hier S. 1f.

tigen hatte, wurden immer stärker und führten zu einer restriktiven Minderheitenpolitik, die sich auch gegen das deutsche Schulwesen richtete. Aufgabe dieser Untersuchung wird es sein, die Maßnahmen der litauischen Stellen und die Reaktionen der deutschen Seite herauszustellen und dabei exemplarisch die Probleme der Umsetzung der Minoritätenrechte in einem Nationalstaat mit hohem Minderheitenanteil zu beleuchten.

1940 verlor Litauen infolge des Hitler-Stalin-Paktes seine staatliche Souveränität und wurde in die Sowjetunion eingegliedert. Die deutschen Schulen wurden geschlossen, und die Minderheit verließ 1941 im Rahmen einer zwischen der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschen Reich vertraglich vereinbarten Umsiedlung ihre Heimat. Ein bedeutender Teil der Deutschen kehrte jedoch in den Jahren 1942 bis 1944 in das inzwischen von deutschen Truppen besetzte Litauen zurück, wo sie die Vorboten einer umfassenden deutschen Kolonisation sein sollten. Die von der Besatzungsverwaltung für die Rücksiedlerkinder wiedereröffneten oder neu eingerichteten Schulen werden in die Untersuchung ebenfalls einbezogen.

In der vorliegenden Arbeit soll nicht nur eine Geschichte der Institutionen geschrieben werden, sondern, soweit die Quellenlage es zuläßt, wird auch ein Bild des Schullebens zu vermitteln sein.

1.2 Begriffsklärung

Die territoriale Gestalt Litauens unterlag im Laufe der Geschichte erheblichen Veränderungen, und auch im Betrachtungszeitraum (Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg) blieb sie nicht konstant.

In der vorliegenden Arbeit wird unter „Litauen“ ein Gebiet verstanden, das aus dem russischen Gouvernement Kowno, dem Nordteil des Gouvernements Suwalki und dem Westteil des Gouvernements Wilna bestand und in dieser Gestalt die nach dem Ersten Weltkrieg gemäß dem ethnographischen Prinzip geschaffene litauische Republik bildete³.

³ Siehe die Karte "Von der Republik zur Sowjetrepublik Litauen. Grenzveränderungen 1918-1945" bei Manfred Hellmann: Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. 4. Aufl. Darmstadt 1990 (Anhang).

Das Memelland, das nach der Besetzung durch litauische Truppen im Jahre 1923 einen Autonomiestatus erhielt, 1939 wieder dem Deutschen Reich angegliedert wurde und heute zu Litauen gehört, wird in die Untersuchung nicht mit einbezogen. Wenn es in diesem Gebiet auch eine größere Zahl von Personen litauischer Volkszugehörigkeit gab, so gehörte es doch historisch gesehen zu Ostpreußen. Es bestanden so gut wie gar keine Verbindungen zwischen den Deutschen im Memelland und den Deutschen in Litauen, und auch die Situation des deutschen Schulwesens in diesem Gebiet in den Jahren 1923 bis 1939 unterschied sich grundlegend von ^{der} Lage der deutschen Minderheitenschulen in Litauen.

Das Wilnagebiet mit der historischen Hauptstadt des Landes, das zwischen 1919 bzw. 1920 und 1939 widerrechtlich von Polen besetzt gehalten wurde, wird als zu Litauen gehörig betrachtet, wobei es dort jedoch nur eine einzige deutsche Schule gab, und zwar in Wilna (Vilnius) selbst.

Die Tatsache, daß die Grenzen der russischen Gouvernements, der deutschen Militärverwaltung im Ersten Weltkrieg und der litauischen Republik der Zwischenkriegszeit nicht genau übereinstimmten⁴, ist hier unbedeutend, da es nur in dem oben umrissenen Gebiet deutsche Schulen gab.

Wenn im Folgenden von „Deutschen“ und „Litauern“ die Rede ist, so beziehen sich diese Angaben nicht auf offizielle Daten oder auf die Eintragungen in den Pässen, sondern auf das nationale Bekenntnis des Individuums oder der Gruppe. Dabei wurde dieses Bekenntnis nicht immer verbal oder schriftlich ausgedrückt, sondern es ließ sich aus dem Verhalten, z.B. aus der Haussprache oder dem Besuch deutscher Gottesdienste, ableiten. Es ist zu beachten, daß es bei einem großen Teil der Bevölkerung Litauens, die durch die wechselvolle Geschichte des Landes vor allem auch polnischen und russischen Einflüssen ausgesetzt gewesen war, lange Zeit kein klares Nationalbewußtsein gab, sondern im Bewußtsein der Bevölkerung kam der Religionszugehörigkeit primäre Bedeutung zu. Die deutsche Minderheit bestand zu 98 Prozent aus Lutheranern, während sich die litauische Mehrheitsbevölkerung zu einem ebenso hohen Anteil zur römisch-katholischen Kirche bekannte.

Bis in die Zeit zwischen den Weltkriegen bestand im Verständnis der Bevölkerung Litauens eine Identität von „evangelisch“ und „deutsch“. Da für die ältere Zeit kaum Angaben über die verwendeten Sprachen vorliegen und ein großer Teil der Bevölkerung außerdem mehrsprachig war (litauisch, deutsch, polnisch, russisch), wird es kaum möglich sein, weitere Differenzierungen vorzunehmen.

In der Zwischenkriegszeit wuchs sowohl das Nationalbewußtsein der Litauer als auch der Deutschen. Wenn man das persönliche Bekenntnis der Bewohner zugrunde legt, ist eine Zuweisung der Begriffe „deutsch“ bzw. „litauisch“ für diese Zeit leichter möglich. Daß es bei der Feststellung der Volkszugehörigkeit trotzdem beträchtliche Differenzen zwischen den litauischen Stellen und den Deutschen gab und diese sich insbesondere auch auf das Minderheitenschulwesen auswirkten, soll im Folgenden deutlich werden.

Eine Erläuterung ist auch für den Begriff „deutsche Schule“ nötig. Als solche soll hier eine Einrichtung mit überwiegend deutscher Unterrichtssprache verstanden werden. Daß es auch hier erhebliche Abweichungen der amtlichen litauischen Statistik von den Zahlen der deutschen Volkstumsorganisation gab, wird aufzuzeigen sein.

Für die Orte, die in der vorliegenden Arbeit erwähnt werden, liegen zumeist mehrere Namen vor, da sie häufig außer über eine litauische oder polnische auch über eine oder sogar mehrere deutsche Bezeichnungen verfügten. In der vorliegenden Untersuchung erfolgt die Schreibung in der Regel in der litauischen Weise. Bei der ersten Nennung wird der deutsche Name in Klammern hinzugefügt.

1.3 Forschungsstand und Quellenlage

Die Geschichte der Litauendeutschen steht in der Historiographie im Schatten der Geschichte der Deutschen aus Estland und Lettland, den sogenannten Deutschbalten, und ist weitgehend unerforscht. Diese Diskrepanz ist vor allem auf die geringere gesellschaftliche und politische Bedeutung der deutschen Minderheit Litauens zurückzuführen. Sie stellte im Gegensatz zu den Deutschen in Livland, Kurland und Estland keine Oberschicht, sondern glich in ihrer Struktur eher der bäuerlichen litauischen Mehrheitsbevölkerung. Diese Volksgruppe hat nur vergleichsweise wenige Akademiker hervorgebracht, und es gab niemanden aus dem Kreis der Litauendeutschen, der sich als Historiker der eigenen Geschichte hätte annehmen können.

Umfangreichere wissenschaftliche Untersuchungen über das deutsche Schulwesen in Litauen gibt es nicht⁵. Rudolf Heberle und Gustav Wagner gehen in ihren Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Minderheit nur am Rande auf die Thematik ein. In der historischen, demographischen, sozialökonomischen und politischen Untersuchung von Rudolf Heberle findet sich ein Kapitel über die Schulen der deutschen Minderheit. Das Manuskript für die Arbeit wurde schon im Juli 1926 abgeschlossen, und Heberle konnte somit nur wenige Ausführungen zu den Geschehnissen in den ersten Jahren der litauischen Selbständigkeit machen. Seine Angaben zur Siedlungsgeschichte und der Demographie der Deutschen in Litauen wurden aber bislang noch nicht revidiert. Für das zu bearbeitende Thema interessant sind ein Verzeichnis der Orte, an denen es deutsche Schulen und deutsche Gottesdienste gab, sowie eine dazugehörige Kartenskizze⁶.

Die zweite Gesamtdarstellung der Geschichte der Litauendeutschen ist die 1943 der Philosophischen Fakultät der Albertus-Universität in Königsberg vorgelegte Dissertation von Gustav Wagner⁷. Als Betroffener schildert er sehr ausführlich die Repressionsmaßnahmen des litauischen Staates in der Zwischenkriegszeit. Eine ausgewogene Darstellung gelingt ihm jedoch nicht. Zu kritisieren ist vor allem seine Sprache⁸. Wagner stützt sich insbesondere auf veröffentlichtes Material, in seinem Kapitel über die deutschen Schulen primär auf deutsche Presseerzeugnisse aus der Zwischenkriegszeit.

Zum Forschungsstand und zur Quellenlage siehe auch Harry Stossun: Das deutsche Schulwesen in Litauen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Eine Übersicht der deutschsprachigen Literatur und Archivalien. In: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, N.F., Bd. 1/1992, H. 2, S. 395-400. Eine allgemeine Einführung in die Problematik der Minderheitenschulen liefert Heinz Kloss: Volksgruppenrecht und Schule. In: System eines internationalen Volksgruppenrechts. Völkerrechtliche Abhandlungen, hrsg. von Theodor Veiter, Bd. 3/3. Sonderprobleme des Schutzes von Volksgruppen und Sprachminderheiten. Wien 1978.

Rudolf Heberle: Die Deutschen in Litauen. Stuttgart 1927.

Gustav Wagner: Die Deutschen in Litauen, ihre kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinschaften zwischen den beiden Weltkriegen. Marburg 1959.

So schreibt Wagner, bezogen auf das Schulwesen: "Das Entvolkungsstreben des litauischen Staates öffnete so manchem Deutschen die Augen und reichte ihn in die völkische Kämpferschar ein". Ebd., S. 169.

Von Manfred Hellmann, dem großen Kenner der Geschichte Litauens, stammt eine ganze Reihe von Beiträgen zur Geschichte der deutschen Minderheit in diesem Land⁹. Die Schulen werden dabei jedoch nur ganz am Rande angesprochen. Das gilt ebenso für Hellmanns bekannte Monographie zur litauischen Geschichte¹⁰.

Mit der Kulturpolitik in Litauen in der Zeit der deutschen Besetzung während des Zweiten Weltkrieges (1941-1944) beschäftigte sich Hans Dieter Handrack. In dieser 1981 erschienenen Arbeit über das „Reichskommissariat Ostland“ stellt der Autor auch die Grundzüge der deutschen Schulpolitik heraus, mit speziellen Fragen wie die der Schulen für die Rücksiedler beschäftigte er sich jedoch nicht¹¹. Letzteres gilt ebenso für den finnischen Historiker Seppo Myllyniemi, der in seinem gut gearbeiteten Buch über die „Neuordnung der baltischen Länder 1941-1944“ am Rande auch auf die Rücksiedlung eingeht, nicht aber auf die Schulen für diese Deutschen¹².

In dem 1984 von Albert Unger herausgegebenen Buch „Europäer-Deutsche aus Litauen“, das keinen wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, wird der Bereich Schule so gut wie gar nicht behandelt¹³.

Vom Verfasser selbst liegt u.a. eine Untersuchung über das Schicksal der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges vor, in der die deutschen Schulen, sowohl in der Zwischenkriegszeit als auch

U.a. Manfred Hellmann: Zur Geschichte der Deutschen in Litauen. In: Auslandsdeutsche Volksforschung, Bd. 1/1937, S. 447-459; ders.: Artikel "Litauen". In: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, hrsg. von: Carl Petersen, Paul-Hermann Ruth u.a. Breslau 1939, S. 361-402; ders.: Wesen und Werden der deutschen Volksgruppe in Litauen. In: Deutsche Monatshefte, H. 7/1940, S. 107-114, H. 8/1940, S. 231-243; ders.: Die Deutschen in Litauen. Kitzingen 1951; Johannes Strauch: Das Deutschtum in Litauen. In: Estländisch-deutscher Kalender 1925, S. 193-201.

⁰ Hellmann: Grundzüge der Geschichte Litauens, a. a. O.

¹

Hans Dieter Handrack: Das Reichskommissariat Ostland. Die Kulturpolitik der deutschen Verwaltung zwischen Autonomie und Gleichschaltung 1941-1944.

Hannoversch Münden 1981.

² Seppo Myllyniemi: Die Neuordnung der baltischen Länder 1941-1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik. Helsinki 1973.

³ Europäer - Deutsche aus Litauen, hrsg. von Albert Unger. Amsberg 1984.

während der Rücksiedlung in den Jahren 1942-1944, jedoch auch nur kurz Erwähnung finden¹⁴.

Von litauischer Seite hat man erst in den letzten Jahren damit begonnen, die Entwicklung des Schulwesens in der Zwischenkriegszeit näher zu betrachten. Litauische Untersuchungen über die Minderheitenschulen in der älteren Zeit liegen nicht vor. Saulius Kaubrys veröffentlichte 1992 eine Arbeit über die Entwicklung des Volksschulwesens in der Zeit von 1918 bis 1940. Für seine Untersuchung zog er die im Litauischen Staatsarchiv vorhandenen Akten des Bildungsministeriums heran und wertete das Presseorgan dieses Ministeriums, „Švietimo Darbas“ („Bildungsarbeit“), sowie die Zeitschrift „Tautos mokykla“ („Nationalschule“) aus. Der Autor geht auch auf die Lehrerbildung ein und zieht insgesamt eine positive Bilanz der Entwicklung des Volksschulwesens¹⁵. In einem in deutscher Sprache erschienenen Aufsatz, in dem er auch die neueren Erkenntnisse anderer litauischer Historiker berücksichtigt, befaßt sich Kaubrys auch mit den Minderheitenschulen in der Zeit der litauischen Selbständigkeit. Zwar liefert er einen interessanten Gesamtüberblick, seine Beurteilung der Entwicklung des deutschen Minderheitenschulwesens ist aber wegen des Verzichts auf deutsche Literatur und Archivalien nicht differenziert genug. Die Gründe für die Schließung von Schulen werden in erster Linie bei den Minderheiten selbst gesucht, von den nationalistischen Strömungen im Lande, die auch gegen das deutsche Minderheitenschulwesen richteten, ist nicht die Rede.¹⁶

Harry Stossun: Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im Osten. Marburg 1993; ders.: Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen 1941. In: Litauisches Kulturinstitut, Jahrestagung 1989/90, S. 51-61; ders.: Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen. In: Ostdeutsche Gedenktage 1991, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Bonn 1991, S. 284-287; ders.: Zwischen Lehrstuhl und Pflug. Überblick über die Geschichte der Deutschen in Litauen. In: Die Grenze als Ort der Annäherung. 750 Jahre deutsch-litauische Beziehungen, hrsg. von Arthur Hermann. Köln 1992, S. 169-186.

Saulius Kaubrys: Lietuvos pradinis mokyklos istoriņ raida 1918-1940m. Vilnius 1992.

Ders.: Schulen der nationalen Minderheiten im Bildungswesen des unabhängigen Litauen (1918-1940). In: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, N.F. Bd. I/1992, H. 2, S. 401-415.

Zur Geschichte der deutschen Schulen in der älteren Zeit findet sich manches Material in den Arbeiten zur Kirchengeschichte. Zu nennen wären hier in erster Linie die drei Werke von E. H. Busch¹⁷, denen vor allem statistisches Material zu entnehmen ist. Allein für die deutschen Schulen in Kaunas liegen für die ältere Zeit Untersuchungen vor, die auf umfangreichen Quellenstudien basieren. Johannes Wischeropp wertete vor dem Zweiten Weltkrieg die inzwischen verschollenen Kirchenratsakten aus und lieferte anhand dieses originären Materials wichtige Informationen¹⁸.

Über die Schulen in Litauen während des Ersten Weltkrieges ist insbesondere durch die Arbeit von Hans Zemke einiges bekannt. Dieser gibt im Anhang auch eine ganze Reihe wichtiger Quellentexte wieder¹⁹. Da die Leistungen der Ober-Ost-Verwaltung im Bereich der Schulen von deutscher und litauischer Seite jeweils sehr unterschiedlich bewertet werden, kommt der Arbeit Petras Klimas²⁰, der die Maßnahmen aus litauischer Sicht betrachtet, eine große Bedeutung zu. Auch Klimas belegt seine Aussagen durch Quellentexte²⁰.

Für die Bearbeitung der Geschichte des Minderheitenschulwesens in Litauen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ist es notwendig, auf die entsprechenden Gesetzestexte und Bestimmungen der damaligen Zeit zurückgreifen zu können. Die wichtigsten davon liegen auch in deutscher Sprache vor. Herbert Kraus liefert in seinem 1927 erschienen Buch „Das Recht der Minderheiten“ unter anderem den französischen Originaltext der litauischen Minoritätenerklärung, abgegeben vor dem

E.H. Busch: Materialien zur Geschichte und Statistik des Kirchen- und Schulwesens der Evang.-Luth. Gemeinden in Rußland. St. Petersburg 1862; ders.: Beiträge zur Geschichte und Statistik des Kirchen- und Schulwesens der evang.-augsburgischen Gemeinden im Königreich Polen. Leipzig 1867.; ders.: Ergänzungen der Materialien zur Geschichte und Statistik des Kirchen- und Schulwesens der evang.-luth. Gemeinden in Rußland. Leipzig 1867.

Johannes Wischeropp: Die heilige Stadt unserer Väter. Die Evang.-Luther. Trinitatiskirche zu Kaunas 1683-1933. Kaunas o. J.; ders.: Aus 325 Jahren ev. Kirchenratsarbeit in der deutschen Gemeinde zu Kaunas. Kaunas 1939.

Hans Zemke: Der Oberbefehlshaber Ost und das deutsche Schulwesen im Verwaltungsbereich Litauen während des Weltkrieges. Berlin 1936.

Petras Klimas: Der Werdegang des litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung. O.O. 1919.

Völkerbundsrat in der Sitzung vom 12. Mai 1922²¹. Besonders wichtig sind die von Kurt Egon Frhr. von Türcke zusammengestellten Gesetze. Hier finden sich neben der deutschen Übersetzung der gerade erwähnten Erklärung u. a. auch das Volks- und das Mittelschulgesetz von 1936 sowie die Bestimmungen über die Umgestaltung der Mittelschulen und Höheren Schulen aus dem gleichen Jahre²². Paul Rühlmann gibt das Volksschulgesetz vom 6. Oktober 1922 und das Gesetz über die Mittelschulen und Höheren Schulen vom 17. Februar 1925 wieder²³. Wichtig sind auch die von Walter Sturm zusammengestellten Übersetzungen aus „Švietimo Darbas“, dem Presseorgan des Litauischen Bildungsministeriums. Sturm liefert unter anderem Auszüge aus dem staatlichen Volksschulgesetz von 1922 mit den Änderungen von 1928 und zwei Rundschreiben des Litauischen Bildungsministeriums an die Volksschulinspektoren aus den Jahren 1927 und 1930²⁴. Die Litauischen Verfassungen vom 1. August 1922 und vom 15. Mai 1938 finden sich bei Jakob Robinson²⁵.

des Kulturverbandes zu zählende Konstantin von Cerpinsky stellt in einem Beitrag die über den Unterricht hinausgehenden Aufgaben des deutschen Lehrers in Litauen heraus²⁷. Walter Sturm aus Kaunas zeichnet in seinem Aufsatz „Der Kampf um die deutsche Volksschule in Litauen“ ein düsteres Bild²⁸. Ähnlich drastisch schildert die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ die Situation²⁹. Percy Dockrodt³⁰ und M. Simoneit³¹ geben in ihren Aufsätzen kurze Einblicke in das deutsche Bildungswesen der Zwischenkriegszeit. Das führende Mitglied der deutschen Jugendbewegung in Litauen, Walter Sagel, liefert in seinem in den dreißiger Jahren erschienenen Buch einige Berichte von deutschen Schulen in Litauen³².

Für die vorliegende Untersuchung wurde eine größere Zahl von Zeitungen und Zeitschriften aus der deutschen Besatzungszeit während des Ersten Weltkrieges und aus der Zeit der litauischen Selbständigkeit ausgewertet.

In der „Kownoer Zeitung“ und der „Wilnaer Zeitung“, beide erschienen zwischen 1916 und 1918, fanden sich einige Beiträge zur Situation der Deutschen in Litauen in dieser Zeit und auch speziell zu den deutschen Schulen³³.

Die „Litauische Rundschau“, die in den Jahren 1920-1922 und 1924-1928 in Kaunas erschien, beinhaltet ebenfalls eine ganze Reihe von

27

Konstantin von Cerpinsky: Aus dem Deutschtum in Litauen. Die deutschen Lehrer und ihre Mitarbeit im Kulturverband. In: Heimat, baltische Zeitschrift, 1933, Heft 1/2, S. 32-34.

28

Walter Sturm: Der Kampf um die deutsche Volksschule in Litauen. In: Der Auslandsdeutsche 14/1931, Nr. 9 (Mai), S. 284-285.

29

Deutsche Schule in Litauen. In: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung 60/1931, S. 379-380.

30

Die Bedrückung der deutschen Schule in Litauen. In: Nation und Staat 3, 1929/30, S. 317-321.

31

M. Simoneit: Die deutsche Schule in Litauen und Polen. In: Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen, Nr. 48 vom 30.11.1928, S. 371-373.

32

Walter Sagel: Der Deutsche in Litauen. Langensalza o. J., S. 55-60.

33 Die "Kownoer Zeitung" ist mit Lücken und die "Wilnaer Zeitung" vollständig im Institut für Zeitungsforschung in Dortmund überliefert.

Artikeln zum Thema³⁴. Zwischen 1931 und 1941 erschienen die „Deutschen Nachrichten für Litauen“, zunächst als Wochenzeitung, später zweimal wöchentlich. Sie vermitteln einen guten Eindruck von der Lage der deutschen Volksgruppe in dieser Zeit³⁵.

Die ebenfalls in der Zwischenkriegszeit erschienenen „Deutschen Kalender für Litauen“, das „Ev.-luth. Gemeindeblatt für Litauen“, die „Deutschen Genossenschaftsnachrichten“ und die „Deutschen Genossenschaftskalender für Litauen“ wurden in die vorliegende Untersuchung ebenfalls mit einbezogen³⁶.

Die „Kauener Zeitung“ aus der Zeit der deutschen Besetzung während des Zweiten Weltkrieges diente vor allem als Propagandablatt und bot nur wenige Informationen über die Rücksiedler³⁷. Für die vorliegende Untersuchung hatte sie nur eine geringe Bedeutung.

Ebenfalls ausgewertet wurden die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Erinnerungsbeiträge in den landsmannschaftlichen Publikationen. So finden sich in der „Heimatstimme“ und im „Heimatgruß“ eine ganze Reihe von Beiträgen unterschiedlicher Qualität und Ergiebigkeit, darunter vor allem auch interessante Aufsätze zur Geschichte der Schulen in den einzelnen Orten. Die vom „Hilfskomitee der evangelischen Deutschen aus Litauen“, einem Vorgänger der „Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen im Bundesgebiet e.V.“, in zwei Heften zusammengestellten Beiträge bieten auch einige Informationen zur älteren Geschichte³⁸.

34 Diese Zeitung fehlt zwar in deutschen Bibliotheken, einige Ausgaben konnten jedoch in Litauen beschafft werden. Eine ganze Reihe von Auszügen aus diesem Presseerzeugnis findet sich auch in Archiven, vor allem im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes/Bonn.

35 Alle Ausgaben, bis auf den Jahrgang 1938, sind in der Bibliothek des Instituts für Auslandsbeziehungen/Stuttgart vorhanden. Den Jahrgang 1938 findet man in der Staatsbibliothek Preuß. Kulturbesitz in Berlin.

36 Diese Publikationen sind, soweit erkennbar ist, unter anderem auch im "Haus der Deutschen aus Litauen"/Arnsberg vorhanden.

37

Die "Kauener Zeitung" ist in der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft/Kiel vollständig überliefert.

38

Bilder aus der Geschichte des evangelischen Deutschtums in Litauen, hrsg. vom Hilfskomitee der evangelischen Deutschen aus Litauen in Zusammenarbeit mit der

In den Archiven gibt es noch eine ganze Reihe von bislang unbearbeiteten Quellen zur Geschichte des deutschen Minderheitenschulwesens in Litauen in der Zwischenkriegszeit, wenngleich viele Unterlagen durch Kriegseinwirkungen zerstört worden sind. Besonders bedauerlich ist der Verlust der Bestände des VDA (Verein bzw. Volksbund für das Deutschtum im Ausland). Im November 1943 wurden diese Unterlagen bei einem Bombenangriff auf Berlin vernichtet. Auch die Akten des Ostpreußischen Schulvereins sind nicht mehr auffindbar, ebenso das Archiv des Kulturverbandes. Letzteres soll nach der Umsiedlung im Jahre 1941 nach Posen gebracht worden sein³⁹. Über den weiteren Verbleib dieser wichtigen Unterlagen ist nichts bekannt. Ähnlich wie der VDA bemühten sich auch das DAI (Deutsches Ausland-Institut) und die Deutsche Stiftung um die kulturelle Unterstützung der deutschen Volksgruppen im Ausland. Ein erheblicher Teil der Aktenbestände dieser Dienststellen befindet sich heute im Bundesarchiv in Koblenz bzw. Potsdam, wobei die die deutsche Volksgruppe in Litauen betreffenden Unterlagen aber zahlenmäßig eher gering sind. Ebenfalls in Koblenz lagern viele Unterlagen der SS-Dienststellen, die sich in den 30er Jahren zunehmend in die Volkstumsarbeit eingeschaltet hatten. Zu nennen ist hier insbesondere die Volksdeutsche Mittelstelle, wobei es jedoch gerade in diesem Bestand erhebliche Lücken gibt. Während sich die Art und Weise der Unterstützung und der Umfang der Zahlungen aus Deutschland bis in die 30er Jahre hinein noch aktenmäßig nachvollziehen läßt, fehlen wichtige Unterlagen aus der Zeit nach 1933, als die „Gleichschaltung“ der Volkstumsarbeit im nationalsozialistischen Sinne auch in Litauen spürbar wurde.

Für die vorliegende Untersuchung wichtige Aktenbestände sind im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes/Bonn überliefert. Es handelt sich vor allem um Akten der Politischen Abteilung IV, die für die Unterstützung der deutschen Volksgruppen im Ausland zuständig war, insbesondere um die Korrespondenz zwischen dieser Dienststelle und der deutschen Gesandtschaft in Kaunas. Unterlagen der Gesandtschaft selbst werden auch hier verwahrt.

Schriftleitung der Heimatstimme, Heft I, Atzenhausen/Lebenstedt 1964, Heft II, Göttingen/Lebenstedt 1967.

Ebenfalls von großer Bedeutung für das zu untersuchende Thema war ein Besuch im Litauischen Staatsarchiv in Wilna (Lietuvos Valstybinis Archyvas). Dort befindet sich sowohl die Korrespondenz der deutschen Schulen und des Kulturverbandes mit dem litauischen Bildungsministerium als auch der Schriftwechsel zwischen den die Minderheitenschulen kontrollierenden Schulinspektoren und diesem Ministerium. Sehr viele Unterlagen davon betreffen das Lehrpersonal an den deutschen Schulen. Es finden sich aber auch Schülerlisten und sehr viele Eingaben von Elternkomitees, in denen die Einrichtung einer deutschen Schule oder auch deren Erhaltung gewünscht werden. Neben den Unterlagen des Bildungsministeriums wurden auch die Bestände des litauischen Außenministeriums in die Untersuchung einbezogen. Insgesamt bietet das Litauische Staatsarchiv noch sehr viele unbearbeitete Dokumente zur jüngeren Geschichte der deutschen Volksgruppe in Litauen.

Während sich die Geschichte des höheren deutschen Schulwesens in der Zwischenkriegszeit recht genau nachzeichnen läßt, fehlen von einigen Volksschulen sowohl archivalische Quellen als auch Erinnerungsbeiträge, so daß es hier in der Überlieferung große Lücken gibt. Letzteres gilt vor allem für die deutschen Volksschulen, die schon Mitte der 20er Jahre geschlossen bzw. in litauische umgewandelt worden waren. Auch über die Geschichte der deutschen Schule in Wilna in dieser Zeit ist nur wenig bekannt.

Die Quellenlage zur Geschichte des deutschen Schulwesens in der Zeit der Rücksiedlung der Litauendeutschen (1942-1944) muß als ungünstig angesehen werden. Im Bundesarchiv/Koblenz befinden sich zwar Unterlagen des „SS-Ansiedlungsstabes Kauen“, der auch für die Einrichtung der deutschen Schulen zuständig war, diese geben jedoch keinen umfassenden Einblick in die damalige Situation. Es fehlen vor allem Akten der einzelnen Schulen, der „Abteilung Kulturpolitik“ des Ansiedlungsstabes sowie der zuständigen Dienststelle des Generalkommissariats. Unterlagen des den Generalkommissariaten übergeordneten Ostministeriums wurden 1943 in Berlin vernichtet. Auch entsprechende Nachforschungen im Litauischen Staatsarchiv blieben ohne Erfolg. Im Bundesarchiv/Potsdam fanden sich zu diesem Themenkomplex einige wenige Akten des „Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“.

Der Verfasser hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Gesprächen mit Zeitzeugen, unter anderem auch mit den letzten heute noch

lebenden Lehrern aus Litauen, geführt und aufgezeichnet. Die so entstandenen Unterlagen wurden häufig noch durch schriftliche Dokumente und Fotos ergänzt. Der Verfasser ist sich darüber im klaren, daß derartige Befragungen kein authentisches Bild der damaligen Geschehnisse liefern können, sondern nur subjektive Einschätzungen, die zudem noch von dem langen zeitlichen Abstand vom Geschehen beeinflusst wurden. Die Aussagen dieser Zeitzeugen trugen aber dazu bei, daß manche Zusammenhänge klarer wurden und dienten zum Teil auch als Korrektiv.

2. Die Deutschen in Litauen in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg und die Kirchenschulen

2.1 Abriß der Geschichte der Deutschen in Litauen bis 1914

Die Geschichte der Deutschen in Litauen begann im Mittelalter. Um das Jahr 1250 vergab der litauische Fürst Mindaugas (dt. Mindowe) der Stadt Riga ein Handelsprivileg für Litauen und sicherte damit deutschen Kaufleuten Handels- und Zollfreiheit zu. Dem Deutschen Orden räumte er wichtige Rechte ein, trat ihm große Gebiete in Nordwestlitauen ab und nahm sich Berater aus dem Kreis der Ordensritter⁴⁰.

Nach dem Tode Mindowes 1263 wurde der im Anwachsen begriffene deutsche Einfluß wieder zurückgedrängt. Aus der Zeit der politischen Wirren am Ende des 13. Jahrhunderts sind keine Deutschen in Litauen bekannt.

Gediminas (dt. Gedimin) gelang es in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, Litauen zu einer Großmacht am Rande des östlichen Mitteleuropas zu machen. In dieser Zeit gab es am Hofe Deutsche, so seinen Dolmetscher Hennekine sowie einige Franziskaner⁴¹. Vermutlich wirkten diese Berater auch bei der Abfassung und Verbreitung des bekannten Sendschreibens Gedimins aus dem Jahre 1323 mit. In einem an die großen deutschen Ostseestädte und an die Predigermönche und Minoriten gerichteten Brief lud der litauische Großfürst deutsche Geistliche,

Vgl. Hellmann: Artikel "Litauen", S. 392; ders.: Die Einwanderung von Deutschen nach Litauen. In: Unger, S. 13-15.

Hellmann: Artikel "Litauen", S. 392.

Kaufleute, Handwerker und Bauern dazu ein, in sein Land zu kommen⁴².

Über den direkten Erfolg dieses Sendschreibens ist nichts bekannt. Vermutlich ließen sich aber in diesen Jahren die ersten deutschen Kaufleute in Wilna nieder⁴³.

Auch die Enkel Gedimins, Jagiello und Witowt, hatten deutsche Berater an ihrem Hof. Bedeutend war vor allem Henneke aus Riga, der als Stadthauptmann von Wilna maßgeblich am Zustandekommen der litauisch-polnischen Union von 1386 beteiligt war. Briefe mit dem Westen wurden damals in niederdeutscher Sprache abgefaßt, es muß also eine größere Zahl von deutschen Schreibern in der Kanzlei des Großfürsten gegeben haben.

Für den Osthandel war Litauen in zweierlei Hinsicht wichtig: zum einen war es eine Durchgangsstation für die Händler aus Nordwestdeutschland, insbesondere aus Lübeck, mit Smolensk, zum anderen bestand für die deutschen Kaufleute die Möglichkeit, über die Memel ins Land vorzudringen.

Die langen Kämpfe zwischen dem Deutschen Orden und Litauen um Schamaiten hemmten zwar die Einwanderung von Deutschen in dieses Land, sie führten aber nicht zum Ende der Siedlungsbewegung. In den größeren Städten, d.h. in Wilna, Kaunas und Trakai (Traken), war der deutsche Bevölkerungsanteil stark.

Deutschen dieses Gebiet aber tatsächlich in Anspruch nahmen, es also schon in dieser Zeit deutsche Bauern in Litauen gab, ist nicht bekannt.

Die genannten Vorrechte führten dazu, daß viele deutsche Kaufleute nach Kaunas zogen⁴⁶. Der gotische Baustil prägte damals das Stadtbild, und man kann das mittelalterliche Kaunas sicherlich zu Recht als „deutsche Stadt“ bezeichnen⁴⁷. Auch nachdem das Magdeburger Stadtrecht im Jahre 1463 auf alle anderen Nationalitäten ausgedehnt worden war, blieb der deutsche Einfluß bis ins 17. Jahrhundert hinein vorherrschend⁴⁸.

1440 gründeten Kaufleute aus Königsberg, Danzig, Elbing und Thorn in Kaunas ein Hansekontor. Dieses blieb aber unbedeutend, wobei die Gründe dafür in dem wachsenden Widerstand der Litauer und in der Konkurrenz der ständig in Kaunas ansässigen Deutschen zu suchen sein werden. Das Nebeneinander von zwei deutschen Gruppen mit vielfach widerstrebenden Interessen war wohl die Hauptursache für den baldigen Niedergang des Kontors⁴⁹. Da die Hansekaufleute nicht länger als ein Jahr in Kaunas bleiben durften und es für sie nicht möglich war, Grund zu erwerben, können sie nicht im selben Sinne als deutsche Ansiedler in Litauen gelten wie die in Kaunas fest ansässigen Bürger deutscher Herkunft.

Eine einschneidende Entwicklung setzte mit dem Vordringen der protestantischen Lehre nach Polen-Litauen ein. Im Jahre 1550 wurde in Kaunas eine evangelisch-lutherische Kirchengemeinde gegründet, der zwei Jahre später 124 Familien angehörten⁵⁰. Die Reformationsbewegung hatte auf die Verbreitung des Deutschtums einen sehr günstigen Einfluß. Sehr viele Angehörige des litauischen Adels ließen damals ihre Söhne in Deutschland studieren, hauptsächlich in Wittenberg und in Frankfurt/Oder. Auf diese Weise hielten deutsche Sprache und Kultur

46

Wischeropp: Aus 325 Jahren, S. 58 und 142; Victor Jungfer: Deutsch-litauische Nachbarschaft im Wandel der Geschichte. In: Heimatgruß 1960, S. 29-40, hier S. 34-36.

47

Karge: Die Geschichte des Deutschtums in Wilna und Kauen (1917), S. 53.

48

Forstreuter: Deutschland und Litauen im Mittelalter, S. 35f.

49

Walter Stein: Vom deutschen Kontor in Kowno. In: Hansische Geschichtsblätter 22/1916, S. 225-266. Zu den Wirtschaftsbeziehungen siehe Kurt Forstreuter : Die Memel als Handelsstraße Preußens nach Osten. Königsberg/Preußen 1931.

50

Heberle, S. 8.

ihren Einzug in die Familien des litauischen Adels⁵¹. Die bald einsetzende Gegenreformation erschütterte aber die Stellung der Deutschen.

Einen schweren Rückschlag für das Deutschtum in Litauen bedeutete der Einfall der Moskowiter im Jahre 1655. Die Deutschen aus Kaunas und Wilna mußten vor den anrückenden Russen und Tataren nach Preußen fliehen. Dort auf Veranlassung des Großen Kurfürsten erstellte Bürgerlisten geben Aufschluß über die zahlenmäßige Stärke und die Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung von Kaunas. Insgesamt wurden 85 deutsche Familienväter registriert, unter ihnen viele Kaufleute, Handwerker und Angehörige gelehrter Berufe. Auch einer der beiden Bürgermeister war Deutscher⁵².

Obwohl ein großer Teil der Flüchtlinge nach 1660 wieder nach Kaunas zurückkehrte, hat sich die deutsche Kolonie von dem Schlage des Jahres 1655 nur sehr schwer erholt. So wurden im Jahre 1663 in der evangelischen Gemeinde nur neun Taufen registriert, im Gegensatz zu der Zeit vor der Vertreibung, wo die Zahlen meist bei über 30 gelegen hatten⁵³.

Noch schwerer als von dem Moskowitereinfall wurde die deutsche Gemeinde in Kaunas von der Pestepidemie des Jahres 1710 getroffen. Die Zahl der Beerdigungen stieg von 23 im Jahre 1709 auf 205 im darauffolgenden Jahr. Von der deutschen Gemeinde verblieben nur der Bürgermeister, ein Arzt, ein Großbürger und acht Handwerker⁵⁴.

Es dauerte mehrere Jahrzehnte, bis die Gemeinde durch Zuzug und durch natürliche Vermehrung zahlenmäßig wieder stärker wurde. Dabei unterbrach noch die Feuerkatastrophe von 1731 diesen Erholungsprozeß⁵⁵. Um den Wiederaufbau der stark zerstörten Stadt Kaunas zu ermöglichen, wurden Handel und Gewerbe auch für die jüdische Bevölkerung geöffnet. Damit sahen sich die Deutschen einer starken Konkur-

51

Paul Karge: Die Geschichte des Deutschtums in Wilna und Kauen. In: Das Litauen-Buch. Eine Auslese aus der Zeitung der 10. Armee. O.O. 1918, S. 34-105, hier S. 96.

52

Manfred Hellmann: Die erste Vertreibung und Flucht der Litauendeutschen 1648/1655. In: Heimatgruß 1963, S. 72-75. Zu der Registrierung in Preußen siehe Karge: Die Geschichte des Deutschtums in Wilna und Kauen (1917), 60-64.

53

Heberle, S. 9.

54

Wischeropp: Die heilige Stadt unserer Väter, S. 62-64.

55

Zur Geschichte der deutschen Kirchengemeinde siehe auch Johannes Wischeropp: Die deutsche evangelisch-lutherische Gemeinde zu Kaunas. In: DN vom 4.12.1940.

renz ausgesetzt, und es war ihnen nicht mehr möglich, ihre gehobene wirtschaftliche und soziale Stellung zurückzuerlangen⁵⁶. Hinzu kam, daß um die Mitte des 18. Jahrhunderts der Druck der polnischen katholischen Geistlichkeit auf die evangelischen Deutschen immer stärker wurde. Nach dem Ende des polnisch-litauischen Doppelreiches 1795 wurden die inneren Verhältnisse wieder stabiler, und die deutsche Gemeinde in Kaunas entwickelte sich positiv. Deutsche Kaufleute trieben wieder regen Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und hatten die Memelschiffahrt in ihren Händen. Um 1840 lebten in Kaunas ca. 600 bis 700 Deutsche.

Die deutsche Einwohnerschaft in Wilna war weder von der Zahl noch von der wirtschaftlichen Stellung her so bedeutend wie die in Kaunas. Im 18. und 19. Jahrhundert bestand hier ein Teil der Handwerkerschaft aus Deutschen⁵⁷.

Bis ins 16. Jahrhundert sind Kaunas, Wilna und Trakai offenbar die einzigen Stätten deutscher Ansiedlung geblieben. Weder für deutsche Kaufleute noch für Handwerker kam eine Niederlassung außerhalb dieser Städte in Frage.

Durch das Heranziehen von deutschen Bauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden versprachen sich die polonisierten litauischen Adligen eine Unabhängigkeit sowohl gegenüber der mächtigen katholischen Geistlichkeit als auch gegenüber der Krone Polens. Auf diesem Wege fand das Deutschtum den Weg auch in die Kleinstädte und auf das flache Land.

So wurde im Jahre 1567 durch Jan Szemet in Taurage (Tauroggen) eine evangelische Gemeinde gegründet, 1572 siedelte Johann Chotkiewicz auf seinem Gut Skaudvilç (Skudy) Deutsche an⁵⁸. Es entstand die Stadt Johannesburg, später Skuodas (Schoden) genannt, die ihren deutschen Charakter mehrere Jahrhunderte lang behielt.

Christoph Radziwill gründete 1587 mit deutschen Kolonisten den Ort Biržai (Birsen). 1629 zog er deutsche Siedler auf sein Gut Kędainiai

56
Heberle, S. 9.

57
Albert Ippel: Wilnaer Zunftbücher. In: Das Litauen-Buch. Eine Auslese aus der Zeitung der 10. Armee. o. O. 1918, S. 106-108.

58
Gründungsurkunde bei Heberle, S. 145-150.

(Kedahnen)⁵⁹. Im Jahre 1790 schenkte Fürst Nestor Kasimir Sapieha deutschen Handwerkern einige Morgen Land in Prienai (Prenen)⁶⁰.

Um dieselbe Zeit entstand eine weitere deutsche Siedlung in Šiauliai (Schaulen), nachdem schlesische Leineweber angeworben worden waren⁶¹. Größere deutsche Handwerkersiedlungen gab es außerdem noch in ūvyriai (Zwyren) und Garliava (Godlewo)⁶².

Durch die dritte Teilung Polens (1795) kam der links der Memel gelegene und an Ostpreußen grenzende Teil Litauens zu Preußen und gehörte dem neuostpreußischen Kammerbezirk Bialystok an.

Abgesehen von den Handwerkern, die für den Aufbau der Städte angeworben wurden und in größerer Zahl aus Ost- und Westpreußen kamen, gab es lediglich im Domänenamt Kidule bei Jurbarkas (Georgenburg) eine von staatlicher Seite geförderte Besiedlung mit Deutschen. Insgesamt zogen 224 Personen aus 47 Familien in sechs Dörfer⁶³. Zahlenmäßig bedeutsamer als diese von der Domänenkammer initiierte Kolonisation war der eigenmächtige Zuzug von deutschen Bauern in die Provinz Neuostpreußen. Dabei waren die Lebensbedingungen dort nicht besonders gut, denn Handel und Handwerk sahen sich vor allem der jüdischen Konkurrenz ausgesetzt. Viele wanderten schon bald wieder ab. Auch nach 1807 gab es noch weiteren Zuzug von deutschen Handwerkern nach Litauen. Diese Entwicklung hielt bis zum Ersten Weltkrieg an.

Die Herrschaft Tauroggen lag in den Jahren 1688-1795 in den Händen des Hauses Brandenburg-Preußen. Obwohl es keine gezielte An-

59

Paul Tittelbach: Die evangelisch-lutherische Gemeinde Keidany. In: DN vom 27.11.1940.

60

Hellmann: Artikel "Litauen", S. 394.

61

Ippel, S. 106-108; Wagner, S. 14.

62

Heberle, S. 16.

63

Zur Besiedlung Neuostpreußens siehe August Müller: Die preußische Kolonisation in Nordpolen und Litauen. Berlin 1928; Robert Schmidt: Handel und Handwerk in Neuostpreußen. Göttingen 1910; ders.: Städtewesen und Bürgertum in Neuostpreußen. Königsberg 1913; Ingeborg Charlotte Bussenius: Die preußische Verwaltung in Süd- und Neuostpreußen 1793-1806. Diss. Heidelberg 1960; dies. (Hrsg.): Urkunden und Akten zur Geschichte der preußischen Verwaltung in Südpörußen und Neuostpreußen 1793-1806. Frankfurt/Main 1961. Vgl. dazu auch Heberle, S. 17f; Wagner, S. 15-17 und Hellmann: Artikel "Litauen", S. 394f.

werbung von Kolonisten gab, kamen in dieser Zeit sehr viele preußische Bauern und Handwerker in das Gebiet. Tauroggen wurde der Mittelpunkt des deutschen Lebens im westlichen Litauen⁶⁴. In der Herrschaft Seiriai (Sereje), die ebenfalls zeitweise zu Preußen gehört hatte, blieb der deutsche Einfluß weitaus geringer⁶⁵.

Die deutschen Bauern und Landarbeiter kamen im Vergleich zu den Kaufleuten und den Handwerkern erst sehr spät ins Land⁶⁶. Im 17. und 18. Jahrhundert waren zwar schon Landwirte aus Preußen nach Polen-Litauen gezogen, dabei handelte es sich aber wohl vor allem um Litauer, die zurückwanderten. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wird es nur ein Hin- und Herfluten der litauischen und masurischen Grenzbevölkerung gegeben haben. Erst Anfang des 19. Jahrhunderts kamen nachweislich auch deutsche Landwirte nach Litauen, darunter auch viele Nachkommen der protestantischen Glaubensflüchtlinge aus Salzburg⁶⁷. E. Einwanderer in der Regel der evangelisch-lutherischen Konfession angehörten und sich somit von den katholischen Litauern unterschieden, wurden in dieser Zeit neue Gemeinden gegründet, und zwar 1800 in Naumiestis (Neustadt/Wladyslawow)/Tauragç, 1802 in Kretinga (Krottingen), 1806 in Šilalç (Schillehlen), 1818 in Raseiniai (Raseinen), 1822 in Mariampolç (Mariampol), 1832 in Kalvarija (Kalvari-en) und 1836 in Vilkaviškis (Wilkowischken). Gleichzeitig mit der Gründung der Kirchengemeinden wurden auch deutsche Schulen eröffnet. Es ist davon auszugehen, daß die meisten der in unserem Jahrhundert im westlichen Litauen ansässigen deutschen Bauern erst nach den napoleonischen Kriegen ins Land gekommen sind. Die Notlage in der ostpreußischen Landwirtschaft und das 1816/17 im Regierungsbezirk

64 Manfred Hellmann: Die preußische Herrschaft Tauroggen in Litauen (1690-1793). Berlin 1940.

65 Stefan Hartmann: Die preußische Herrschaft Serrey in Litauen. In: Felder und Vorfelder russischer Geschichte. Studien zu Ehren von Peter Scheibert. Freiburg 1985, S. 67-93; siehe auch Hellmann: Artikel "Litauen", S. 394.

66 Manfred Hellmann: Zur Frage der Einwanderung von Deutschen nach Litauen. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 5/1941, S. 242-248; ders.: Volkstum im deutsch-litauischen Grenzraum. In: Zeitschrift für Volkskunde 49/1940, Heft 11, S. 27-40.

67 Arthur Lottemoser: Die Salzburger. In: Heimatgruß 1958, S. 49-60. Lottemoser liefert eine Liste von Salzburger Namen, die in Litauen vorgekommen sind.

Gumbinnen entstandene Gerücht, in Litauen würde man kostenlos Land an Kolonisten abgeben, führten zu diesen Zuwanderungen⁶⁸. Zwischen 1830 und 1850 kamen auch Landwirte aus Württemberg, Hessen, Baden und der Rheinpfalz⁶⁹. Den litauischen Adligen und den russischen Behörden war dieser Bevölkerungszuwachs willkommen. Sie siedelten die deutschen Bauern entweder auf wüsten Höfen an oder beschäftigten sie als Landarbeiter.

Seit dem 18. Jahrhundert erwarben deutsche Adelsfamilien wie Keyserling, Grotthus, von der Ropp u.a., die aus Kurland gekommen waren, Grundbesitz im Osten und Nordosten Litauens⁷⁰. Diese Deutschbalten hatten zu den übrigen im Lande lebenden Deutschen jedoch kaum Kontakt.

In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts setzte eine Abwanderung ein, die Deutsche wieder in die westlichen Industriegebiete, d.h. nach Westfalen und ins Rheinland, führte. Außerdem gab es Auswanderungen in die USA und nach Südamerika.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts begann die Einwanderung von deutschen Arbeitern nach Litauen. Für den Bau der Eisenbahnlinie Eydtkau-Kaunas-St.Petersburg wurden Arbeiter und Ingenieure angeworben, ihnen folgten Bahnpersonal sowie Angestellte der Telegraphengesellschaften. Das bedeutendste Ergebnis dieser Entwicklung war die Entstehung des Ortes Kybartai (Kybarten), das sich aus einer Kolonie von Eisenbahnen des Dorfes Virbalis (Wirballen) schnell zu einem Städtchen entwickelte⁷¹. Anfänglich bestand die Kolonie vorwiegend aus qualifizierten Arbeitern, die aus Westdeutschland gekommen waren. Später zogen auch Hilfskräfte aus Ostpreußen zu. Kurz nach dem Ersten Weltkrieg lebten in Kybartai etwa 2.000 Deutsche⁷².

Litauen als Agrarland bot kaum günstige Bedingungen für die Ansiedlung von Industrie. Betriebe, die unter deutscher Leitung standen und überwiegend deutsches Personal beschäftigten, gab es in Vilkaviš-

68
Heberle, S. 25.

69
Ebd., S. 26f.

70
Percy von Schroeders: Nachrichten über Kurländer in Litauen. o. O. 1984.

71
Heberle, S. 28f.

72
Aus der Chronik der Wirballer Gemeinde. In: DN vom 21.12.1940.

kis (Eisengießerei), Šiauliai (Lederfabrik) und in Panevėžys (Ponewesch) (Brauerei, Brennerei und Hefefabrik).

Eine bedeutende Rolle in Litauen spielten zwei deutsche Werke der Eisenindustrie in Kaunas⁷³, die Nägel- und Schraubenfabrik der Familie Tillmanns (gegründet 1868)⁷⁴ und das Unternehmen der Gebrüder Schmidt (gegründet 1879). Beide Betriebe beschäftigten einen hohen Prozentsatz deutscher Arbeiter, von denen viele aus westdeutschen Industriegebieten stammten. Vor dem Ersten Weltkrieg waren in beiden Fabriken zusammen ca. 2.500-3.000 Personen beschäftigt, von denen ungefähr die Hälfte Deutsche waren. Die meisten von ihnen ließen sich im Vorort Schanzen nieder. Als 1880 die Bestimmungen über die Arbeitserlaubnis verschärft wurden, mußten viele, die nicht die russische Staatsangehörigkeit hatten, Litauen wieder verlassen. Die Zahl der in Kaunas ansässigen Deutschen sank dadurch nicht, denn im Gegenzug siedelten viele Deutsche aus den Landgemeinden über. Außer den erwähnten Fabriken boten auch die zu erstellenden Festungsbauten Arbeitsmöglichkeiten. In Kaunas lebten um die Jahrhundertwende ca. 4.500 Deutsche, um 1840 wird ihre Zahl nur etwa 600 bis 700 betragen haben. Damit waren Schanzen und Kybartai die größten deutschen Kolonien in Litauen.

Außer den deutschen Kaufleuten, Handwerkern und Bauern gab es in Litauen auch einige deutsche Gelehrte. Diese an der Universität Wilna tätigen Personen hatten zum Teil maßgeblichen Einfluß auf das Kultur- und Geisteslebens in Polen-Litauen⁷⁵.

Die meisten der in unserem Jahrhundert in Litauen ansässigen Deutschen stammten aus Ostpreußen und dabei vor allem aus den östlichen Grenzkreisen. Damit spiegelte sich die Bevölkerungszusammensetzung

Ostpreußens in der deutschen Volksgruppe in Litauen wieder. Es kam nur in wenigen Fällen zur Bildung geschlossener deutscher Siedlungen. Die Zuwanderer taten sich nicht sonderlich hervor und hatten im allgemeinen auch nur geringen Einfluß auf das kulturelle und wirtschaftliche Leben im Lande. Nur in den Städten Wilna und Kaunas fand der deutsche Einfluß auch im Stadtbild seinen Niederschlag. Die Deutschen in Litauen waren durch mannigfaltige Verschiedenheit getrennt, so die landschaftlich und ständisch verschiedene Herkunft der deutschen Einwanderer mit ihrer Verstreuung über das Land. Während die Großgrundbesitzer in Nordlitauen zum Teil intensive Kontakte nach Libau, Mitau oder Riga pflegten, hatte die Masse der Litauendeutschen, die im Südwesten des Landes ansässig war, die Verbindung nach Ostpreußen oder zu andern deutschen Gebieten abgebrochen. Auch innerhalb der deutschen Volksgruppe gab es bis ins 20. Jahrhundert keinen Zusammenhalt, der über den Bereich der jeweiligen örtlichen evangelischen Kirchengemeinde hinausging. Allein der Tatsache, daß die Deutschen in der Regel der evangelisch-lutherischen Kirche angehörten und sich dadurch von den katholischen Litauern absetzten, ist es zuzuschreiben, daß die Volksgruppe bis in die Gegenwart hinein existiert hat.

2.2 Die deutschen Schulen in Litauen vor dem Ersten Weltkrieg

Man kann davon ausgehen, daß es seit der Gründung evangelisch-lutherischer Gemeinden in Litauen Bemühungen gab, die deutschen Kinder das Lesen der Bibel, des Katechismus und des Gesangbuches zu lehren und sie so auf die Konfirmation vorzubereiten. Außerdem verstärkte die Tatsache, daß sich die Deutschen inmitten der fast vollkommen römisch-katholischen Bevölkerung behaupten mußten, das Bedürfnis nach Bildung.

Die Berichte über die ersten deutschen Schulen sind allerdings spärlich und stammen erst aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.

In den Jahren 1862-1867 befaßte sich E. H. Busch mit der Geschichte der ev.-luth. Gemeinden in Rußland und Polen. Von ihm stammen auch die wichtigsten Nachrichten über das Kirchenschulwesen⁷⁶. Leider fehlen für Nordlitauen, abgesehen von zwei Gemeinden, Angaben über die Schulsprache. Die Deutschen stellten zwar

76

Busch, a.a.O.

den weitaus größten Teil der Lutheraner, gerade in diesem Gebiet gab es jedoch auch litauische und lettische Angehörige dieser Glaubensrichtung, und es ist daher nicht möglich festzustellen, wo es sich tatsächlich um deutsche Schulen handelte. Für Südlitauen wird in vielen Fällen die Unterrichtssprache genannt, es war meist deutsch oder litauisch.

Abgesehen von den Arbeiten von Busch, die Einblicke in die Geschichte aller evangelisch-lutherischer Gemeinden geben, finden sich nur für die Schulen in Kaunas und einigen wenigen anderen Orten ausführlichere Unterlagen zur älteren Schulgeschichte.

Notwendig ist zunächst ein Blick auf die kirchlichen Verhältnisse. Bei der dritten Teilung Polens (1795) kam Litauen zu Rußland, mit Ausnahme des südwestlichen Memelbogens, des sogenannten Suwalki-Dreiecks (Suwalkija), der von 1795 bis 1807 zu Preußen gehörte und anschließend zu Polen. Das litauische Gebiet rechts der Memel gehörte von 1795 bis 1918 als Wilnasche Diözese zum kurländischen Konsistorialbezirk in Mitau, das links der Memel gelegene litauische Gebiet unterstand dagegen dem evangelisch-augsburgischen Konsistorium in Warschau⁷⁷.

Zwischen 1795 und 1807 gehörte das westlich der Memel gelegene litauische Gebiet zu Preußen und war nun ein Teil der Provinz „Neuostpreußen“. In diesen 12 Jahren preußischer Herrschaft siedelte die Verwaltung auf Betreiben des Oberpräsidenten Freiherr von Schroetter Deutsche, insbesondere Bauern und Handwerker, südlich der Memel an⁷⁸.

Diese Kolonisation war jedoch wegen der Kürze der Zeit vom Umfang her nicht groß und änderte so gut wie nichts an der Siedlungsstruktur. Die Deutschen lebten häufig sehr weit voneinander entfernt, so daß weder eine Kirchspielgründung möglich erschien, noch die Einrichtung von Schulen. Allein im Domänenamt Kidule, wo 47 Familien mit zusammen 224 Seelen angesiedelt wurden⁷⁹, wäre von der Kin-

⁷⁷ Wagner, S. 69.

⁷⁸ Zur Besiedlung Neuostpreußens siehe August Müller, a.a.O.; Schmidt: Handel und Handwerk in Neuostpreußen, S. 37-42; ders.: Städtewesen und Bürgertum in Neuostpreußen, a. a. O.; Heberle, S. 17f; Wagner, S. 15-17; Hellmann, Artikel "Litauen", S. 394f.

⁷⁹ Bussenius: Die preußische Verwaltung in Süd- und Neuostpreußen 1793-1806, S. 270; Hellmann: Artikel "Litauen", S. 394. 31

derzahl her die Gründung einer Schule sinnvoll gewesen. Wegen „mangelnden Geschäftseifers“ der Verwaltungsstellen ist diese aber auch dort nicht vorgenommen worden⁸⁰.

Das am 31.08.1805 erlassene Schulgesetz sah zwar in Neuostpreußen die Gründung von Volksschulen und die Bereitstellung von Schulbüchern vor, diese Pläne konnten aber nicht mehr verwirklicht werden⁸¹.

Eigentlich mehr für die Soldaten- und Beamtenkinder gedacht waren die an den mit Garnisonen belegten Orten eingerichteten „Vereinigten Militär- und Bürgerschulen“. Es gab sie in Vilkaviškis, Kelmç, Naumiestis/ Šakiai (Schaken), Mariampolç und Sereje. Geplant waren sie außerdem noch für Virbalis, Vištytis (Wischtyten), Kalvarija und Prienai⁸².

Diese „Vereinigten Militär- und Bürgerschulen“ wurden auch von den Kindern der ständig in Litauen lebenden Deutschen besucht.

Der Tatsache, daß diese Einrichtungen ohne konfessionelle Rücksichten geschaffen worden waren, ist es zuzuschreiben, daß sie nur relativ wenige Schüler hatten. Evangelische Lehrer wurden vom katholischen Teil der Bevölkerung, katholische Lehrer vom evangelischen Teil abgelehnt⁸³.

Angaben über den Anteil der Bürgerkinder an der Schülerzahl liegen nur für Virbalis vor, wo neben 60 Soldatenkindern auch 15 einheimische deutsche Kinder unterrichtet wurden. Die Lehrer bezogen ein

80

Müller, S. 171. Im Jahre 1910 bestand hier allerdings eine kleine Schule. Eduard Kolbe: Abschiedsrede-Lebenslauf. Rede anlässlich der Verabschiedung aus dem Schuldienst 1955. Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers.

81

Müller, S. 171.

82

Josef Sakalauskas: Das Schulwesen und die preußische Schulpolitik in Neuostpreußen (1795-1806). Dissertation (Maschinenschrift) Berlin 1924, S. 57.

83

Zu diesen Schulen siehe die Ausführungen des im neuostpreußischen Departement für Schulsachen zuständigen Kriegsrates Uhden: "Kurze Nachricht von dem Erziehungswesen im ehemaligen Königreiche Polen und besonders in dem Teil desselben, der unter dem Namen von Neuostpreußen der Kgl. Preußischen Herrschaft übergeben war". Berlin, August 1806. Wiedergegeben bei Bussenius: Urkunden und Akten zur Geschichte der preußischen Verwaltung in Südpreußen und Neuostpreußen 1793-1806, S. 478-486.

festes Gehalt, erhielten das nötige Brennholz geliefert und erhoben zudem von jedem Schüler ein Schulgeld⁸⁴.

Schwierigkeiten gab es bei der Beschaffung von Schulräumen und Lehrern. So unterrichteten „Leute ohne die geringste pädagogische Vorbildung, meistens Unteroffiziere, aber auch gemeine Soldaten und Lazarettwächter“⁸⁵.

Für die außerhalb des Einzugsbereichs dieser Militärschulen siedelnden Deutschen konnte die preußische Verwaltung nicht viel tun, da die Mittel fehlten⁸⁶.

Insgesamt war es um das lutherische Schulwesen im litauischen Gebiet bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts schlecht bestellt. Die Gemeinden waren gewöhnlich zu klein und zu arm, um ihre Kinder unterrichten zu lassen und konnten sich nur in geringem Maße um die Ausbildung der Kinder kümmern. Sakalauskas schrieb dazu: „Das Interesse der Kirche an der Volksbildung reichte meistens doch nicht viel weiter, als daß man die für den kultischen Dienst nötigen kirchlichen Diener sich heranziehen wollte und überhaupt ein wenig kirchliche Bildung verbreiten wollte. Das heißt praktisch, man beschränkte sich meist darauf, einigen religiösen Stoff (...) auswendig lernen zu lassen. Schreiben und Lesen galt schon als eine seltene Kunst“⁸⁷.

Die wenigen Kirchenschulen vermittelten die elementarsten Kenntnisse in den Fächern Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen. Aus einigen Schulen ist bekannt, daß auch andere Fächer unterrichtet wurden, z. B. Erdkunde und Musik in Biržai⁸⁸ sowie Russisch und Polnisch in Wilna⁸⁹. Die Lehrer waren in der Regel die Kantoren und Organisten. Sie hatten nur eine unzulängliche Ausbildung, und die Kirchenschulen erfüllten daher die Anforderungen, „die an eine Volksschule zu stellen

84 Paul Schwartz: Die preußische Schulpolitik in den Provinzen Südpreußen und Neustostpreußen (1795-1807). In: Zeitschrift für die Geschichte der Erziehung und den Unterricht, 1. Jg. 1911, S. 133-195, hier S. 188.

85 Sakalauskas, S.56.

86 Ebd., S. 60.

87 Ebd., S. 11.

88 Busch: Materialien, S. 440.

89 Ebd., S. 425f.

sind, nur zum geringsten Teil⁹⁰. Einige der Unterrichtenden hatten im 19. Jahrhundert allerdings auch das Lehrerseminar in Veiveriai (Weiwe-ry) besucht. Gerade diese Pädagogen waren in der Lage, nicht nur den Forderungen ihrer geistlichen Vorgesetzten gerecht zu werden, sondern sie förderten ihre Kinder auch in anderen Fächern, wie im Rechnen, in Erdkunde oder Geschichte⁹¹. Zu Beginn unseres Jahrhunderts bestand das Personal in Veiveriai aus vier russischen Lehrern, einem Litauer, einem römisch-katholischen Priester und einem Lehrer für Musik und Gymnastik. Die deutschen Seminaristen erhielten am Samstagnachmittag Unterricht in den Fächern Deutsch und Religion durch den Lehrer und Kantor der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Garliava⁹².

Der Schulunterricht fand in eigenen oder in von der Kirche gemieteten Räumen statt, manchmal auch in Gutshäusern. Die Kantoren erhielten neben einer geringen Bezahlung zumeist freies Wohnen, Feuerholz sowie gelegentlich noch das Recht, etwas Land zu bebauen. Die Kirchengemeinden finanzierten den Unterhalt der Schule aus einem geringen Schulgeld, aus Spenden, sowie im 19. Jahrhundert auch aus Zuschüssen der Unterstützungskasse für die Evangelisch-Lutherischen Gemeinden in Rußland. In einer ganzen Reihe von Gemeinden unterstützten deutsche Adelsfamilien die Kirchenschulen und ermöglichten dadurch nicht zuletzt auch einen Unterricht für ihre eigenen Kinder. Sie stellten Land zur Verfügung, dessen Erträge der Schule zugute kommen sollten, lieferten das notwendige Heizmaterial oder spendeten Geld.

In manchen Gemeinden erhielt der Lehrer kein Gehalt. Die Bauern hatten ihm stattdessen eine nach der Größe ihres Grundbesitzes festgesetzte Menge Naturalien zu geben. Auf einer Rundfahrt zu den weit verstreut wohnenden Eltern der Schüler holte er diese sogenannte „Kalende“ während der Weihnachtsferien selbst ein. Diesem seltenen Besuch wurde oftmals mehr Bedeutung beigemessen als den Sachspenden. Die verstreut lebenden deutschen Bauern stellten dabei dem Lehrer ihre Kinder vor⁹³.

Hellmann: Artikel "Litauen", S. 399.

Kibarter deutsche Schule. In: Deutscher Kalender für Litauen 1925, S. 58.

Julius Lung: So wurde man damals Lehrer. In: Heimatgruß 1968, S. 15-23.

Erhard Boettcher: Vor 50 Jahren und mehr. In: Heimatgruß 1968, S. 35-56, hier S. 39.

Häufig saßen mehr als 50 Schüler aus vier Altersstufen in einem Klassenraum und wurden von nur einem Lehrer unterrichtet. Erhard Boettcher berichtet aus dem Alltag eines Lehrers einer solchen einklassigen Kirchenschule:

„Eine Rechenstunde: Die drei oberen Jahrgänge erhalten Aufgaben aus dem Rechenbuch, die Anfänger lernen 10 Minuten im Chor russisch bis 10 zählen (...) später ähnlich addieren, subtrahieren, multiplizieren, dividieren, Einmaleins ... Schluß. Aufgabe - Zahlenschreiben; später schon Aufgaben aus dem Buch. Der Lehrer wendet sich in gleicher Weise dem zweiten Jahrgang zu. Den dritten und vierten faßt er zusammen und widmet ihnen doppelt so viel Zeit, sammelt die Hefte ein, stellt Aufgaben für den nächsten Tag. Pause. - Mit dem russischen und deutschen Lese- und Schreibunterricht geht es ähnlich. Manchmal wechselt die Zeit. Die älteren Jahrgänge arbeiten länger schriftlich, die Anfänger haben Leseunterricht. Der Lehrer hat nur die Möglichkeit, Aufgaben abzuhören, Aufgaben zu stellen, am Nachmittag Hefte nachzusehen. Ohne strenge Disziplin war so ein Betrieb nicht zu meistern“⁹⁴. Schulbücher standen oftmals nicht zur Verfügung, man lernte mit Hilfe der Bibel und des Gesangbuches⁹⁵.

Wo es den evangelisch-lutherischen Gemeinden nicht gelang, eine eigene Kirchenschule zu unterhalten, wurden von den Bauern gelegentlich auch wandemde Dorfschullehrer eingestellt, die dann wochenweise reihum bei den Eltern der Schüler logierten. Meist handelte es sich um ältere Männer, für die physische Arbeit zu schwer war und die sich durch diesen Unterricht ihren Unterhalt verdienten. Da diese Männer meist selbst nur geringe Kenntnisse hatten, konnten sie nur wenig vermitteln⁹⁶.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts hatten die Einwanderung von Deutschen und die Bildung evangelischer Gemeinden ihren Höhepunkt erreicht. In dieser Zeit entstand auch eine größere Anzahl von Schulen. Diese wurden zunächst von der russischen Verwaltung „einigermassen

94

Ebd., S. 42f.

95

Joh. Lange: Kleiner Beitrag zur Geschichte der Deutschen in Litauen in den Kreisen Wilkowischken, Mariampol, Kalvarija und Schaken. Februar 1928. Abgedruckt in dem Aufsatz "Aus längst vergangenen Tagen". In: Bilder aus der Geschichte des

evangelischen Deutschtums in Litauen, S. 31-33, hier S. 32.

⁹⁶Ebd.

geduldet“⁹⁷. Nach dem polnisch-litauischen Aufstand von 1863 setzte jedoch eine planmäßige Unterdrückung ein⁹⁸, die auch die evangelischen Kirchenschulen betraf und erst nach 1905 nachließ.

Die Schulverwaltung verlangte, daß in jeder Kirchenschule ein geborener Russe, der orthodoxen Glaubens war, unterrichten mußte. Die Folge dieser Bestimmung war, daß die meisten Kirchenschulen, weil sie nicht die Mittel für die Bezahlung von zwei Lehrern hatten, geschlossen wurden. „Denn wo der Lehrer ein Russe war, war der Religionsunterricht ausgeschlossen. So verlor eine solche Schule ihren kirchlichen Charakter, und es lag auf seiten der Kirche kein Grund und keine Berechtigung vor, die Gemeinde zur Darbietung von Opfern für diesen Zweck willig zu machen“⁹⁹.

In den Gemeinden, in denen man sich entschloß, dem russischen Lehrer für den Religionsunterricht den evangelischen Kantor zur Seite zu stellen, mußte dieser von der Schulverwaltung bestätigt werden, was nur geschah, wenn er eine entsprechende Qualifikation nachweisen konnte. Durch diese Bestimmung hatten die russischen Behörden nicht nur Einfluß auf die Schulen, sondern, da die Kantor- und Lehrertätigkeit von ein und derselben Person ausgeübt werden mußte, auch auf die innere Gestaltung der Kirchengemeinden.

Während im übrigen Gebiet Rußlands die Möglichkeit bestand, das Fach Religion in der jeweiligen Muttersprache der Kinder zu unterrichten, gab es dieses in dem zu Rußland gehörenden Teil Litauens nicht. Hier mußte selbst die Glaubenslehre in russischer Sprache erteilt werden¹⁰⁰.

Eine etwas großzügigere Haltung gegenüber den evangelischen Kirchenschulen gab es in Südlitauen, das zum Königreich Polen gehörte. Zwar war die Unterrichtssprache auch hier Russisch, zweimal wöchentlich konnte aber Deutsch- und Religionsunterricht in deutscher Sprache

97 Sturm: Der Niedergang, S. 525.

98 Hellmann: Grundzüge, S. 101ff.

99 Dobbert, S. 20.

100 Ebd.

erteilt werden. Diese Möglichkeiten bestanden hier bis zum Ersten Weltkrieg¹⁰¹.

Die Pastoren versuchten angesichts der Schwierigkeiten mit den Kirchenschulen, die jetzt auf den häuslichen Unterricht angewiesenen Kinder in die Religion einzuführen. Dieses war aber nur an den Orten möglich, wo die Pastoren ihren Wohnsitz hatten und Kirchengebäude vorhanden waren, denn auch außerhalb der Kirche gehaltener Kindergottesdienst wurde als ungesetzlicher Unterricht angesehen und bestraft¹⁰². Das gleiche galt auch für deutsche Kindergärten¹⁰³.

Für einen erfolgreichen Konfirmandenunterricht war die Alphabetisierung eine entscheidende Voraussetzung. Die Pastoren und Kantoren sahen sich also gezwungen, an Orten, an denen es keine Kirchenschulen gab, den Kindern zuvor Grundkenntnisse des Lesens zu vermitteln. Darüber hinaus wurde häufig noch das Schreiben und Rechnen gelehrt. Bei diesem illegalen Unterricht mußte meist ein Schüler Wache stehen, um bei einer polizeilichen Überprüfung wachen zu können. „Meldete die Wache die nahende Polizei, so wurden Bücher, Hefte und Kreide hinter den Schrank geworfen, und weiterhin lief (...) nur der Religionsunterricht“¹⁰⁴.

Die Zugeständnisse der russischen Verwaltung nach dem Ausbruch der Revolution von 1905 brachten auch den Deutschen Vorteile. Der Religionsunterricht in der Muttersprache wurde wieder freigegeben, und es wurden in dieser Zeit einige neue Schulen eröffnet, andere konnte man erweitern.

Die Kirchengemeinden bemühten sich, das Bildungsangebot noch zu vergrößern, indem sie den Konfirmandenunterricht ausweiteten¹⁰⁵, Kindergottesdienst abhielten und daneben noch einen Hausunterricht organisierten. Das Mißverhältnis zwischen den 27 Wochenstunden, die in der russischen Sprache erteilt wurden, und den drei Stunden in deut-

101

Dieses wurde Gustav Wagner von Lehrern, die in diesem Gebiet tätig gewesen waren, bestätigt. Wagner, S. 155.

102 Dobbert

, S. 80.

103

Ebd., S. 26.

104

Wagner, S. 155.

105

Hermann Jaekel: Die ev. luth. Kirche in Ostpreußen und ihr kirchliches Brauchtum. In: Heimatstimme 11/1951, S. 3.

scher Sprache (Religion und Deutsch) konnte nur durch eine Ausweitung der Hausaufgaben in den beiden Fächern ausgeglichen werden¹⁰⁶.

Schwierigkeiten bereitete die Bezahlung der Kantoren. Im Jahre 1904 wurde zwar eine Hilfskasse gegründet, diese führte aber nur ein „recht armseliges Dasein“¹⁰⁷, so daß viele Kantoren und Lehrer gezwungen waren, noch Privatunterricht zu erteilen. Einige wandten sich auch anderen Erwerbszweigen zu. Außerdem sank die Qualität der sich für den Gemeindedienst Meldenden¹⁰⁸.

Der Mangel an deutschen Schulen sowie die Unzulänglichkeit des Unterrichts an den bestehenden führten dazu, daß ein großer Teil der Schüler ohne ausreichende Schulbildung blieb. Zwar hatte fast jede deutsche Gemeinde versucht, einen Unterricht zu organisieren, doch sehr häufig gelang es nicht, allen Kindern das Lesen und Schreiben beizubringen. Das galt vor allem für die verstreut auf dem Lande lebenden Litauendeutschen. Dort blieben die Kinder zu Hause, wurden zu bäuerlichen Handreichungen herangezogen und erhielten nur dann und wann etwas Unterricht durch einen Verwandten. Die näher liegende katholische litauische Dorfschule wurde meist nicht aufgesucht, denn „größer als alle Volkstumsunterschiede waren und blieben die Konfessionsunterschiede“¹⁰⁹.

Anders war es bei den Kindern, die nach dem Elementarunterricht an einer Kirchenschule noch eine höhere Bildung anstrebten. Dieses war nur an russischen Gymnasien möglich, und der weitere Weg ging über die russischen Lehrerseminare oder Universitäten. Häufig führte sie dann ihr Beruf in das Innere Rußlands. „In der nächsten Generation war wohl nur noch der Name übrig, der an eine deutsche Abstammung erinnern mochte“¹¹⁰. Ein anderer Weg führte diese jungen Leute an die Hochschulen in Deutschland. Auch sie kehrten in der Regel nicht in ihre Heimat zurück.

Für die in Nordlitauen ansässigen deutschen Gutsbesitzer war der Mangel an deutschen Schulen nicht so bedeutend, da man entweder

106
Lung, S. 15f.

107
Dobbert, S. 23.

108
Ebd., S. 80.

109
Lung, S. 17.

110
Sagel, S. 37.

einen Privatlehrer unterhalten konnte oder es über die verwandtschaftlichen Beziehungen nach Kurland oder Livland möglich war, die Kinder dort unterzubringen und so eine bessere Schulbildung zu gewährleisten¹¹¹.

3. Das Schulwesen in der Zeit der deutschen Besetzung während Ersten Weltkrieges

Zwischen März und September 1915 wurde das gesamte von Litauern bewohnte Gebiet von deutschen Truppen besetzt. Die bis zum Jahre 1918 dauernde Besatzungszeit bedeutete für das Land und seine Bewohner einen großen Umbruch¹¹².

Die zurückweichenden Russen zogen den gesamten Verwaltungsapparat aus dem Lande und zwangen große Teile der Bevölkerung zur Flucht ins Innere Rußlands.

Die oberste Gewalt über das Territorium hatte der Oberbefehlshaber Ost, seit Sommer 1916 war es Prinz Leopold von Bayern. Ihm unterstanden die den Etappeninspektionen zugewiesenen Verwaltungschefs und ihnen wiederum die Kreishauptleute, Bürgermeister und die Feldgendamerie. Der Chef des Stabes Ober-Ost, General der Infanterie Erich Ludendorff, schuf daraus allmählich eine Verwaltungseinheit, das „Land Ober-Ost“. Es bestand zunächst aus den sechs Verwaltungsbezirken Kurland, Litauen, Suwalki, Wilna, Bialystok und Grodno. 1916 wurden Suwalki und Wilna vereinigt und im März 1917 mit Litauen zur „Militärverwaltung Litauen“ zusammengefügt. Im November 1916 wurden Bialystok und Grodno zusammengeschlossen und schließlich 1918 mit der „Militärverwaltung Litauen“ vereinigt¹¹³.

Max von Bordelius: Deutsche Bildungsarbeit in Litauen. In: Aus deutscher Bildungsarbeit im Auslande. Erlebnisse und Erfahrungen in Selbstzeugnissen aus aller Welt, Bd. 1, Langensalza 1927, S. 388. Zu den in Litauen ansässigen deutschen Adligen siehe auch Percy von Schroeders, a. a O; zum Privatunterricht siehe auch: Amanda Pudimat-Schode: Tagebuch einer Hauslehrerin. In: Heimatgruß 1968, S. 25-34.

Gerd Linde: Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg. Wiesbaden 1964; Hellmann: Grundzüge, S. 134-140; zu den Kriegshandlungen aus deutscher Sicht Paul Michaelis: Kurland und Litauen in deutscher Hand. Berlin o. J.

Zur Verwaltungsstruktur siehe Linde, S. 28-34.

Der Kriegsausbruch 1914 brachte die auf dem litauischen Territorium lebenden Deutschen in eine schwierige Lage. Die russische Verwaltung begegnete den russischen Untertanen deutscher Nationalität mit großem Mißtrauen, und viele wurden der Spionage verdächtigt. Ende 1914 begann man, Deutsche abzuschieben. Fabrikarbeiter und Handwerker, die zunächst noch an der Festung Kowno gearbeitet hatten, wurden genötigt, zusammen mit ihren Frauen und Kindern die Stadt zu verlassen. Auch auf dem Lande wohnende Deutsche wurden abgeschoben, was häufig gewaltsam und ungeordnet vor sich ging. Von ihrer Habe durften die Menschen so gut wie nichts mitnehmen. Die Ausweisungen erfolgten nach Gutdünken der örtlichen russischen Militärkommandanten¹¹⁴. Einige Deutsche flohen in die Wälder. Viele begaben sich in Richtung Osten, wo sie Beschäftigung und Lebensunterhalt suchten. Deutsche aus Kaunas zogen zum Teil nach Wilna. Viele Männer dienten im russischen Heer.

Nach dem Ende der Kriegshandlungen kehrte ein Großteil der ins Innere Rußlands verschlagenen Deutschen wieder in ihre Wohnorte zurück. In einem zeitgenössischen Bericht aus Kaunas heißt es dazu:

„Was sie vorfanden, war sehr schmerzlich. Ihre Wohnungen waren meist wüst und leer, zum großen Teil (...) von dem zurückgebliebenen Pöbel geplündert, andere durch Requisitionen ausgeräumt und militärisch belegt (...). So standen die Deutschen da, viele nicht nur ihrer Ersparnisse, sondern auch ihrer Habe völlig ledig, andere schwer geschädigt“¹¹⁵. Die Betreuung dieser mittellosen Rückkehrer lag in den Händen der deutschen Behörden¹¹⁶.

Diejenigen Deutschen, die im Kriegsgebiet verblieben waren, mußten häufig die Erfahrung machen, daß auch die deutschen Truppen sie argwöhnisch betrachteten. Es zeigte sich in Litauen „in oft peinlicher Weise die Unkenntnis (...) hinsichtlich der Nationalitätenverhältnisse im Osten“¹¹⁷. Das Erstaunen vieler deutscher Soldaten, die die Grenze in Richtung Osten überschritten, war groß, als sie in diesem Teil der Russischen Reiches nicht nur keine Russen, sondern neben Litauern, Polen

114 Erhard Boettcher, S. 45.

115 Steinweg: Die Kownoer Deutschen während des Krieges. In: Kownoer Zeitung vom 18.8.1917.

116 Die deutschen Rückwanderer. In: Kownoer Zeitung vom 15.5.1918.

117 Heberle, S. 31.

und Juden auch viele Deutsche trafen¹¹⁸. Über deren Zahl wurden erstmals Mutmaßungen angestellt. Man schätzte sie auf etwa 30.000¹¹⁹.

Kurz nach Ausbruch des Krieges wurden die meisten Schulen geschlossen. Vielfach dienten die Räume, wenn sie nicht durch Kriegseinwirkungen zerstört worden waren, jetzt als Unterkünfte für die russischen Soldaten, später wurden dort auch Kriegsflüchtlinge untergebracht¹²⁰.

Nachdem die deutschen Truppen Litauen besetzt hatten, mußten sie feststellen, daß die Schulverwaltung nicht mehr existierte und auch so gut wie keine Unterlagen mehr vorhanden waren. Die Lehrerschaft fehlte fast völlig.

Im Herbst 1915 begannen die deutschen Militärbehörden mit der Neugestaltung des Schulwesens. Fortan übte die Kultusverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost die Aufsicht über das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen aus. In den neu gegründeten Bezirken übertrugen die Verwaltungschefs ihre Befugnisse auf die ihnen unterstellten Schuldezenten. Ihnen wiederum unterstanden die Stadtschulräte und Bezirksschulinspektoren¹²¹.

Die gesetzlichen Regelungen zur Schaffung einer Struktur im Bildungswesen waren die „Grundlegenden Richtlinien zur Wiederbelebung des Schulwesens“ vom 22.12.1915, die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen vom 16.1.1916 sowie die "Vertraulichen Grundsätze" vom selben Tage¹²². Diese Bestimmungen waren sehr detailliert und beinhalteten z.B. auch Aussagen über Unterrichtsinhalte und Schulbücher und blieben bis zum Ende der deutschen Besatzungszeit gültig.

Vordringliches Ziel der Verwaltung war es, das Schulwesen in ihre Hände zu bekommen, wobei zu vermeiden war, daß die Schulen zum „Kampfplatz der verschiedenen Nationalitäten gegeneinander und ge-

118

Hellmann: Die Deutschen in Litauen, S. 3.

119

Deutsche in Litauen. In: Kownoer Zeitung vom 22.9.1918; vom Deutschtum in Litauen. In: Kownoer Zeitung vom 14.5.1918.

120

Erhard Boettcher, S. 45. Boettcher berichtet über die Situation in Prenen; über die Lage in Kaunas siehe Wischeropp: Aus 325 Jahren, S. 126.

121

Das Land Ober-Ost: Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno, hrsg. im Auftrage des Oberbefehlshabers Ost. Stuttgart/Berlin 1927, S. 375.

122

Zemke, Urkunden I, III und IV, S. 105-117.

gen die deutschen Behörden wurden“¹²³. Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft, die in den ersten Monaten nach der Besetzung von Vereinen oder aber auch von Privatpersonen gegründet worden waren, wurden geschlossen oder unter die Aufsicht der Militärverwaltung genommen¹²⁴. In einer amtlichen Bekanntmachung vom 12.2.1916 hieß es: „Jede Gründung oder Weiterführung, Eröffnung, Zusammenlegung und Schließung von Unterrichts- und Erziehungsanstalten jeder Art, sowie Errichtung etwaiger Lehrkurse und die Erteilung von Privatunterricht bedürfen der Genehmigung des Chefs der Verwaltung“. Bei Zuwiderhandlungen wurden die Schließung der Schule und 1.000 Mark Geldstrafe angedroht¹²⁵. Diese Bestimmung galt auch für den häuslichen Klavier- und Musikunterricht¹²⁶.

Ein Schulzwang wurde vorerst noch nicht eingeführt, da weder genügend Lehrkräfte noch ausreichend Mittel zur Verfügung standen. Es sollte aber darauf geachtet werden, daß die Kinder, die im Einzugsbereich einer Schule lebten, diese auch regelmäßig besuchten¹²⁷.

Die Volksschulen waren konfessionell gebunden, und es kam dabei häufiger zu Kontroversen mit den Eltern, wenn katholische litauische Kinder von einem evangelischen Lehrer unterrichtet werden sollten¹²⁸.

Schwierig war vor allem auch die Regelung der Sprachenverhältnisse. Grundsätzlich sollte die Muttersprache der Kinder auch die Unterrichtssprache sein, es galt also das „Prinzip der nationalen Schule“¹²⁹. Russisch als Unterrichtssprache wurde verboten. In allen Altersstufen war deutsch mit möglichst vielen Stunden zu lehren. Angestrebt wurde, daß „jedes Kind bei der Entlassung (...) die deutsche Sprache in Wort und Schrift genügend beherrscht“. Alle Lehrer hatten die neue Verwal-

123

Ebd., S. 35; siehe auch Hans Nithack: Deutsche Arbeit in Polen und Litauen während des Weltkrieges. In: Bund deutscher Osten (Schriftenreihe), Nr. 35.

124

Das vorläufige Präsidium des Litauischen Landesrates in einer Denkschrift an den Deutschen Reichskanzler ("Denkschrift, die wichtigsten Mißstände in Litauen betreffend"), vom 20.10.1917. In: Zemke, S. 70-92, hier S. 83.

125

Amtliche Bekanntmachung in: Wilnaer Zeitung vom 12.2.1916.

126

Kownoer Zeitung vom 17.10.1917.

127

Zemke, S. 48.

128

Wie Anm 124

42

129

Linde, S. 43.

tungssprache möglichst bald zu erlernen¹³⁰. Sehr schnell wurde aber deutlich, daß die Bestimmung der Muttersprache nicht leicht war, denn die Bevölkerung war fast durchweg zwei- oder mehrsprachig¹³¹.

Die Schulsprache wurde durch die Kreisschulbehörden nach den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen festgelegt. In gemischtsprachigen Orten sollten für die Minderheiten besondere Klassen eingerichtet werden¹³².

Das größte Problem beim Aufbau des Schulwesens war der Lehrermangel. Ausgebildete Pädagogen, die in der Lage gewesen wären, in litauischer Sprache zu unterrichten, gab es nur sehr wenige¹³³, und so sah man sich gezwungen, alles in den Schuldienst einzustellen, „was irgendwie geeignet erschien, d.h. (...) wenigstens über eine gewisse Allgemeinbildung verfügte“¹³⁴.

Häufig wurden deutsche Soldaten und Mitarbeiter der Besatzungsverwaltung als Lehrer eingesetzt. Diese „feldgrauen Lehrer“ verrichteten zwar nach deutscher Auffassung ihr Amt „mit Eifer und Hingebung“¹³⁵, aber auch sie hatten nicht immer eine entsprechende Ausbildung.

Mit diesen Lehrern hielt auch die deutsche Sprache Einzug in die Schulen, was zu heftiger Kritik litauischer Organisationen an der Besatzungsverwaltung führte¹³⁶. In einem Schreiben des späteren litauischen Staatspräsidenten Antanas Smetona an den Oberbefehlshaber-Ost verglich Smetona die Einführung des deutschen Sprachunterrichts mit Maßnahmen, „welche vor kurzem zu russifikatorischen Zwecken durch

130

Abs. 10 der "Grundsätzlichen Richtlinien zur Wiederbelebung des Schulwesens". In: Zemke, S. 107.

131

Es sollte "diejenige Sprache gelten, welche die Eltern im häuslichen Umgange mit den angemeldeten Kindern zu sprechen pflegen". Ausführungsbestimmung vom 16.1.1916 zu Abs. 10 der oben genannten Bestimmung vom 22.12.1915. In: Zemke, S. 111.

132

Zemke, S. 57.

133

Die von litauischer Seite vorgetragene Behauptung, es habe genügend ausgebildete Lehrer gegeben, diese seien aber von den deutschen Behörden nicht zugelassen worden, wird bei Zemke widerlegt. Siehe Zemke, S. 46.

134

Ebd., S. 69.

135

Wischeropp: Aus 325 Jahren, S. 126. 43

136

Erich Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen 1914-1918. Berlin 1921, S. 55.

die zaristische russische Regierung angewandt wurden“¹³⁷. Diese Kritik wurde von der Ober-Ost-Verwaltung zurückgewiesen. Man erklärte, daß die Kinder vor allem ihre Muttersprache gründlich erlernen würden und die Beherrschung einer zweiten Sprache „anerkanntermaßen von hohem Wert“ sei und „in ihrem eigensten Interesse schon aus wirtschaftlicher Rücksicht immer unentbehrlicher werde“¹³⁸. Nach Ansicht der deutschen Seite waren die Kinder „durch die von früher her gewöhnliche Doppelsprachigkeit und die dadurch erworbene Sprachbegabtheit (...) schon im frühesten Alter imstande, eine zweite Sprache zu erlernen, ohne daß ihre körperliche und geistige Entwicklung Schaden litte“¹³⁹.

Ludendorff hatte sich, bezogen auf das Schulwesen, gegen eine „Nadelstichpolitik“ ausgesprochen¹⁴⁰ und festgelegt, daß „jede Germanisierung zu unterlassen“ sei¹⁴¹. Es ist aber auch bekannt, daß er forderte, das Deutschtum in Litauen zu bevorzugen¹⁴².

Tatsächlich sind die Bestrebungen, neben der deutschen Sprache auch die deutsche Kultur zu verbreiten, unverkennbar. So sollte es Ziel der Schulen sein, die „religiöse Gesinnung zu pflegen, die Jugend an Gehorsam gegen die Gesetze, Achtung vor der deutschen Obrigkeit und ihrer bewaffneten Macht sowie an Zucht und Ordnung zu gewöhnen, Fleiß, Wahrhaftigkeit, lautere Gesinnung und Ehrfurcht vor den Eltern zu fördern und fruchtbare Keime zu sittlicher Charakterbildung und tüchtigem Streben zu entwickeln“¹⁴³. Personen aus der deutschen Ge-

137

Schreiben des Präsidenten der Litauischen Taryba, A. Smetona, an den Oberbefehlshaber-Ost vom 8.6.1918. In: Klimas, S. 131. Zum Vorwurf der Germanisierung siehe auch Albertas Gerutis: Independent Lithuania. In: Ders. (Ed.): Lithuania 700 years. 2. Ed. New York 1969, S. 145-256, hier S. 149.

138

Die einheimische Schuljugend und ihre Schule. In: Kownoer Zeitung vom 11.5.1918.

139

Schreiben des Oberbefehlshabers-Ost, General vom Stabe, vom 6.7.1918. In: Klimas, S. 133f.

140

Ludendorff, S. 55.

141

Vertrauliche Grundzüge der Oberost-Verwaltung vom 16.1.1916. In: Zemke, Urkunde IV, S. 115.

142

Börje Colliander: Die Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen während der Okkupation 1915-1919. Abo 1935, S. 944

143

Land Ober-Ost, S. 376.

schichte und das Werben für die Monarchie bestimmten den Unterricht: „Genaue Lebensbeschreibungen des Kaisers, der Kaiserin und der vielen deutschen Fürsten mußten gekonnt werden. Soldatenlieder erklangen, und Federhalter, Bleistifte und Federkasten schmückten Bilder der Monarchen und Feldherren. Stolz trugen die Schüler Husaren-, Dragoner- oder Infanteriemützen und die Mädchen Aluminiumringe mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot und Broschen mit dem Eisernen Kreuz“¹⁴⁴. In einem Lehrerbildungskurs wurde gelehrt, Litauen sei ein Teil von Deutschland und Fürst Isenburg der Vater aller Litauer¹⁴⁵.

Dieses alles mußte bei den vielen politisch engagierten Litauern, die sich um ihre nationale Unabhängigkeit bemühten, Kritik hervorrufen. „Böses Blut“ machten auch die Ablieferungspflicht für Produkte der Land- und Forstwirtschaft, die Aufstellung von Arbeitsbataillonen, deren Angehörige zwangsverpflichtet und kaserniert waren, sowie „allerlei andere ungeschickte, nur selten bewußt schikanöse Maßnahmen der deutschen Verwaltung“¹⁴⁶.

Die Bemühungen, das Schulwesen schnell in Gang zu bringen, wurden durch den Mangel an Lehrkräften behindert, und die vorhandenen Lehrer benötigten dringend Fortbildungskurse. Im Frühjahr 1916 wurden zunächst in Kaunas, etwas später auch in Mariampole, entsprechende Kurse eingerichtet¹⁴⁷, wobei die Teilnehmer gemäß ihrer Konfessionszugehörigkeit in Gruppen eingeteilt wurden¹⁴⁸. Um der nationalen Empfindlichkeit der Bevölkerung Rechnung zu tragen, zog man auch einheimische Dozenten heran. Einige Kursleiter waren offensichtlich Reichsdeutsche aus „Preußisch-Litauen“. Sie beherrschten neben der

144

Oswald Olechnowitsch: Die Schlacht fand nicht statt. Erinnerungen an die deutsche Schule in Kybarten 1915. In: Heimatgruß 1969, S. 75-82, hier S. 76f.

145

Das vorläufige Präsidium des Litauischen Landesrates in einer Denkschrift an den Reichskanzler ("Denkschrift, die wichtigsten Mißstände in Litauen betreffend") vom 20.10.1917. In: Klimas, S. 84f.

146

Hellmann: Grundzüge, S. 135. Siehe dazu auch Klimas, S. 70-89 sowie Albertas Gerutis (Ed.): Lithuania 700 years. New York 1969, S. 149

147

Hellmann: Artikel "Litauen", S. 391f; Zemke, S. 71. Siehe auch: "Lehrerbildungskurs in Mariampol". In: Kownoer Zeitung vom 22.7.1917 und "Der neue Lehrerbildungskurs für Litauen". In: Kownoer Zeitung vom 22.5.1917.

148

Lehrerfortbildungskurse. In: Kownoer Zeitung vom 16.10.1917.

deutschen auch die litauische Sprache¹⁴⁹. Insgesamt wurden in 13 Kursen 503 Lehrer ausgebildet. Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit war aber nur die Vermittlung von Grundkenntnissen möglich¹⁵⁰. Von den 40 wöchentlich zu erteilenden Unterrichtsstunden wurden 30 in litauischer Sprache gegeben, die übrigen zehn entfielen auf den Deutschunterricht. In den meisten Fällen hatte man den Lehrerseminaren Übungsschulen angegliedert, in denen die praktische Ausbildung erfolgte¹⁵¹.

Angesichts der unzulänglichen Vorkenntnisse der Lehrer waren Fortbildungsmaßnahmen dringend notwendig. Erst durch sie wurde es möglich, daß die Zahl der Schulen in den Jahren 1917 und 1918 beträchtlich erhöht werden konnte. Die Zahl der Teilnehmer an Fortbildungskursen schätzt Zemke auf ca. 3.000¹⁵², wobei es aber weitaus mehr Bewerber gab¹⁵³.

Wo geeignete Persönlichkeiten vorhanden waren, wurden auch die in Litauen ansässigen Deutschen als Lehrkräfte oder als Berater in Schuldingen herangezogen. Vor allem die Kantoren der evangelisch-lutherischen Gemeinden waren der deutschen Besatzungsverwaltung unentbehrliche Mitarbeiter. So wirkten Kantor Karies in Raseiniai¹⁵⁴, Kantor Kolbe in Schaudine/Jurbarkas¹⁵⁵ und Kantor Hirsch in Kaunas¹⁵⁶ als Lehrer oder Schulleiter. Die Kirche engagierte sich auch in Kėdainiai, wo sie das leerstehende Pastorat für die Einrichtung einer

149

So die am 4. Lehrerbildungskurs in Kaunas tätigen Hauptlehrer Buttkus und Bajorat sowie der Lehrer Liudzuweit. Kownoer Zeitung vom 11.1.1918.

150

Kownoer Zeitung vom 16.10.1917. Die litauischen Stellen bezeichneten die Lehrerbildungskurse verächtlich als "Schnellpressen". Das vorläufige Präsidium des Litauischen Landesrates in einer Denkschrift an den Reichskanzler ("Denkschrift, die wichtigsten Mißstände in Litauen betreffend") vom 20.10.1917. In: Klimas, S. 84f.

151

Kownoer Zeitung vom 11.1.1918.

152

Zemke, S. 81.

153

So waren bei dem zweiten Lehrerfortbildungskurs in Mariampole im November 1917 von 100 Bewerbern nur 60 "für die Aufnahme fähig". Kownoer Zeitung vom 5.11.1917.

154

Zur Geschichte der Gemeinde Raseinen, S. 98.

155

Eduard Kolbe: Abschiedsrede - Lebenslauf. Rede anlässlich der Verabschiedung in den Ruhestand 1955. Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz der Verfassers.

156

Wischeropp: Aus 325 Jahren, S. 126.

Schule und eines Internats zur Verfügung stellte¹⁵⁷. Hier wirkten der Militärlehrer Klussmeier und zwei reichsdeutsche Diakonissinnen¹⁵⁸.

Trotz aller Kritik an dem Schulsystem war das Interesse an der Bildung groß. Viele Eltern erkannten nicht zuletzt auch den Wert des deutschen Sprachunterrichts, der das berufliche Fortkommen ihrer Kinder begünstigen könnte¹⁵⁹. So wurden in der deutschen Schule in Wejwery, die 34 Sitzplätze hatte, mehr als 90 Kinder angemeldet. 76 Schüler wurden aufgenommen, und man richtete einen Vormittags- und einen Nachmittagsunterricht ein. Im Dezember 1915 mußte eine neue Lehrkraft eingestellt werden, denn es gab mittlerweile 135 Schüler, davon nur 17 evangelische mit deutschen Namen und neun jüdische, die übrigen waren Litauer. Dem deutsch erteilten Unterricht konnten die Kinder „in kurzer Zeit ganz gut folgen“¹⁶⁰.

Ebenso wie in Veiveriai wurden auch an anderen Orten die Schulen nicht nur für die Angehörigen einer bestimmten Nationalität eingerichtet, sondern die Kinder nahmen das Bildungsangebot an, das ihnen an ihrem Wohnort geboten wurde. Wo man die Wahl hatte, bevorzugte man den Unterricht des Lehrers, dessen Sprache man verstand. So ist es zu erklären, daß es in den deutschsprachigen Schulen auch sehr viele jüdische Kinder gab. Aus Kybartai ist bekannt, daß die im Juni 1915 gegründete Schule außer von Deutschen auch von Litauern, Juden, Russen und Polen besucht wurde.

Insgesamt gab es in Litauen während der deutschen Besatzungszeit mehr als 1.000 Volksschulen, viele davon waren Neugründungen. Anfang 1916 hatte die Zahl der Schulen lediglich 65 betragen mit rund 4.000 Schülern, sie stieg bis April auf 79, und im Oktober 1916 gab es in Litauen schon 231 Volksschulen mit jetzt ca. 19.000 Schülern¹⁶¹.

Im März 1917 wurden die Bezirke Litauen und Wilna-Suwalki vereinigt, und für diese spätere Zeit liegen nur Gesamtzahlen vor. Im Oktober gab es hier 470 Schulen, im Dezember 1917 784, im März/April

157 Deutsche Genossenschaftsnachrichten für Litauen, Nr. 2/Juni 1930, S. 13.

158 Frau Erika Schorp, Tochter des später an dieser Schule tätigen Gustav Blum, in ihren Aufzeichnungen vom 3.10.1993. Unterlagen im Besitz des Verfassers.

159 Colliander, S. 91.

160 Die "deutsche" Schule in Wejwery. In: Kownoer Zeitung vom 27.8.1916.

161 Zemke, S. 36.

1918 985 und im Sommer 1918 schließlich 1.010. Vermutlich wurden im Winter 1918/1919 noch weitere Schulen eröffnet, denn nach der Rückkehr einer größeren Zahl einheimischer Lehrkräfte aus Rußland verbesserte sich die Personalsituation¹⁶².

Die Zahl der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache stieg von 32 im Oktober 1916 auf 48 im Dezember 1917. Im März/April 1918 waren es schließlich 75¹⁶³. Es ist aber nicht mehr feststellbar, an welchen Orten sich diese befunden haben¹⁶⁴. Von den 38.333 Volksschülern verwendeten im Oktober 1916 1.587 Deutsch als Familiensprache, im Dezember 1917 waren es 2.366 von insgesamt 47.062 Schülern¹⁶⁵.

Nähere Angaben liegen nur für die deutschen Schulen in Kaunas und Wilna vor. Die vor dem Ersten Weltkrieg in Kaunas eingerichtete deutsche Schule wurde 1914 geschlossen. Russisches Militär belegte die Räume, die Schulbänke lagen zwei Jahre lang im Freien. Am 16. März 1916 wurde die Schule am Deutschen Ring Nr. 24 wiedereröffnet¹⁶⁶. Zwei Militärlehrer und eine reichsdeutsche Lehrerin waren hier tätig. Die Zahl der Schüler stieg nach der Beendigung der Kriegshandlungen durch die Rückwanderer aus Rußland ständig an. 1926 wurden hier 125 Kinder in drei Klassen unterrichtet. Nach den Kirchenunterlagen verrichteten die „feldgrauen Lehrer ihr Amt mit Eifer und Hingebung“¹⁶⁷. Auch Kinder im Konfirmandenalter, die noch nicht lesen und schreiben konnten, nahm man auf. Auch in Schanzen (Nischny Schantzy), einem Vorort von Kaunas, wurde 1916 eine deutsche Schule wiedereröffnet. Sie hatte im März 1916 63 Schüler¹⁶⁸. 1918 gab es hier zwei Klassen, in denen zwei Militärlehrer unterrichteten¹⁶⁹. Im Sommer 1918 plante

162
Ebd., S. 43 und Tabelle S. 101.

163
Ebd., Tabelle S. 101. Zu beachten ist, daß sich diese Zahlen nicht allein auf das Gebiet des späteren litauischen Staates beziehen, sondern auch die Schulen im Bezirk Wilna-Suwalki enthalten sind. Siehe Karte "Litauen. Entwicklung der politischen Grenzen 1914-1920". In: Hellmann: Artikel "Litauen", S. 374.

164
Siehe dazu Wagner, S. 156.

165
Zemke, Tabelle S. 102.

166
Wilnaer Zeitung vom 20.3.1916.

167
Wischeropp: Aus 325 Jahren, S. 126.

168
Wilnaer Zeitung vom 9.3.1916.

169
Kownoer Zeitung vom 27.4.1918.

man die Angliederung einer Realschulklasse und den weiteren Ausbau zu einer vollständigen höheren Schule. Aufgenommen werden sollten zum einen Absolventen der Volksschule, zum anderen aber auch ältere Schüler mit genügender Vorbildung¹⁷⁰. Die Pläne konnten aber vorerst nicht verwirklicht werden.

Die Schule der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde in der Deutschen Straße Nr. 8 in Wilna, die mehr den „Charakter einer russischen Bildungsanstalt“ gehabt hatte¹⁷¹, blieb nach Ausbruch des Krieges geöffnet und wurde erst im April 1915 geschlossen, als die Gefahr einer Seuche drohte. Am 21. April 1915 wurde die Tätigkeit aller staatlichen Einrichtungen, Behörden und Schulen verboten. Auch der größte Teil des Lehrpersonals verließ die Stadt¹⁷².

Nach der deutschen Besetzung wurde am 23. März 1916 in Gegenwart des Oberbürgermeisters Frech, Stadtschulrats Te Gude und Pfarrer Tittelbachs die deutsche evangelische Schule feierlich wiedereröffnet¹⁷³. Der Lehrplan wurde so gestaltet, daß er den Anforderungen eines deutschen Gymnasiums in den Klassenstufen Sexta und Quinta entsprach, wobei der reichsdeutsche Oberlehrer Strieber auch das Fach Latein unterrichtete. Die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde leistete ebenso einen Beitrag zur Finanzierung der Schule wie der am 6. Juni 1918 wiedergegründete Deutsche Verein¹⁷⁴. Wie in Kaunas gab es auch in Wilna Bestrebungen, eine höhere deutsche Schule einzurichten. Am 29. September 1918 berief der Deutsche Verein eine Versammlung ein, „um Beratungen zu pflegen, auf welche Weise die Grundlage zu einer zu gründenden höheren Schule gefunden werden könnte, um auf dem so wichtigen Gebiete der Jugenderziehung gegenüber den Mitbürgern anderer Zunge, die in dieser Beziehung besser gestellt sind, nicht im Hintertreffen zu bleiben“¹⁷⁵. Ein entsprechendes Gesuch des Vereins an den Stadthauptmann wurde befürwortet, und es waren „alle Wege

170
Kownoer Zeitung vom 19.5.1918.

171
Wilnas deutsche Schule. In: Wilnaer Zeitung vom 24.3.1916.

172
Ebd.

173
Ebd.

174
Wilnaer Zeitung vom 22.6.1916 und vom 24.10.1918.

175
Die Schulnot der Wilnaer Deutschen. In: Wilnaer Zeitung vom 31.10.1918.

geeignet“ um innerhalb eines Jahres die Gründung der ersten höheren deutschen Schule in Wilna zu erreichen. Die sofortige Verdopplung der Zahl der Deutschstunden sollte ab 1919 einen systematischen Unterricht in allen Fächern ermöglichen¹⁷⁶. Die Pläne konnten aber, vermutlich wegen der Besetzung Wilnas durch polnische Truppen Anfang 1919, nicht weiter verfolgt werden.

verkürztem Stundenplan weitergeführt werden¹⁷⁸. An manchen Orten wurde nur den unter elf Jahre alten Kindern Unterricht erteilt¹⁷⁹.

Oftmals war es nicht nur die erforderliche Mithilfe im Haus und auf dem Feld, die die Kinder vom Schulbesuch abhielt, sondern die Eltern waren so arm, daß sie nicht die erforderliche Bekleidung, vor allem die notwendigen Schuhe, zur Verfügung stellen konnten. Die Wege zu den Schulen waren häufig sehr lang, und die Fuhrwerke wurden für die landwirtschaftlichen Arbeiten benötigt. Bemängelt wurde aber auch das Fehlen eines „Schulgewissens“, womit das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für die Zukunft der Kinder gemeint war. Man schrieb dieses der „russischen Erbschaft der Gleichgültigkeit und Abneigung gegen die Schule“ zu¹⁸⁰.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Eltern war es häufig nicht möglich, ein Schulgeld zu erheben. Nach den Bestimmungen sollte pro Kind ein monatlicher Beitrag von 1,00 Mark bis 1,50 Mark zu zahlen sein. Dadurch wären die Schulunterhaltungskosten zur Hälfte gedeckt worden¹⁸¹. In Wirklichkeit wurden aber zwei Drittel aus öffentlichen Kassen finanziert¹⁸². Wo die für die Einrichtung einer Schule erforderliche Mindestzahl an Kindern nicht vorhanden war oder wo die Mittel einer Gemeinde oder eines Gutes nicht ausreichten, wurden Schulverbände gegründet, die einen Raum bereitstellen konnten¹⁸³.

Schwierig war auch die materielle Lage in den Schulen selbst. Lehr- und Lernmittel standen häufig gar nicht oder nur in geringem Umfang zur Verfügung. Von den Lehrern wurde viel Improvisationstalent verlangt. In einem Bericht über die damaligen Verhältnisse in Prienai heißt es: „Auf eine Seite der (...) Tafel zeichnete Lehrer Schröder mit Kreide eine Karte von Europa, färbte mit roter Tinte Grenzen, mit Wäschtblau

178
Kownoer Zeitung vom 3.12.1917.

179
Zemke, S. 45f.

180
Die einheimische Schuljugend Kownos und ihre Schule. In: Kownoer Zeitung vom 11.5.1918.

181
Schulgeldordnung vom 1.9.1917. In: Zemke, Anhang V, S. 118f.

182
Ebd., S. 39.

183
Das deutsche Schulwesen in Litauen und Kurland. In: Kownoer Zeitung vom 3.12.1917.

Gewässer und begann den ersten Erdkundeunterricht¹⁸⁴. Oftmals waren die Eltern nicht in der Lage, für Schreibzeug und Hefte zu sorgen, so daß auch hierfür die Lehrer bzw. die Schulverwaltung Sorge tragen mußte. Trotz aller Schwierigkeiten und Mängel hatte sich die Bildungssituation der Litauendeutschen während der Besatzungszeit im Vergleich zu der Zeit davor wesentlich verbessert.

4. Die Deutschen in Litauen in der Zeit der litauischen Selbstständigkeit (1918-1940) und das deutsche Schulwesen

4.1 Demographie. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der deutschen Minderheit

4.1.1 Die Gesamtzahl der Deutschen in Litauen und ihre regionale Verbreitung

Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1923 lebten in Litauen 2.028.971 Einwohner. Dabei standen der litauischen Mehrheitsnation Juden, Polen, Russen, Deutsche, Letten und Angehörige anderer Nationalitäten gegenüber. Nach der amtlichen litauischen Statistik ergab sich folgende nationale Gliederung:¹⁸⁵

Nationalität	insgesamt	in %
Litauer	1.701.863	84,2
Juden	153.743	7,6
Polen	65.599	3,2
Russen	50.460	2,5
Deutsche	29.231	1,4
Letten	14.833	0,7
Weißrussen	4.421	0,2
Angehörige anderer Nationalitäten	1.592	0,1
Ausländer	7.179	0,4
insgesamt	2.028.971	100,0

184 Erhard Boettcher, S. 47.

185 Heberle, S. 34; ein Teil der Volkszählungsergebnisse wurde auch veröffentlicht in: Ostland in Zahlen, hrsg. vom Reichskommissar für das Ostland, Abt. II Raum. Riga 1942.

Die erste und einzige Volkszählung in der Zwischenkriegszeit vom 17.9.1923 war jedoch nachgewiesenmaßen ungenau und wurde insbesondere von den Angehörigen der nationalen Minderheiten kritisiert.

Zwar erfolgte die Feststellung der Nationalität nach dem persönlichen Bekenntnis, die Erhebungsmethoden zielten aber auf ein möglichst geringes Ergebnis bei der nichtlitauischen Bevölkerung ab¹⁸⁶. Den häufig des Lesens und Schreibens unkundigen Angehörigen der Minderheiten, die zum Teil die litauische Sprache gar nicht ausreichend beherrschten, war die unterschiedliche Bedeutung der Begriffe „tikiyba“ (Konfession), „tautybç“ (Nationalität) und „pilietybç“ (Staatsangehörigkeit) keineswegs klar. Im Bewußtsein der Bevölkerung kam der Religionszugehörigkeit eine primäre Bedeutung zu, dagegen war die Volkszugehörigkeit eher zweitrangig. Ein klares Nationalbewußtsein, das Voraussetzung für die Erhebung der Nationalität nach dem persönlichen Bekenntnis gewesen wäre, gab es Anfang der 20er Jahre in Litauen bei vielen Einwohnern noch nicht.

So kam es vor, daß ein Weißrusse auf die Frage nach seiner Nationalität angab, er sei Katholik. Bei den Deutschen wurde die Konfession mit der Volkszugehörigkeit identifiziert. Man ging in die „deutsche Kirche“ und meinte die evangelische; litauische Lutheraner wurden vielfach als „Deutsche“ bezeichnet.

Eine Aufklärung über die unterschiedliche Bedeutung der Begriffe wurde bei der Befragung nicht vorgenommen, oder die Zähler berieten falsch. Auf dem Lande erfolgte die Erhebung in Gegenwart der litauischen Ortsvorsteher, die die Möglichkeit hatten, die Bewohner bei ihren Angaben zu beeinflussen und dieses offensichtlich auch taten¹⁸⁷.

Die Auswertung der Volkszählung ergab, daß 23.973 Personen als Antwort auf die Frage nach der Nationalität „deutsch“ angaben.

Nach dem Bekanntwerden des Zählungsergebnisses kam es auf der Sitzung des Sejm am 28.4.1924 zu einem Protest der Vertreter der Minderheiten¹⁸⁸. Daraufhin sahen sich die litauischen Behörden gezwungen, das Ergebnis zu korrigieren, wobei die revidierten Angaben nicht auf

186

Zu den Nationalitätenstatistiken siehe P. H. Seraphim: Vom Wesen und Wert der Statistik in Osteuropa. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 3/1939, Heft 1, S. 194-208.

187

Ebd., S. 35, Anm. (2).

188

Hellmann: Artikel "Litauen", S. 364.

einer neuen Zählung, sondern auf Schätzungen beruhten. Auch die so ermittelten Zahlen wurden von den Minderheiten als nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend zurückgewiesen.

Die Zahl der in Litauen lebenden Deutschen wurde auf den schon genannten Wert von 29.231 festgelegt, was einem Anteil von 1,4 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach¹⁸⁹. Dabei hält es Heberle für wahrscheinlich, daß die Zahl der Fehlzählungen größer gewesen ist, als die Differenz zwischen dem vorläufigen und dem endgültigen Resultat erkennen läßt¹⁹⁰.

Von der Deutschen Stiftung, die die deutsche Volksgruppe in Litauen unterstützte, wurde das Zählungsergebnis heftig kritisiert und als „Mittel übelsten Terrors, mit dem die litauische Regierung gegen die Minderheiten vorgeht“, bezeichnet. Es sei dabei „unerhört betrogen und gefälscht“ worden¹⁹¹.

Tatsächlich waren in einigen Orten fast alle deutschen Bewohner als „Litauer“ registriert worden. Proteste, die nach dem Bekanntwerden dieser Tatsachen von den ortsansässigen Deutschen selbst bei den Ortsbehörden erhoben wurden, blieben in sehr vielen Fällen unbeachtet¹⁹².

Dieses führte in der „Partei der Deutschen Litauens“ zu der Überlegung, dem amtlichen Resultat die Ergebnisse einer eigenen Zählung gegenüberzustellen. Nachdem dem deutschen Sejm-Abgeordneten Rudolf Kinder vom Bildungsministerium aber bestätigt worden war, daß der litauische Staat für die kulturellen Zwecke der deutschen Minderheit die gleichen Mittel wie vor der Volkszählung bereitstellen werde, aus dem Ergebnis also keine finanziellen Folgerungen gezogen werden würden, verzichtete man auf diesen Schritt¹⁹³.

Aufschlußreicher als die Angaben über die nationale Zugehörigkeit der Einwohnerschaft sind die aus der Volkszählung resultierenden Werte über die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung. Sie lassen Rückschlüsse auf die tatsächliche Zahl der Deutschen zu.

189
Heberle, S. 34 (Tabelle).

190
Ebd., S. 36.

191
Deutsche Stiftung (Krahmer-Möllenberg) an AA vom 18.12.1923. PA R 60096.

192
Heberle, S. 36.

193
Deutsche Gesandtschaft (Seiler) an das AA vom 3.1.1924. PA R 84918.

Wie die Volkszählung zeigte, waren die Litauer zu 98 Prozent Katholiken und die Deutschen zu einem ebenso hohen Prozentsatz Lutheraner¹⁹⁴. Von der Gesamtzahl der festgestellten Lutheraner (66.578) sollen 28.671 Deutsche (davon 924 Reichsdeutsche), 22.312 Litauer und 13.555 Letten gewesen sein¹⁹⁵. Berücksichtigt man die Angaben der evangelisch-lutherischen Pfarrer, wonach die Zahl der evangelischen Litauer ca. 12.000 Personen betragen haben soll¹⁹⁶, so müssen sich unter den tatsächlich gezählten 22.312 als „Litauer“ bezeichneten Lutheranern mindestens 10.000 evangelische Deutsche befunden haben. Die Zahl der Deutschen in Litauen dürfte damit mindestens 40.000 betragen haben. Nach kirchlichen Berechnungen aus der Zwischenkriegszeit waren es 43.000¹⁹⁷, ein Wert, der sich anhand der im Rahmen der Umsiedlung 1941 ermittelten Zahlen annähernd bestätigen läßt¹⁹⁸.

Auch wenn die amtliche litauische Statistik die Gesamtzahl der Deutschen in Litauen zu gering angibt, so lassen die Werte doch annähernd richtige Rückschlüsse auf die geographische Verteilung der Deutschen zu. Dieses vor allem dann, wenn man davon ausgeht, daß sich die „evangelischen Litauer“ der Statistik, von denen ein großer Teil eigentlich Deutsche waren, regional fast genauso verteilten wie die im Lande lebenden Deutschen.

Anhand der Ergebnisse der Volkszählung von 1923 läßt sich bei der Verbreitung der Deutschen in Litauen eine Dreiteilung erkennen. Die erste Region umfaßt sechs Kreise Ostlitauens, einschließlich des Stadtkreises Wilkomir. Obwohl es etwa ein Fünftel des Territoriums und der Gesamteinwohnerschaft ausmachte, stellten die hier lebenden 226 Deutschen nur 0,05 Prozent der Bevölkerung. Das zweite Gebiet umfaßt 12 Kreise Mittel- und Nordlitauens, einschließlich der Stadtkreise Šiauliai und Panevėžys, der Fläche nach über

194

Hinzu kamen 0,73% Reformierte und 0,69% Katholiken. Hellmann: Artikel "Litauen", S. 364.

195

Heberle, S. 55 (Tabelle); Wagner, S. 53.

196

Hellmann: Artikel "Litauen", S. 365.

197

H. Katterfeld: Vom Deutschtum in Litauen und im Baltenland. In: Schulblatt für Braunschweig und Anhalt, Nr. 15, vom 21.5.1928, S. 532-538, hier S. 536.

198

An der Umsiedlung nahmen gut 50.000 Personen teil, darunter auch schätzungsweise 5.000-6.000 Litauer, die mit Deutschen⁵⁵ verheiratet waren oder mit ihnen im selben Haushalt lebten. Stossun: Die Umsiedlungen, S. 81ff.

die Hälfte des Landes. Die 3.675 hier ansässigen Deutschen bildeten 0,35 Prozent der Gesamtbevölkerung in diesem Gebiet und 12,6 Prozent aller Deutschen Litauens. Teils lebten sie auf dem Lande, teils in den kleinen Städten. Sie waren meist Bauern oder Handwerker. Dabei war der Beruf des Müllers unter den Deutschen besonders stark vertreten. In diesem Gebiet waren auch die meist aus Kurland stammenden deutsch-baltischen Adligen ansässig.

Die Hauptmasse der Litauendeutschen, nämlich 86,6 Prozent, lebte demnach in einem räumlich kleinen Gebiet, das nur etwa ein Viertel der Gesamtfläche Litauens umfaßte. Diese dritte Region, zu der trotz seiner Randlage auch die Stadt Kaunas gerechnet werden soll, schloß sich unmittelbar an die ostpreußische Grenze an. Hier war das Deutschtum am dichtesten und erreichte im Kreis Vilkaviškis einen Anteil von 12 Prozent der Einwohnerschaft¹⁹⁹.

Auch im mit Deutschen am dichtesten besiedelten Südwesten Litauens gab es so gut wie keine geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete. Wagner ermittelte zwar immerhin 59 Ortschaften, in denen die Deutschen mehr als die Hälfte der Einwohnerschaft stellten, diese Siedlungen waren aber alle sehr klein und hatten kaum mehr als 20 Einwohner²⁰⁰.

Nach der Umsiedlung zeigte es sich, daß in nicht wenigen Fällen die litauische Sprache die deutsche bereits verdrängt hatte. Vor allem bei Mischehen zwischen Deutschen und Litauern²⁰¹, die von deutscher Seite als „Volksverrat“ bezeichnet wurden²⁰², war die Neigung groß, sich für die litauische Sprache zu entscheiden und so Schwierigkeiten im Berufsleben und beim Schulbesuch der Kinder aus dem Wege zu gehen. So gut wie alle Deutschen waren von jeher zwei- oder mehrsprachig, und eine

199

Werner Essen: Die geographische Verbreitung und Struktur der Deutschen in Litauen, o.D. (1927). BAPO 61 Sti 1/62408. Essen stützt sich bei seinen Berechnungen auf die aus den Ergebnissen der Volkszählung von 1923 hervorgegangenen Angaben zur Nationalität der Bevölkerung in den Kreisen Litauens. Siehe auch Artikel "Litauen", S. 364; Heberle, S. 41; Werner Essen: Die ländlichen Siedlungen in Litauen mit besonderer Berücksichtigung ihrer Bevölkerungsverhältnisse, Leipzig 1931, Karte 166I. Anteil der Deutschen an der ländlichen Bevölkerung.

200 Wagner, S. 30-36.

201

Vgl. Heberle, S. 63ff.

202

DN vom 12.10.1935.

eindeutige Antwort auf die Frage nach der Nationalität war in vielen Fällen gar nicht möglich.

Die Neigung, mit Angehörigen anderer Nationalitäten Ehen einzugehen, beschränkte sich im wesentlichen auf die städtische Bevölkerung. Wegen der großen Bedeutung, die die Religion für die evangelischen Deutschen hatte, blieben Ehen mit Angehörigen anderer Konfessionen die Ausnahme.

4.1.2 Die wirtschaftliche und soziale Lage der Deutschen

Die weitaus meisten, nämlich 58,2 Prozent der Deutschen, lebten auf dem flachen Lande. Dazu kamen 7,2 Prozent, die in den sogenannten Flecken ansässig waren, das waren Ortschaften mit 200 bis 2.000 Einwohnern. Zur städtischen Bevölkerung (in Litauen wurden Siedlungen mit mehr als 2.000 Einwohnern als Städte bezeichnet) gehörten 34,6 Prozent der Deutschen²⁰³. Gemäß den aus dem Jahre 1939 stammenden Angaben des Kulturverbandes lag der Anteil der Deutschen, die von der Landwirtschaft lebten, bei ca. 70 Prozent²⁰⁴ und war damit in etwa so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung²⁰⁵. In der überwiegenden Mehrheit waren die Deutschen Landwirte, ländliche Handwerker und Gewerbetreibende, z.B. Müller. In Kaunas und in einigen anderen Städten gab es außerdem eine deutsche Arbeiterschaft. Dabei war das Unternehmen „Tillmanns“ fast die einzige Fabrik, die überwiegend deutsches Personal beschäftigte. Für das Deutschtum in Kaunas stellte dieser Konzern die meisten Arbeitsplätze²⁰⁶.

Angehörige akademischer Berufe waren unter den Deutschen in Litauen nur in sehr geringer Zahl vertreten²⁰⁷. So gab es 1939 in ganz Litauen drei deutsche Rechtsanwälte, sieben Ärzte, zwei Zahnärzte und einen Tierarzt. Für die über dreißig evangelischen Kirchengemeinden

203

Heberle, S. 44f.

204

Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront: Die soziale Lage und wirtschaftliche Stellung der Volksdeutschen in Osteuropa (streng vertraulich). Berlin 1940, S. 18.

205

Hellmann: Artikel "Litauen", S. 382.

206

Walter Sturm: Lebensfragen des Deutschtums in Litauen, In: Volk und Rasse, 3. Jg. 1928, Heft 3, S. 156-164, hier S. 161f.

207

Das Deutschtum in Litauen. Denkschrift⁵⁷ der Landesplanungsgemeinschaft Ostpreußen zur Umsiedlung der Deutschen in Litauen, Juli/August 1940. BA R 49/159.

standen nur neun deutsche Pastoren zur Verfügung²⁰⁸. Das Fehlen einer intellektuellen Führungsschicht wird bei Hellmann zurecht als Hauptproblem der Volksgruppe angesehen²⁰⁹.

Unter den Deutschen in Litauen gab es nur wenige, die zu den Vermögenden zu rechnen gewesen wären. Abgesehen von im Norden des Landes ansässigen Besitzern von Restgütern herrschte in der Landwirtschaft der Klein- und Mittelbesitz vor. Insbesondere in den Hauptsiedlungsgebieten der Deutschen im Südwesten des Landes betrug die durchschnittliche Hofgröße kaum über zehn Hektar²¹⁰.

Die 1922 durchgeführte Agrarreform hatte für die Deutschen in Litauen kaum Bedeutung, da von ihr nur die geringe Zahl deutscher Großgrundbesitzer betroffen war²¹¹.

Grundsätzlich unterschied sich die Besitzstruktur der deutschen Bauernschaft nicht von der litauischen Gesamtstruktur.

Im Laufe der 30er Jahre verschlechtert sich jedoch die Lage der deutschen Landwirte, was vor allem mit dem Zusammenbruch der Deutschen Genossenschaftsbank zusammenhing. Dieses Geldinstitut war 1923 gegründet worden, um den kapitalarmen deutschen Bauern und Handwerkern Kredite zum Aufbau und zur Erhaltung ihrer Betriebe zu gewähren. 1932 brach die Deutsche Genossenschaftsbank im Zuge der Weltwirtschaftskrise zusammen. Der Grund dafür lag aber auch im Mangel an geeigneten Fachkräften. Oftmals hatten Lehrer und Kantoren die einzelnen Provinzbanken geleitet²¹².

In der Folgezeit konnten sich die Deutschen nur noch bei halbstaatlichen Banken mit zum Teil überteuerten Krediten versorgen, und eine ganze

²⁰⁸ Wie Anm. 204

²⁰⁹ Hellmann: Die Deutschen in Litauen, S. 12.

²¹⁰ Zur wirtschaftlichen Situation der Landwirte siehe Heberle, S. 89.

²¹¹ Hellmann: Artikel "Litauen", S. 377. Zur Agrarreform siehe Hellmann: Grundzüge, S. 152f; Gotthold Rhode: Litauen im Kampf um seine Unabhängigkeit bis zur Gründung der Sowjetrepublik 1917-1944. In: Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. VII, 2; hrsg. von Theodor Schieder. Stuttgart 1977, S. 1062-1078, hier S. 1071; Heberle, S. 96-101; Silvio Broedrich: Die Agrarreform in Litauen. In: M. Sering: Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa. 1930, S. 128-153.

²¹² Zur Geschichte der Deutschen Genossenschaftsbank siehe Hellmann: Artikel "Litauen", S. 401.

Reihe von Betrieben wurde daraufhin zwangsversteigert²¹³. Das Genossenschaftswesen war inzwischen zum „Mittel im Nationalitätenkampf“ geworden, wobei es den litauischen Stellen aber vor allem darum ging, den Angehörigen der Mehrheitsnation gegenüber den im Lande lebenden Juden und Polen Vorteile zu verschaffen²¹⁴.

Zusätzlich zu den fehlenden Kreditmöglichkeiten erschwerten der Preissturz für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Schrumpfung des Handels mit dem Deutschen Reich²¹⁵ die Existenz der deutschen Bauern. Gerade die deutschen Landwirte, die zum beträchtlichen Teil in der Nähe der westlichen Landesgrenze siedelten, litten in dieser Zeit unter dem wegen der Memel-Frage von Deutschland verfügten Importverbot. Mit der Wiederaufnahme der deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahre 1936 endete für alle Bauern in Litauen die Zeit der akuten Existenzgefährdung. Manche deutschen Landwirte hatten dennoch nach wie vor Schwierigkeiten, ihre Produkte abzusetzen, da einige halbstaatlichen Handelseinrichtungen die Annahme von nichtlitauischen Erzeugnissen verweigerten²¹⁶.

Neben dem Fehlen von günstigen Krediten machten sich bei den deutschen Landwirten in den Jahren bis zur Umsiedlung vor allem die Probleme beim Aufbau eines Genossenschaftswesens bemerkbar. Das zum Kulturverband gehörende Landamt, das 1933 von einigen Restgutsbesitzern gegründet worden war und die Bauern über technische Fragen beraten sollte, bemühte sich zwar auch um die deutschen Landwirte in Südlitauen, hier war eine offizielle Arbeit aber erst ab 1937 möglich. Die litauischen Bauern, die durch Landwirtschaftsvereine ihr Niveau heben konnten und auch über die notwendigen Kredite verfügten, hatten in dieser Zeit manche Vorteile.

Auch im Handwerk, nach der Landwirtschaft der zweite Haupterwerbszweig der Deutschen, gab es Zukunftssorgen²¹⁷. Wegen des Fehlens einer deutschen Gewerbeschule und den Problemen bei der Kredit-

213

Wie Anm. 204

214

Heberle, S. 106f.

215

Hellmann: Grundzüge, S. 161.

216

Wie Anm. 204

217

Konstantin von Cerpinsky: Das deutsche Handwerk in Litauen. In: Baltische Monatshefte, Februar 1934, S. 78-83, hier 80f.; Richard Kossmann auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Litauen des DAI vom 11.-15.05.1938. BA R 57/1361.

gewährung „konnte sich der deutsche Handwerker nicht den Erfordernissen der Zeit anpassen“²¹⁸. Schon Anfang der 20er Jahre hatten die litauischen Handwerker durch die staatlich unterstützten Genossenschaften manche wirtschaftlichen Vorteile²¹⁹.

Die Bemühungen des Kulturverbandes, begabte Lehrlinge in Deutschland ausbilden zu lassen und so den Fortschritt nach Litauen zu tragen, waren in den Ansätzen erfolgreich. Die von der Volksgruppenorganisation bestimmten Handwerker vertrauensleute sorgten durch Auswahl von Musterbetrieben für eine Ausbildung, die möglichst dem Niveau der litauischen Konkurrenz entsprach. Insgesamt konnten sich diese Maßnahmen aber nur auf einen relativ kleinen Personenkreis beziehen²²⁰.

In der Regel war der deutsche Handwerker gezwungen, mehreren Berufen gleichzeitig nachzugehen. So war der Schmied gleichzeitig Schlosser, der Tischler gleichzeitig Drechsler und Stellmacher. Aber auch die Ausübung mehrerer Berufe brachte häufig nicht genug Verdienst, so daß die ländlichen Handwerker nebenbei noch etwas Land bewirtschaften mußten.

Neben den Handwerkern und selbständigen Bauern gab es auf dem Lande noch eine Reihe deutscher Knechte. Sie wurden teils mit Geld, teils mit Naturalien bezahlt. In vielen Fällen erhielten diese Knechte, deren Ehefrauen und arbeitsfähigen Kinder häufig ebenfalls im Dienste der Bauern standen, zusätzlich noch etwas Land zur Bewirtschaftung²²¹. Während sich die Deutschen, die als kleine Landwirte oder Handwerker ein bescheidenes Dasein fristeten, ohne Schwierigkeiten zu ihrem Deutschtum bekennen konnten, gab es in den Städten für die wenigen deutschen Angestellten und Besitzer kleiner Handelsbetriebe manche Probleme. Insbesondere Beschäftigte im öffentlichen Dienst wurden vielfach gezwungen, eine Verpflichtung zu unterschreiben, daß sie ihre

218

Das Deutschtum in Litauen. Denkschrift der Landesplanungsgemeinschaft Ostpreußen zur Umsiedlung der Deutschen aus Litauen, Juli/August 1940. BA R 49/159.

219

Heberle, S. 102f.

220

Arbeitswissenschaftliches Institut, S. 21.

221

Der für die Umsiedlung der Deutschen in Litauen zuständige Hauptbevollmächtigte Brückner in einem Bericht über eine Reise in verschiedene Ortsbezirke vom 3.-12.2.1941. BA R 59/252.

Kinder in litauischen Schulen erziehen lassen würden²²². Probst Tittelbach schrieb 1925 zur Situation der deutschen Angestellten im öffentlichen Dienst: „Im neuen litauischen Staat hat das Deutschtum nach menschlicher Voraussicht keine Zukunft. Jeder Deutsche, der heute im Staatsdienst steht, wundert sich darüber, daß man ihn noch nicht gejagt hat und rechnet damit, daß er über kurz oder lang aus dem Dienst entlassen wird, sobald ein reinblütiger Litauer für seinen Posten vorhanden ist“²²³. 1934 wurden auch in der Privatwirtschaft Angestellte, die sich zum deutschen Volkstum bekannten, in größerer Zahl entlassen²²⁴.

Um der wachsenden Not der Deutschen und der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, richtete der Kulturverband 1932 eine Arbeitsvermittlungsstelle ein, und die seit 1931 erscheinenden „Deutschen Nachrichten für Litauen“ veröffentlichten kostenlos Stellenanzeigen²²⁵.

Insgesamt war die ökonomische und soziale Lage der Deutschen auch aufgrund der vom Staat gelenkten nationallitauisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik²²⁶ im Laufe der 30er schwieriger geworden.

4.1.3 Der Bildungsstand der deutschen Bevölkerung

Bei der statistischen Erhebung vom September 1923 wurden auch Zahlen zum Bildungsstand der Bevölkerung Litauens ermittelt. Nach den Angaben von Kaubrys zeigten die Ergebnisse der Volkszählung, daß es bei den einzelnen Nationalitäten bezüglich des Grades der Alphabetisierung beträchtliche Unterschiede gab²²⁷. Die folgenden Zahlen umfassen die Gesamtbevölkerung, also auch die Kinder, die nicht im Schulalter waren:

222

Wie Anm. 218

223

Probst Tittelbach in dem für die Deutsche Stiftung bestimmten Bericht "Das Deutschtum in Litauen", o.D. (vermutlich 1925). PA R 60096.

224

So u.a. aus der Zuckerfabrik in Mariampole und aus litauischen Behörden. DN vom 29.9.1934 und 6.10.1934.

225

Hellmann: Artikel "Litauen", S. 402.

226

Hellmann: Grundzüge, S. 163.

227

Kaubrys: Schulen der nationalen Minderheiten, S. 404. Zahlen zum Grad der Alphabetisierung in den einzelnen Volksgruppen finden sich auch bei Walter Sturm: Das Deutschtum in Litauen. Taschenbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums, Heft 16b, hrsg. vom Deutschen Schutzbund, o. J.

	Männer			Frauen		
	insgesamt	davon schriftkundig	in %	insgesamt	davon schriftkundig	in %
Litauer	810.614	457.92	56,49	891.249	494.134	55,44
Juden	73.547	47.318	64,34	80.196	47.042	58,66
Polen	30.466	17.217	56,51	35.133	20.261	57,67
Russen	24.614	9.478	38,51	25.846	5.908	22,86
Deutsche	14.349	8.679	60,48	14.882	8.417	56,56
Letten	6.941	4.789	68,99	7.942	5.190	65,35
Weißrussen	2.215	1.109	50,07	2.206	828	37,53

Danach standen die Deutschen in Litauen, was den Grad der Alphabetisierung betrifft, hinter den Letten und Juden, aber vor den Polen und Litauern, und weit vor den Weißrussen und Russen. Diese Zahlen gelten jedoch nur für das Jahr 1923. Dank der Bestrebungen des litauischen Staates, die Volksbildung zu heben, wurde das Schulnetz vor allem in den 20er Jahren beträchtlich ausgeweitet. Die Zahl der Elementarschulen verdoppelte sich zwischen 1920 und 1930²²⁸. Zwischen 1919 und 1939 stieg die Zahl der Volksschulen von 1.036 auf 2.713, die Zahl der Volksschüler von 45.546 auf 338.319²²⁹. Während im Jahre 1913 auf 1000

Kaubrys: Schulen der nationalen Minderheiten, S. 409 (Tabelle).

Vytautas Vaitiekūnas: Sovietized Education in Occupied Lithuania. In: Stanley Vardys (Ed.): Lithuania under the Soviets. New York 1965, S. 171-196, hier S. 194.

Einwohner nur 15 Schulkinder gekommen waren, waren es im Jahre 1931/1932 schon 116²³⁰.

ben konnten. Der Prozentsatz der Analphabeten dürfte bei den Angehörigen der deutschen Minderheit in Litauen nicht größer gewesen sein als bei der Gesamtbevölkerung.

4.2 Die rechtlichen Bestimmungen zum Minderheitenrecht in Litauen und die Gründung deutscher Interessenvertretungen

Am 16.2.1918 proklamierte der litauische Landesrat (Lietuvos Taryba) entsprechend dem ethnographischen Prinzip die Wiederherstellung eines auf demokratischer Grundlage aufgebauten, unabhängigen litauischen Staates²³⁶.

Angesichts der Tatsache, daß die Litauer selbst lange Zeit als Minderheit dem Vielvölkerstaat Rußland angehört hatten und um ihre nationale Identität kämpfen mußten, kam es schon bei der Staatsgründung zur Anerkennung und Sicherung kultureller Selbstverwaltungen der Minderheiten.

Äußerer Anlaß dazu waren die zwischen 1918 und 1920 geschaffenen internationalen Minderheitenverträge. Hierin war der junge litauische Staat zwar noch nicht einbezogen worden, denn dem Land fehlte noch die de jure Anerkennung, es zeichnete sich aber schon ab, daß eine Festschreibung der Minderheitenrechte vom Völkerbund gefordert werden würde²³⁷. Die jüdische Minderheit, der vom 14. bis zum 18. Jahrhundert schon einmal eine sehr weitgehende nationale Autonomie gewährt worden war²³⁸, bemühte sich bereits vor der Verabschiedung der litauischen Verfassung um entsprechende Rechtsgarantien.

Am 15.8.1919 übergab die litauische Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz dem „Comité des Delegations Juives“ die sogenannte „Pariser Deklaration“, die den Minderheitsangehörigen individuelle Gleichheitsrechte (u.a. Sprachenrechte und die Proportionalvertretung) und der als Rechtspersönlichkeit organisierten jüdischen Minderheit außerdem noch Autonomierechte zusprach. Diese speziellen Autonomie-

Hellmann: Grundzüge, S. 138f; Rhode, S. 1065-1067.

Michael Garleff: Die kulturelle Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten in den baltischen Staaten. In: Die Baltischen Nationen Estland, Lettland, Litauen, hrsg. von Boris Meissner, 2. erw. Auflage, Köln 1991, S. 87-107, hier S. 88.

Moritz Mintz: Die nationale Autonomie im System des Minderheitenrechts unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in den baltischen Randstaaten. Riga 1927, S. 100.

rechte sollten sich auf die Religion, die Wohltätigkeit, die soziale Hilfe, den Unterricht und auf allgemeine kulturelle Angelegenheiten erstrecken und mit dem Anspruch auf Selbstbesteuerung und proportionale staatliche Subventionen verbunden sein. Die Einrichtung eines besonderen Ministeriums für jüdische Angelegenheiten war geplant²³⁹.

Diese Pariser Deklaration bildete zwar keine eigentliche Rechtsgrundlage, „wohl aber war sie von größtem politischen Wert und bedeutete eine gewisse tatsächliche Bindung der litauischen Regierung in ihrer Minderheitenpolitik“²⁴⁰.

Wie den anderen beiden baltischen Staaten wurde auch Litauen vor seiner Aufnahme in den Völkerbund die als Wunsch formulierte Bedingung gestellt, „die notwendigen Mittel zu ergreifen, um die Anwendung der allgemeinen Grundsätze, wie sie in den Minderheitenverträgen verzeichnet sind, zu sichern (...)“²⁴¹.

Nach eingehenden Beratungen wurde am 12.5.1922 eine entsprechende Deklaration unterzeichnet. Die Erklärung sollte den Charakter eines „Grundgesetzes“ haben, und „kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung“ durfte im Widerspruch zu ihr stehen (Art. 1). Die Verpflichtung hatte „internationale Bedeutung“ und stand unter der Garantie des Völkerbundes (Art. 9). Im folgenden sollen die die kulturellen Belange der Minderheiten betreffenden Artikel dieser Erklärung wiedergegeben werden:

"Art. 5: Die litauischen Staatsangehörigen, die zu einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit gehören, sollen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Sicherheiten genießen wie die übrigen litauischen Staatsangehörigen. Sie sollen insbesondere ein gleiches Recht haben, auf ihre Kosten Wohlfahrts-, religiöse und soziale Einrichtungen sowie Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen und in ihnen ihre Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei auszuüben.

239

Georg H. Erler: Das Recht der nationalen Minderheiten. Münster 1931, S. 299f. Zu den der jüdischen Minderheit gewährten Rechten siehe auch Kaubrys: Schulen der nationalen Minderheit, S. 406 und 412.

240

Mintz, S. 102.

241

Französischer Originaltext bei Mintz, S. 98.

Art. 6: Auf dem Gebiet des öffentlichen Unterrichts soll die litauische Regierung in den Städten und Bezirken, in denen fremdsprachige litauische Staatsangehörige in beträchtlichem Verhältnis wohnen, angemessene Erleichterungen schaffen, um sicherzustellen, daß den Kindern dieser litauischen Staatsangehörigen in den niederen Schulen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird. Diese Bestimmung soll nicht ausschließen, daß die litauische Regierung in diesen Schulen die litauische Sprache zum Pflichtfach macht.

In den Städten und Bezirken, in denen litauische Staatsangehörige einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit in beträchtlichem Verhältnis wohnen, soll für diese Minderheiten ein gerechter Anteil an dem Genusse und der Verwendung der Summen sichergestellt werden, die in staatlichen, kommunalen oder anderen Haushaltsplänen für Zwecke der Erziehung, der Religion oder der Wohlfahrt ausgeworfen werden¹²⁴².

Die litauische Verfassung vom 1. September 1922 sah eine national-kulturelle, die soziale Frage mit umfassende Autonomie vor, die mit einem Selbstbesteuerungsrecht verbunden war:

"§73: Die nationalen Minderheiten, die einen beträchtlichen Teil der Bürger ausmachen, haben das Recht, in den Schranken der Gesetze autonom ihre nationalen Kulturangelegenheiten, Volksbildung, Wohltätigkeit, gegenseitige Hilfe zu besorgen und zur Leitung dieser Angelegenheiten Repräsentationsorgane in der im Gesetz bestimmten Ordnung zu wählen.

§74: Die im §73 genannten nationalen Minderheiten sind berechtigt, auf Grund bestimmter Gesetze, ihre Mitglieder mit Steuern für die Zwecke der Kulturangelegenheiten zu belasten, außerdem den entsprechenden Teil aller Summen, die für die Bildungs- und Wohltätigkeitszwecke vom Staat oder den Selbstverwaltungen bestimmt sind, für sich

Die deutsche Übersetzung der Erklärung ist abgedruckt bei Kraus: Das Recht der Minderheiten. Berlin 1927, S. 121ff; Rogge: Die Verfassung des Memelgebietes. Berlin 1928, S. 66ff; von Türcke: S. 115ff. und bei Walter Sturm: Der Niedergang, S. 528.

*in Anspruch zu nehmen, falls die entsprechenden Staats- und Verwaltungs-Anstalten diese Angelegenheit nicht voll befriedigen*²⁴³.

Nach diesen Bestimmungen gewährte der litauische Staat den Angehörigen einer zahlenmäßig starken Minderheit die denkbar weitgehendsten Autonomierechte. Es handelte sich jedoch nur um ein Rahmengesetz, das zu seiner praktischen Durchführung erst einer näheren Präzisierung bedurfte. So mußte unter anderem geklärt werden, welche Minoritäten "einen beträchtlichen Teil aller Bürger" ausmachen. Während sich die jüdische Minderheit bereits vor der Verabschiedung der Verfassung um eine solche Präzisierung bemüht hatte²⁴⁴, gab es solche Bestrebungen bei den anderen nationalen Volksgruppen in Litauen, die alle zahlenmäßig wesentlich kleiner waren als die jüdische, gar nicht oder nur in Ansätzen.

Die getroffenen Maßnahmen reichten nicht aus, um den neuen politischen Strömungen und dem „bald einsetzenden nationalen Chauvinismus“²⁴⁵ standhalten zu können. Die grundsätzlich garantierte aber rechtlich nicht genügend abgesicherte kulturelle Autonomie wurde auf dem Verwaltungswege vielfachen Einengungen unterworfen. So stellte man 1924 von deutscher Seite fest, „daß die tatsächliche Lage recht erheblich hinter der grundsätzlich garantierten kulturellen Autonomie zurückbleibt“²⁴⁶, und auf der Rigaer Minderheitenkonferenz mußten die litauischen Vertreter 1926 konstatieren, „daß ihre Situation trotz des hoffnungsvollen Anfangs derzeit als die tatsächlich ungünstigste innerhalb der baltischen Staaten anzusehen sei“²⁴⁷.

Die Bildung des litauischen Staates stellte die Deutschen vor eine ihnen unbekanntere Situation. Bis auf die wenigen Adligen hatten sie bislang nicht an den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens teilgenommen, „entsprach es doch ihrem Interesse, still und möglichst unbemerkt

243
Robinson, Anhang I, S. 320.

244
Zu den Erscheinungsformen der jüdischen Kulturautonomie siehe Mintz, S. 101-107.

245
Garleff: Die kulturelle Selbstverwaltung, S. 96.

246
Deutsche diplomatische Vertretung (Schroetter) an das AA vom 23.11.1924. PA R 84955.

247
Garleff: Die kulturelle Selbstverwaltung, S. 91.

ihrem Gewerke nachzugehen und sich nicht um Politik zu kümmern“²⁴⁸. Jetzt wurde aber zur wirksamen Geltendmachung der deutschen Interessen die Bildung einer politischen Organisation notwendig.

Da es innerhalb der Volksgruppe kaum Personen gab, die den Aufbau einer Volkstumsorganisation hätten übernehmen können, ging die Initiative von in Litauen anwesenden Reichsdeutschen und Deutschbalten aus.

1920 wurde in Kaunas die „Partei der Deutschen Litauens“ gegründet, die „die berufene Vertreterin deutscher Belange im litauischen Parlament“ sein sollte. Die Parteiorganisation bestand aus Kreisausschüssen, die in 12 größeren Orten gebildet worden waren, Bezirksausschüssen und einem Zentralausschuß²⁴⁹. Die deutschen Sejmabgeordneten standen mit diesem Zentralausschuß in ständiger Verbindung²⁵⁰. Die Partei erklärte ihr Loyalität zum litauischen Staat, erstrebte in ihm Kulturautonomie und Gleichberechtigung der Minderheit. Mitglieder konnten alle Deutschen werden, die mindestens 17 Jahre alt waren, wobei die „parteilpolitische Gesinnung“ unerheblich war²⁵¹.

Letzteres führte zu einer sehr heterogenen Zusammensetzung der Mitgliederschaft. So unterschieden sich die Interessen der von der Agrarreform betroffenen Adligen grundlegend von denen der Kleinbauern und Landlosen. Die zum Teil sozialistisch eingestellte deutsche Arbeiterschaft in Kaunas verfolgte wiederum ganz andere Ziele²⁵². Angaben über die Zahl der Mitglieder der Partei liegen nicht vor.

Bei dem Mangel an politisch interessierten Persönlichkeiten aus dem Kreis der Deutschen lag die Hauptarbeit in den Händen von wenigen Lehrern, Pastoren, Apothekern und einzelnen Landwirten, die z.B. als Mitglieder von Kirchenvorständen schon früher mit öffentlichen Aufgaben betraut gewesen waren. In einem zeitgenössischen Beitrag hieß es: „Energische gebildete Balten traten opferwillig an die Spitze der Bewe-

248

Heberle, S. 134.

249

Satzung der Partei der Deutschen Litauens. In: Deutscher Kalender für Litauen 1922, S. 76ff.

250

Erich Unterwald, Vertreter des Baltischen Vertrauensrates, in einem Schreiben an das AA vom 30.5.1921. PA R 60096.

251

Wie Anm. 249

252

Dieses wurde zum Beispiel bei der Diskussion um eine Resolution gegen die Agrarreform auf dem Delegiertentag der Partei Ende März 1926 deutlich. Litauische Rundschau vom 30.3.1926; Heberle, S. 135.

gung“²⁵³. Heberles Ansicht, es handelte sich um eine „Honoratiorenpartei“²⁵⁴, ist sicherlich zutreffend.

Der Tatsache, daß die Gründer der Partei und auch ihre führenden Mitglieder entweder Reichsdeutsche oder Deutschbalten waren, ist es zuzuschreiben, daß diese Organisation kaum Rückhalt bei den sozial schlechtergestellten Volksdeutschen fand. Vor allem gegenüber den Reichsdeutschen hegte man ein großes Mißtrauen, da diese sich „in schwierigen Situationen der politischen Verantwortung entziehen“ könnten²⁵⁵.

Der geringe Erfolg der deutschen Partei war auch eine Folge der von der deutschen diplomatischen Vertretung festgestellten „kulturellen und völkischen Gleichgültigkeit“ unter den Volksdeutschen sowie im Mangel an „Verständnis für die Schaffung von Organisationen“²⁵⁶. Ein über die örtliche Kirchengemeinde hinausgehender Zusammenschluß wurde von der Masse der Litauendeutschen offenbar nicht für notwendig gehalten.

Diesem Mißtrauen ist auch das Scheitern der Initiative des Vorsitzenden der deutschen Partei und Sejm-Abgeordneten Oskar von Büchler zuzuschreiben. Dieser hatte sich in Gesprächen mit Vertretern der litauischen Regierung für eine kulturelle Autonomie der Deutschen starkgemacht, stieß aber bei Versammlungen nur auf ein geringes Interesse und mußte erfahren, daß man „vor den reichsdeutschen Führern und der Besteuerung Angst hatte“²⁵⁷.

Der Gedanke, für die deutsche Minderheit tatsächlich eine weitgehende Autonomie zu fordern, die auch die Selbstbesteuerung mit einschloß, ist angesichts der „in hohem Grade entpolitisierten“ deutschen Bevölkerung offenbar schon bald wieder verworfen worden. Die Litauische Rundschau schrieb dazu: Es bleibt der Minderheit „nichts anderes übrig, als weiter zu versuchen, auf dem Wege der friedlichen Auseinandersetzung zu den in der Verfassung zugesagten Rechten zu kommen,

253

Walter Sturm: Das Deutschtum in Litauen. Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Heft 16b, o. J., S. 13.

254

Heberle, S. 136.

255

Deutsche diplomatische Vertretung für Litauen an das AA vom 20.5.1921. PA R 84955.

256

Deutsche Diplomatische Vertretung an das AA, o.D. (Februar 1922). PA R 62703.

257

Wie Anm. 366

d.h. ihren Rechtsanspruch nicht aufzugeben²⁵⁸. Auch als sich nach der Parlamentswahl im Mai 1926 für die Minderheiten günstige Mehrheitsverhältnisse im Parlament ergaben, wurde der Gedanke an eine Kulturautonomie für die Deutschen in Litauen nicht wieder aufgegriffen. Allein die ökonomische Lage der Volksgruppe ließ eine notwendige Selbstbesteuerung nicht zu²⁵⁹.

Die Partei der Deutschen Litauens konnte nach den Wahlen zur litauischen Konstituierenden Versammlung einen Vertreter, nämlich Oskar von Büchler, in das Parlament entsenden. Während im ersten litauischen Landtag 1922 kein Deutscher vertreten war, gelang es 1923 durch ein Wahlbündnis mit der russischen und der jüdischen Minderheit, zwei Sitze zu erringen. Rudolf Kinder, der Geschäftsführer des evangelisch-lutherischen Konsistoriums und weltlicher Vorsitzender der deutschen Synode, und August Rogall vertraten jetzt die Interessen der deutschen Minderheit, wobei die Sonderrolle dieser Partei manche Schwierigkeiten aufwarf. Um politisch etwas bewirken zu können, mußten sich die deutschen Abgeordneten einer der stärkeren litauischen Fraktionen anschließen, jedoch wollte die größte Fraktion, der christlich-demokratische Block, kein Bündnis mit einer nichtkatholischen Gruppe eingehen, und die Volkssozialisten und auch die Sozialdemokraten lehnten einen Zusammenschluß mit einer „völkischen“ Partei ebenfalls ab²⁶⁰.

Bei der Sejm-Wahl im Mai 1926 konnte die deutsche Partei nur 11.858 Stimmen erringen, im Gegensatz zur Wahl des Jahres 1922, wo sie noch 15.899 Wähler hatte. Dieser drastische Stimmenrückgang ist mit der Unzufriedenheit der vielen deutschen Landlosen und Arbeiter zu erklären, die das Ergebnis der Agrarreform nicht akzeptieren wollten und von ihrer Partei in dieser Frage eine andere Politik erwartet hatten²⁶¹. Die wirtschaftliche Not hatte „alle anderen Belange in den Hintergrund gedrängt, und ein nationales Programm allein war nicht ausreichend, um für die nationale Sache zu werben“²⁶².

258
Litauische Rundschau vom 3.4.1925.

259
Deutsche Gesandtschaft in Kaunas (Schroetter) an das AA vom 15.6.1926.
PA R 60096.

260
Johannes Strauch: Schicksalsschläge und Volksbewußtsein. In: Heimatgruß 1966, S. 5-8, hier S. 7.

261
Wagner, S. 12.

262
Kulturverband an das AA, Ende Mai 1926. PA R 62413.

Die Bedeutung der deutschen Partei sank, als infolge des Staatstreiches vom 16./17. Dezember 1926 der Sejm im April 1927 aufgelöst wurde und die auf den Kriegszustand gestützte Alleinherrschaft der Tautininkai-Partei begann²⁶³. In den folgenden Jahren war sie nur noch in verschiedenen Kommunalparlamenten vertreten, bevor sie im Sommer 1935 aufgelöst wurde²⁶⁴.

Die deutschen Abgeordneten konnten sich zwar einige Male im Sejm zu Worte melden und auf die Situation der Minderheit hinweisen, insgesamt hat diese Partei, die eigentlich nur bei den Sejm-Wahlen in Erscheinung trat, aber im politischen Leben des Landes und im Bewußtsein der Deutschen „niemals eine bedeutende Rolle gespielt“²⁶⁵. Neben einem funktionierenden Parteiapparat mangelte es vor allem an einer „engeren Tuchfühlung zwischen Parteivorstand und Masse der Deutschen“²⁶⁶.

Die deutsche diplomatische Vertretung in Kaunas hatte bei der Suche nach einer geeigneten Organisation, die zu einer umfassenden Interessenvertretung ausgebaut werden konnte, zunächst nur wenig Erfolg. Zusammenschlüsse wie der von dem Fabrikanten Richard Tillmanns geleitete „Deutsche Verein“ und der „Verein der Reichsdeutschen“²⁶⁷, die beide ihren Sitz in Kaunas hatten, sowie die deutschen Vereine in

Vilkaviškis, Šiauliai, Mariampolç und Jurbarkas²⁶⁸ waren nach Ansicht der diplomatischen Vertretung nicht geeignet. Sie verfolgten in erster Linie karitative Ziele, oder ihre selbstgestellten Aufgaben „überschritten kaum den gesellschaftlichen Rahmen“²⁶⁹. Auch die Pastoren in den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden, die häufig noch litau-

263

Hellmann: Grundzüge. S. 155.

264

Die Auflösung der Partei wurde am 27.7.1935 in einer kleinen Meldung in den DN bekanntgegeben, siehe auch Wagner, S. 123.

265

Hellmann: Die Deutschen in Litauen, S. 10.

266

Hellmann: Artikel "Litauen", S. 398.

267

Pläne, diesen Verein zum "Kristallisationspunkt der Deutschen in Litauen" werden zu lassen, gab es noch im Jahre 1926. Er erhielt für das Anmieten von Räumlichkeiten Zuschüsse vom Auswärtigen Amt. Deutsche Gesandtschaft (Freundt) an das AA vom 26.4.1926. PA R 60096.

268

Wagner, S. 117.

269

Deutsche Gesandtschaft in Kaunas an das AA vom 20.5.1921. PA R84955.

sche und lettische Mitglieder hatten, zeigten sich gegenüber „deutsch-völkischen Interessen nur wenig aufgeschlossen“²⁷⁰.

Die genannten Organisationen, einschließlich der Partei der Deutschen Litauens, wurden von der deutschen diplomatischen Vertretung und von allen anderen sich für die Volksgruppe in Litauen interessierenden reichsdeutschen Stellen mit großer Skepsis betrachtet und kamen für den Ausbau zu einer umfassenden Volkstumsorganisation nicht in Frage.

Allein der „Verein Deutsche Oberrealschule von 1920 zu Kowno“, der seinen Tätigkeitsbereich unter Beibehaltung des Namens bald auf ganz Litauen ausdehnte und aus dem 1924 der „Kulturverband der Deutschen Litauens“ hervorging, setzte sich bis zur Umsiedlung im Jahre 1941 für die verschiedenen Belange der deutschen Volksgruppe ein. Auf ihn wird im folgenden noch ausführlich einzugehen sein.

4.3 Das deutsche Volksschulwesen in der Zeit der litauischen Selbständigkeit (1918-1940)

4.3.1 Zahl und Art der deutschen Bildungseinrichtungen in Litauen

In der Zeit der litauischen Selbständigkeit besuchten die deutschen Kinder staatliche Schulen unterschiedlicher Art. Neben den Volksschulen mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache gab es andere, in denen in deutsch und litauisch unterrichtet wurde, und wiederum solche, die nur von evangelischen Kindern besucht wurden und in denen man allein litauisch sprach. Auch in die für die katholische litauische Bevölkerung eingerichteten Schulen gingen einzelne deutsche Kinder.

Neben diesen staatlichen Schulen gab es noch die Privatschulen des „Kulturverbandes der Deutschen Litauens“, in denen die Unterrichtssprache deutsch war.

Nach den amtlichen Statistiken des litauischen Bildungsministeriums, die unter anderem in „Švietimo Darbas“ („Bildungsarbeit“), dem Presseorgan des Ministeriums, und in der Zeitschrift „Tautos mokykla“ („Nationalschule“) publiziert worden sind, entwickelte sich die Zahl der deutschen Volksschulen in Litauen (ohne Memelland und Wilna-Gebiet) wie folgt:

270

Ebd.

15.1.1920	25 Schulen	1.1.1930	16 Schulen
1.1.1921	23 Schulen	1.1.1931	13 Schulen
1.1.1922	23 Schulen	1.1.1932	14 Schulen
1.1.1923	20 Schulen	1.1.1933	14 Schulen
1.1.1924	16 Schulen	1.1.1934	14 Schulen
1.1.1925	16 Schulen	1.1.1935	12 Schulen
1.1.1926	14 Schulen	1.1.1936	11 Schulen
1.1.1927	22 Schulen	1.1.1937	10 Schulen
1.1.1928	21 Schulen	1.1.1938	10 Schulen ²⁷¹ .
1.1.1929	18 Schulen		

Wenn man unter einer „deutschen Schule“ eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache versteht, treffen die genannten Zahlen wohl für die ersten Jahre zu, keineswegs aber für den Zeitraum von etwa 1923 bis 1938. Zu beachten ist außerdem, daß es sich bei den Schulen nicht nur um staatliche Einrichtungen handelte, sondern auch um Privatschulen des Kulturverbandes oder der evangelisch-lutherischen Kirche, die zum Teil ohne jede staatliche Subvention auskommen mußten²⁷². Berücksichtigt man die letztgenannten Einrichtungen nicht, so entfällt der Anstieg von 14 auf 22 deutsche Volksschulen zwischen dem 1.1.1926 und dem 1.1.1927, und es wird deutlich, daß die Zahl der staatlicherseits getragenen deutschen Volksschulen kontinuierlich sank. Von den 14 Schulen, die die amtliche Statistik für das Jahr 1926 verzeichnete, waren nur 10 öffentliche Einrichtungen, vier waren Privatschulen des Kulturverbandes²⁷³. Im Jahre 1927 richtete die deutsche Volksgruppenorganisation weitere sieben Schulen ein, die dann zu einem beträchtlichen Anstieg der Gesamtzahl führten.

Außer den Schulen, die die Statistik als „deutsch“ ausgibt, bestanden noch sogenannte gemischte Schulen, in denen die deutsche und die litauische Sprache verwendet wurden. Da diese Einrichtungen zum großen Teil gar nicht über Lehrer, die das Fach Deutsch unterrichten konnten, verfügten, war die Unterrichtssprache hier fast durchweg litauisch. Eine eindeutige Zuordnung war häufig schwierig. So gab es nach einer Zahlenübersicht des Kulturverbandes vom 31.1.1926 zu diesem Zeitpunkt 12

271

Kaubrys, hier S. 409.

272

Deutsche Gesandtschaft (Freundt) an AA vom 4.11.1927. PA R 84955.

273

von Bordelius: Deutsche Bildungsarbeit in Litauen, S. 389.

staatliche deutsche Schulen, von denen aber zwei neben der deutschen auch die litauische Unterrichtssprache verwendeten und somit eher zu den gemischtsprachigen zu zählen waren²⁷⁴. Hier nahm der Unterricht in der Landessprache mehr Raum ein, als vom Volksschulgesetz her gefordert wurde.

Bis Anfang 1929 sank die Zahl der staatlichen Minderheitenschulen mit deutscher Unterrichtssprache auf neun²⁷⁵, im Sommer desselben Jahres waren es nur noch acht²⁷⁶. Von den in den Statistik des Jahres 1930 aufgeführten elf staatlichen deutschen Schulen konnten nach Ansicht des Kulturverbandes nur noch „höchstens zwei“ tatsächlich als solche angesehen werden. In fünf Einrichtungen wurde nur etwa die Hälfte der Stunden in deutscher Sprache unterrichtet, in den übrigen erteilte man nur noch das Fach Religion in der Muttersprache der Kinder²⁷⁷.

In den dreißiger Jahren sank auch die Zahl der deutschen Privatschulen, und zwar bestanden von den neun im Jahre 1933 vorhandenen Kulturverbandsschulen²⁷⁸ 1939 nur noch sechs²⁷⁹.

Während der Rückgang der Zahl der Kulturverbandsschulen mit Schließungen zu erklären ist, reduzierte sich die Zahl der staatlichen deutschen Schulen vor allem durch Umwandlungen in gemischtsprachige (deutsch-litauisch) oder evangelische mit litauischer Unterrichtssprache.

In den Grenzgebieten zu Ostpreußen und zum Memelland bestand für deutsche Kinder aus Litauen die Möglichkeit, auch dort zur Schule zu gehen. Aus Naumiestis/Šakiai ist bekannt, daß eine Reihe von Kindern die Schule im benachbarten Schirwindt in Ostpreußen besuchten, einige

274

Vortrag Rudolf Kinders auf dem Delegiertentag des Kulturverbandes am 31.1.1926. PA R 62413.

275

Anlage zum Bericht der deutschen Gesandtschaft vom 18.1.1929. PA R 62413.

276

Denkschreiben des Kulturverbandes an den Ministerpräsidenten der Republik Litauen, September 1929. PA R 60097.

277

Eingabe des Kulturverbandes an die Regierung Litauens durch den Kultusminister vom 23.12.1931. PA R 60098.

278

Bericht des Kulturverbandes "Zur Lage des deutschen Schulwesens in Litauen" vom Dezember 1933. BA R 69/110.

279

Kulturverband (Richard Kossmann) in dem Bericht "Katastrophale Lage des deutschen Schulwesens in Litauen" vom 15.2.1939. BA R 69/110.

waren von ihren Eltern speziell für diesen Zweck in Naumiestis einquartiert worden. Dieser Schulbesuch in Ostpreußen wurde von den litauischen Behörden weitgehend geduldet. Schwierigkeiten gab es lediglich mit dem Zoll, der die Kinder nicht ohne Begleitung eines Erwachsenen über die Grenze lassen wollte. Die Schule in Schirwindt hatte sich auf diese Kinder aus Naumiestis eingestellt und begann wegen ihres längeren Schulweges den Unterricht erst um 8.15 Uhr²⁸⁰.

Von Naumiestis/Tauragç aus besuchten einige Kinder, deren Eltern vermöglicher waren, die Volksschule oder das Gymnasium in Šilutç (Heydekrug)/Memelgebiet²⁸¹.

Ob es, wie geplant²⁸², Gespräche mit dem ostpreußischen Provinzialschulkollegium über Erleichterungen beim Schulbesuch von deutschen Kindern aus Litauen gab, ist nicht bekannt.

Ebenfalls fehlen Unterlagen über die sogenannten „illegalen Schulen“, die es gegeben haben soll. So schlossen sich nach dem Ersten Weltkrieg einige deutsche Bauern zusammen und engagierten einen Lehrer, der im wöchentlichen Wechsel auf den Höfen Unterricht abhielt. Die litauischen Behörden schritten rasch ein und verboten diesen Unterricht²⁸³. Genauso erging es 1935 der "geheimen Schulen" in Švçkšna. Hier stellte die litauische Sicherheitspolizei in einer Wohnung vier Bänke, eine Tafel, ein Lehrerpult und zwei deutsche Karten sicher. Ein Herr Barkauskas erteilte gerade 11 Kindern Rechenunterricht in deutscher Sprache²⁸⁴. Wer eine nicht genehmigte Schule betrieb oder auch ohne

280

DN vom 12.11.1932.

281

Lydia Januszis-Krebs: Die Neustädte und ihre Schule. In: Heimatgruß 1969, S.71ff. Siehe auch Schreiben von Frau Januszis-Krebs an den Verfasser vom 28.8.1985.

282

Hauptmann a.D. Kiep in einem Bericht über eine Informationsreise durch einen Teil des deutschen Siedlungsgebietes in Litauen vom 30.9.1932. PA R 60098.

283

Die wandernde Dorfschule. In: Bilder aus der Geschichte des evangelischen Deutschtums in Litauen, S. 136-138.

284

Schreiben des Schulinspektors an das Bildungsministerium vom 27.2.1935. LVA F. 391, Ap. 3, b. 1779. Vermutlich handelte es sich um den Kantor der ev.-luth. Gemeinde, Barkowsky. Dieser erhielt für seinen dreimal wöchentlich in Švçkšna stattfindenden Unterricht mindestens seit 1926 monatlich 75 Lit aus der Kasse des Kulturverbandes. Der Kulturverband stellte auch die Schulbücher zur Verfügung. Der Kulturverband in seiner Erläuterungen ~~79~~ m Kostenvoranschlag für das Schuljahr 1926/1927. PA R 62413. 1931 nahmen hier ca. 20 Kinder an diesem kirchlichen

behördliche Erlaubnis Kinder zu Hause unterrichtete, wurde mit einer Geldstrafe von bis zu 500 Lit belegt²⁸⁵.

Nicht erfaßt werden im folgenden auch die an den Orten, in denen es evangelische Gemeinden gab, eingerichteten sogenannten „Sonntagschulen“. Es war ein erweiterter Kindergottesdienst, der von den Kantoren oder den ehrenamtlichen Gemeindehelfern veranstaltet wurde. Hier wurde nicht nur eine kirchliche, sondern auch eine „kulturelle, volkstumserhaltende Arbeit“ geleistet²⁸⁶. Die deutschen Kinder, die, aus welchem Grund auch immer, eine litauische Schule besuchten, lernten hier deutsch lesen und schreiben. Die Finanzierung dieser „Sonntagschulen“, deren Arbeit kaum quellenmäßig zu erfassen ist, wurde von der jeweiligen Kirchengemeinde übernommen, in einigen Fällen gab es aber auch eine Unterstützung durch den Kulturverband, der die notwendigen Bücher zur Verfügung stellte²⁸⁷.

4.3.2. Die Unterstützung der Schulen durch reichsdeutsche Institutionen

Die Beziehungen zwischen den Volksdeutschen in Litauen und dem Deutschen Reich bekamen mit der Gründung des selbständigen litauischen Staates einen anderen Charakter. Während es vor dem Ersten Weltkrieg in erster Linie um die konfessionelle Gemeinschaft mit den ebenfalls evangelischen Deutschen vor allem in Ostpreußen ging, stellte sich fortan mehr und mehr auch die Frage der Kulturgemeinschaft. Dabei hatten die Einrichtungen der deutschen Besatzungsverwaltung und hierbei insbesondere auch die deutschen Schulen einen großen Anteil am Zustandekommen eines Bewußtseins der Zusammengehörigkeit zum deutschen Volk. Persönliche Beziehungen von Litauendeutschen nach Deutschland oder zu anderen deutschen Siedlungsgebieten gab es kaum, lediglich die wenigen adligen Familien, die meist deutschbaltischer Herkunft waren, hatten Kontakte zu den Deutschen in Lettland, wo das na-

Unterricht teil. Bericht über die Tätigkeit des Kulturverbandes für die Zeit vom 26.9.1931 bis April 1932. BA R 57 neu/1083-1.

§ 64 des Volksschulgesetzes vom 29. August 1936, von Türcke S. 125,

Butzke: Erinnerungen an die Sonntagsschule in Kowno. In: Heimatgruß 1976, S. 45-54, hier S. 49.

So z. B. in Švėčkėna. Gemeindegemeinde und Schule in Švėčkėna. In: Deutsche Genossenschaftsnachrichten, Nr. 6/Oktober 1930, S. 9.

tionale Solidaritätsbewußtsein sehr viel stärker ausgeprägt war. Reichsdeutsche in Litauen, die bis dahin als die vorrangigen Repräsentanten deutscher Kultur gegolten hatten, traten mehr und mehr in den Hintergrund oder nahmen Verbindungen zu den Volksdeutschen auf. Beide Gruppen zusammen repräsentierten den neuen Typus des „Auslandsdeutschen“²⁸⁸, wobei diese Beziehungen gerade bei den Litauendeutschen aufgrund der unterschiedlichen sozialen Herkunft erst im Laufe der Zeit enger wurden.

Auf der anderen Seite war in Deutschland durch das Erlebnis des Krieges und vor allem durch die Abtretung bisher zum Reich gehöriger Gebiete durch die den Ersten Weltkrieg beendenden Friedensverträge die Kenntnis von den Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen größer geworden. Die zunächst im wesentlichen von karitativen Gesichtspunkten bestimmte Einstellung zum Auslandsdeutschtum entwickelte sich allmählich zu einem „gesamtdeutschen Volksbewußtsein, das das Staatsbewußtsein ergänzte und erweiterte“²⁸⁹.

Für Litauen kam hinzu, daß es aufgrund des Mangels an Informationen über diese Volksgruppe bis dahin gar Betreuung oder Unterstützung der dort lebenden Deutschen gegeben hatte und es daher auch so etwas wie eine moralische „Verpflichtung gerade reichsdeutscher Kreise“ gab, „diese alte Schuld an einem deutschen Volksteil wiedergutzumachen“²⁹⁰.

Die veränderte Haltung gegenüber den Auslandsdeutschen war eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Litauendeutschen nach dem Ersten Weltkrieg ihr Kultur- und Bildungswesen wieder aufbauen konnten. Dabei ging es nicht allein um finanzielle Mittel, sondern gerade bei den Litauendeutschen auch um die Hilfe bei der Organisation. Über die Notwendigkeit einer massiven Unterstützung gab es keine Zweifel. Der

Ernst Ritter: Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917-1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen. Wiesbaden 1976, S. 2.

Jürgen von Hehn: Die Umsiedlung der baltischen Deutschen - das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte. Marburg/Lahn 1982, S. 24. Siehe auch Max Hildebert Boehm: Die Reorganisation der Deutschtumsarbeit nach dem ersten Weltkrieg. In: Ostdeutsche Wissenschaft. Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates, Bd. V, 1958, S. 9-34.

Werner Essen in seinem Bericht für den Ostpreußischen Schulverein: Die geographische Verbreitung und Struktur der Deutschen in Litauen, o.D. (1927). BAPO 61 Sti1/62408.

bereits zitierte Werner Essen schrieb dazu: „(...) von sich aus ist das Deutschtum in Litauen, dieser kleine deutsche Volkssplitter, nicht einmal zu seiner Erhaltung in der Lage. Es ist alles andere als ein durchorganisiertes selbständiges Volksglied, das an eine Kulturautonomie der Struktur nach gar nicht denken kann“²⁹¹.

Hauptförderer des deutschen Kultur- und Bildungswesens in Litauen waren der Verein (seit 1933 Volksbund) für das Deutschtum im Ausland (VDA), die Deutsche Stiftung, der Ostpreußische Schulverein, der Baltische Vertrauensrat, das Deutsche Ausland-Institut (DAI), der Gustav-Adolf-Verein und insbesondere auch das Auswärtige Amt. Von ihm erhielten einige der vorgenannten Organisationen auch ihre Mittel.

Grundsatz dieser Organisationen und des Auswärtigen Amtes war, daß die deutschen Volksgruppen die Gelder für ihre Kulturarbeit möglichst selbst aufbringen müssen. Ein finanzieller Zuschuß sollte nur dort gewährt werden, wo die deutschen Volksteile im Ausland „infolge der Nachwirkungen des Krieges wirtschaftlich noch geschwächt waren, wo es infolge früherer Bedrückungsmaßnahmen des Mehrheitsvolkes erst langsam der Idee des populär gewordenen Volksgemeinschaftsgedankens näher kam oder wo es in allgemeiner Auseinandersetzung um seine Kulturgüter stand“. Man stufte die Finanzierung nach der Bedeutung, die diese Gebiete im Rahmen der gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen des Reiches hatten, ab. Dabei wurden die Deutschen in den baltischen Staaten bevorzugt behandelt²⁹².

Wegen des Fehlens einer Führungsschicht waren die Deutschen in Litauen in noch stärkerem Maße auf Unterstützung von außen angewiesen als die Deutschbalten in Estland und Lettland.

Die früheste und offenbar insgesamt auch umfangreichste finanzielle und organisatorische Hilfe auf kulturellem Gebiet erhielten die Litauendeutschen durch die Abteilung IV des Auswärtigen Amtes. Schwerpunkte der Arbeit dieser Dienststelle waren neben der Förderung der deutschen Kunst und des Sports im Ausland sowie der Pflege internationaler wissenschaftlicher Beziehungen insbesondere auch die Fürsorge für das

291

Ebd. Werner Essen

292

Karl-Heinz Grundmann: Deutschtumspolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Studie am Beispiel der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und Lettland. Berlin 1975, S. 145f.

deutsche Auslandsschulwesen²⁹³. In einem Erlaß an die deutschen Auslandsvertretungen erklärte Reichsaußenminister Gustav Stresemann 1928: „Die allgemeine Gestaltung der politischen Verhältnisse, insbesondere auch unser Eintritt in den Völkerbund, ermöglicht es, unsere Kulturpolitik im Ausland systematischer zu gestalten (...). Bei der Verteilung der vorhandenen Mittel wurde davon ausgegangen, daß die Grundlage jeder Kulturpolitik im allgemeinen die deutsche Schule sein muß“²⁹⁴.

Die ersten nachweisbaren Versuche, für das deutsche Schulwesen in Litauen Gelder des Auswärtigen Amtes zu erhalten, gab es im Juli 1920 durch die Initiatoren der Deutschen Oberrealschule in Kaunas. Schon bei diesem ersten Antrag ging es nicht nur um eine als Spende verstandene Subvention, sondern der sich im Aufbau befindende Schulverein bat um Auskünfte darüber, wie sich das Reich zu der Frage einer längerfristigen finanziellen Unterstützung stellen würde. Nachdem das Auswärtige Amt durch die ersten Zahlungen seine Unterstützungsbereitschaft signalisiert hatte, richtete die Volkstumsorganisation fortan jährlich Haushaltsanschlüsse über die deutsche Gesandtschaft in Kaunas an Berlin. Die deutsche diplomatische Vertretung war nicht nur Bindeglied zwischen dem Auswärtigen Amt und den Deutschen in Litauen, sondern sie beeinflusste durch ihre Stellungnahmen zu den Gesuchen den Umfang und die Art der finanziellen Unterstützung ganz entscheidend. Die Mittel für die Errichtung der Schulgebäude, die Unterhaltskosten und auch die Lehrergehälter stammten zum beträchtlichen Teil aus Mitteln des Auswärtigen Amtes.

Die zweite das Deutschtum in Litauen und insbesondere die dortigen Schulen unterstützende Organisation war der VDA. Er war über die Lage der Minderheit recht gut informiert²⁹⁵, und über ihn flossen Zuschüsse für einzelne Baumaßnahmen, Schulbücher, Lehrmittel und auch Klei-

293

Ebd., S. 145.

294

Zitiert nach Harry Werner: Deutsche Schulen im Ausland, Bd. 1. Werdegang und Gegenwart. Berlin/Bonn 1988, S. 39.

295

So lieferte der Geograph Werner Essen nach einem neunmonatigen vom VDA finanzierten Aufenthalt in Litauen detaillierte Informationen, die offenbar auch anderen Organisationen zur Verfügung gestellt wurden. Vertraulicher Bericht "Die geographische Verbreitung und Struktur der Deutschen in Litauen", o.D. (1927). BAPO 61 St11/62408.

derspenden²⁹⁶. Die Finanzkraft des Vereins war in den zwanziger Jahren wegen der Inflation in Deutschland aber nur gering. Die VDA-Landesverbände übernahmen die Betreuung der verschiedenen deutschen Volksgruppen im Ausland, wobei nach Möglichkeit eine „historische oder stammesmäßige Bindung zwischen Landesverbänden und Außengebieten“ bestehen sollte²⁹⁷. Für die Deutschen in Litauen, die vom VDA-Landesverband Braunschweig betreut wurden, traf dieses nicht zu. Der dem VDA-Landesverband Braunschweig angegliederte Braunschweigische Landes-Lehrerverein unterstützte die Auslandsschulen durch die Mitgliedsbeiträge, die jeweils 10 Pfennige pro Monat ausmachten. „Durch persönliche Fühlungnahme mit Deutschen, die in Litauen wohnen und für deutsche Bildung und Erziehung wirken und durch Vorträge von Reichsdeutschen, die sich längere Zeit in Litauen aufgehalten haben, hat sich der Landesverband in Braunschweig bemüht, sich ein Bild von der Lage in Litauen zu machen, um wirksame Hilfe leisten zu können“. Bis 1928 wurden durch diese Organisation jeweils 800 Mark an die deutschen Schulen in Skuodas und Švėkšna gezahlt²⁹⁸. Abgesehen von den finanziellen Zuschüssen und den Sachspenden unterstützte der VDA die deutsche Volkstumsorganisation in Litauen auch beratend.

Über die vom Auswärtigen Amt kontrollierte Deutsche Stiftung als „entscheidendes Instrument der Deutschumpolitik“ und als „Finanzierungs- und Kontaktorgan zu den deutschen Organisationen im gesamten europäischen Ausland“²⁹⁹, floß ebenfalls Geld nach Litauen. Da die Deutsche Stiftung dem Auswärtigen Amt für die Geheimhaltung der

296 Verein für das Deutschtum im Ausland. Jahresbericht für 1927, S. 160. 1928 schickte der VDA für 7.000 RM Bücher nach Litauen. Jahresbericht für 1928, S. 90.

297 Friedrich Carl Badendieck: Nach sieben Jahrzehnten. Aufstieg, Zusammenbruch und Zukunftsaufgabe der Volkstumsarbeit. Festschrift für Karl Massmann. Kiel 1954, S. 213.

298 E. Liedloff: Vom Deutschtum in Litauen und der Braunschweigische Landes-Lehrerverein. In: Schulblatt für Braunschweig und Anhalt, Nr. 15, vom 21.5.1928, S. 531.

299 Grundmann, S. 124.

überwiesenen Mittel eine größere Gewähr bot als der VDA³⁰⁰, wurde der Weg über diese Organisation häufiger gewählt.

Während die oben genannten Stellen für das Deutschtum im Ausland tätig waren, arbeitete das DAI über die verschiedenen Volksgruppen. Die Bedeutung beruhte also vor allem auf seiner dokumentarischen und bibliographischen Arbeit. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte das DAI ein Netz von Korrespondenten angelegt, das möglichst jeden Knotenpunkt deutscher Ansiedlung erfassen sollte. Die meist ehrenamtlich tätigen Vertrauenspersonen (Pastoren, Ärzte, Lehrer etc.) lieferten Berichte an das Archiv, das der Kern des Instituts war³⁰¹. Wer die Informanten in Litauen waren, ist nicht bekannt. Die relativ geringe Zahl von Archivalien über die Litauendeutschen in den DAI-Beständen des Bundesarchivs läßt darauf schließen, daß diese Organisation in Litauen nur wenig präsent war.

Wegen der großen Bedeutung, die der evangelisch-lutherischen Kirche im Gemeinschaftsleben der Litauendeutschen zukam, muß hier auch der Gustav-Adolf-Verein genannt werden. Durch ihn wurden unter anderem die Gemeinderäume finanziert, die auch den Schulen zur Verfügung standen.

Eine vor allem für den Aufbau der Deutschen Oberrealschule in Kaunas wichtige Organisation war der Baltische Vertrauensrat³⁰². Diese aus Deutschbalten bestehende Vereinigung war im Jahre 1915 auf private Initiative gegründet worden und wurde 1920 in einen Verein umgewandelt. Der Baltische Vertrauensrat verstand sich als Interessenvertretung deutsch-baltischer Positionen im Reich. Finanziert wurde er durch Spenden, Publikationen und Gebühren für die Ausstellung von Bescheinigungen. Ab Mitte der 20er Jahre erhielt die Organisation auch Zuschüsse des Reichsinnenministeriums. Verschiedentlich konnte der Baltische Vertrauensrat den deutschen Volksgruppen im Baltikum Unterstützungsgelder vermitteln, oder er trug durch Gutachten zur Bewilligung von Geldern aus Deutschland bei. Im Zusammenhang mit der

300

Ebd., S. 171.

301

Ritter, S. 23ff.; Deutsches Ausland-Institut. In: Hans Booms: Das Bundesarchiv und seine Bestände, 3. Aufl. Boppard 1977, S. 54.

302

Über den Baltischen Vertrauensrat und die Tätigkeit anderer deutschbaltischer Organisationen schreibt Frau Carla Siegert/Universität Rostock zur Zeit eine Dissertation. Von ihr stammen die nachstehenden Informationen über diese Organisation.

„Gleichschaltung“ der Volkstumspolitik wurde der Verein im Herbst 1940 aufgelöst.

Der Baltische Vertrauensrat fühlte sich in erster Linie für die Deutschen in Estland und Lettland zuständig. Alle Aktivitäten, die diese Organisation bezüglich der Deutschen in Litauen entfaltete, gingen fast ausschließlich auf Silvio Broedrich zurück³⁰³. Dieser war zwar Vorstandsmitglied des Vereins, zog sich aber im Frühjahr 1921 aus der deutschbaltischen Arbeit im Reich weitgehend zurück und engagierte sich in Litauen. Außer über Broedrich liefen die Verbindungen zum Baltischen Vertrauensrat lediglich noch über einige Lehrkräfte der Oberrealschule, die ebenfalls deutschbaltischer Herkunft waren.

Über den Ostpreußischen Schulverein, der sich insbesondere in den 20er Jahren für die deutschen Volksschulen in Litauen einsetzte, ist nur wenig bekannt.

Ob auch andere Organisationen, wie z.B. der Deutsche Schutzbund, sich in Litauen betätigten, ist nicht bekannt. Eine kulturelle Förderung durch die Deutschen des Memelgebietes hat es offenbar nicht gegeben.

Vor 1933 ging es den deutschen Organisationen, die die Auslandsdeutschen unterstützten, in erster Linie um rein kulturelle Ziele, und man vermied es, sich innenpolitisch festzulegen oder Ziele im Bereich der Außenpolitik zu proklamieren. Die kulturelle und wirtschaftliche Betreuung der einzelnen auslandsdeutschen Volksgruppen durch das Reich war „unter bewußten Verzicht auf bunte Propaganda und Selbstreklame“³⁰⁴ legal und vollzog sich im Rahmen des geltenden internationalen Rechts, vorwiegend basierend auf den international garantierten Minderheitenschutzverträgen. Sie erfolgte in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen dem Reich und den einzelnen Volksgruppen und bedeutete nicht die Einmischung des Reiches in die inneren Angelegenheiten dieser Volksgruppen oder der Staaten, zu denen sie als Minderheiten gehörten, sondern war „eine Hilfe für den legalen Kampf

Zur Person Silvio Broedrich siehe Deutsch-Baltisches Biographisches Lexikon 1710-1965, hrsg. von W. Lenz, Wien/Köln 1970, S. 106f; Walter Bräutigam: Aufbau-Sorgen. In: Heimatgruß 1969, S. 21-25.

Hans von Rimscha: Zur Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen durch das Dritte Reich, am Beispiel der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland. In: Historische Zeitschrift 182/1956, S. 29-63, hier S. 30.

des Auslandsdeutschtums³⁰⁵. Die Deutschen konnten weiterhin als loyale Staatsbürger am wirtschaftlichen und politischen Leben ihrer Heimatstaaten teilnehmen.

Eine sehr weitgehende finanzielle Unterstützung bedeutete eine faktische Abhängigkeit der auslandsdeutschen Organisationen von Dienststellen im Deutschen Reich. Solange die Hilfe aber nicht an bestimmte Bedingungen geknüpft war, konnte sie bedenkenlos akzeptiert werden.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten führte infolge des absoluten Herrschaftsanspruchs der Weltanschauung zu einem raschen Umbruch in der auswärtigen Kulturpolitik des Deutschen Reiches. In einem Gespräch mit Vertretern der Auslandsdeutschen stellte Hitler heraus, welche Rolle diese im nationalsozialistischen Deutschland zu spielen hatten:

„Sie haben eine der wichtigsten Aufgaben übernommen. Sie sollen nicht nur das Deutschtum wie bisher pflegen und erhalten. Sie sollen es zu einer Kampftruppe schulen (...). Sie haben daher, nicht mehr jeder nach Gutdünken, sein Bestes zu tun, wie er es versteht, sondern auf das Kommando hinter ihm zu hören. Was ihm vorteilhaft zu sein scheint, kann von einem höheren Standpunkt aus schädlich sein. Ich verlange daher als erstes blinden Gehorsam von Ihnen(...). Ihr Gehorsam ist die Frucht des Vertrauens zu mir. Darum kann ich in unserem Kreise auch keine Vertreter der alten parlamentarischen Arbeit gebrauchen. Die Herren haben abzutreten (...). Räumen sie nicht freiwillig den Platz, so haben Sie sie mit allen Mitteln zu beseitigen. Über die Politik der auslandsdeutschen Gruppen wird nicht mehr debattiert und abgestimmt, sondern hier wird von mir und in meiner Vertretung vom Parteigenossen Heß bestimmt“³⁰⁶. Gauleiter Bohle als Leiter der NSDAP-Auslandsorganisation erklärte auf dem Reichsparteitag in Nürnberg dazu, das „politische Endziel“ sei die „Schaffung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft im Auslandsdeutschtum“³⁰⁷.

Während es dem VDA unter der Führung von Hans Steinacher noch gelang, sich von den Einflüssen des offiziellen Deutschlands freizuhalten und „gewissermaßen autonom“ in einem Staat zu existieren, „über den

305

Ebd.

306

Hermann Rauschnig: Gespräche mit Hitler. Wien 1973, S. 136f.

307

Zitiert nach Werner, S. 46.

sich eine Partei bereits das Befehlsrecht angemäÙt hatte“³⁰⁸, waren die Einflußmöglichkeiten auf andere die Deutschtumsarbeit im Ausland unterstützende Stellen größer. Vor allem das Auswärtige Amt, über dessen Abteilung IV ein Großteil der Gelder an die deutschen Volkstumorganisationen im Ausland floß, hatte sich dem absoluten Herrschaftsanspruch der nationalsozialistischen Weltanschauung unterzuordnen.

Weitere Organisationen, die sich darum bemühten, auf die Auslandsdeutschen Einfluß zu bekommen und die traditionellen Träger der deutschen Kulturarbeit im Ausland sogar bekämpften, kamen hinzu, so vor allem die NSDAP-Auslandsorganisation, aber auch die Hitler-Jugend und das Reichspropagandaministerium³⁰⁹.

se Organisation. Im Juni 1941 wurde die VoMi, unter deren Regie inzwischen auch die Umsiedlung der Litauendeutschen durchgeführt worden war, ein Hauptamt der SS³¹². Als Werner Lorenz im Sommer desselben Jahres Präsident des VDA wurde, bedeutete das die Vollendung der Gleichschaltungspolitik, die nach der Beseitigung Hans Steinachers im Juli 1938 damit begonnen hatte, daß der Geschäftsführer des VDA, Paul Minke, Angehöriger der VoMi und damit Untergebener von Lorenz wurde³¹³.

Insgesamt vollzog sich der Umbruch in der auswärtigen Kulturpolitik jedoch nicht überall gleich schnell und gleich stark. Der Grad der ideologischen Ausrichtung auf den Nationalsozialismus richtete sich vor allem danach, inwiefern sich in den jeweiligen deutschen Volksgruppen verantwortliche Persönlichkeiten fanden, die einer solchen ideologischen Anpassung aufgeschlossen gegenüberstanden oder diese sogar förderten. Außerdem ließen die Gesetze und Vorschriften der Länder, in denen die Deutschen lebten, häufig eine Ausbreitung des Nationalsozialismus nicht zu³¹⁴.

Eine zentrale Stelle, die die finanzielle Unterstützung der deutschen Einrichtungen hätte koordinieren können, gab es in Litauen nicht. Zwar floß der weitaus größte Teil des Geldes über den Kulturverband der Deutschen Litauens, es wurde aber verschiedenes auch direkt durch Zuschüsse aus Deutschland finanziert. Wegen der Streitigkeiten innerhalb der deutschen Volkstumsorganisation, auf die noch ausführlich einzugehen sein wird, aber auch aufgrund der fehlenden Koordination der Arbeit der Stellen in Deutschland ist ein Gesamtüberblick kaum möglich. Es ist davon auszugehen, daß der Anteil der aus Deutschland stammenden Mittel an den Gesamtkosten der Kultur- und Volkstumsarbeit, der in Estland und Lettland bei 35-50 Prozent gelegen hatte³¹⁵, in Litauen noch sehr viel größer war und mindestens 60-70 Prozent betragen haben dürfte. Dabei machten Zuschüsse für den Bau und den Unterhalt der Minderheitenschulen einen besonders großen Anteil aus. Wegen

312

Ebd., S. 194.

313

Hans Buchheim: Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958, S. 239-279, hier S. 260.

314

Werner, S. 44f.

315

von Hehn, S. 30.

der fehlenden Finanzkraft der Litauendeutschen konnte nur ein geringer Teil der Kosten für das deutsche Schulwesen durch Spenden oder Schulgelder selbst aufgebracht werden. Der deutsche Gesandte in Kaunas, Moraht, schrieb dazu 1929: „Unterhaltsträger der Schulen ist nominell der Kulturverband der Deutschen Litauens. In Wirklichkeit sind die Schulen aber bisher fast ausschließlich aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterhalten worden“³¹⁶.

Mit dem zunehmenden Litauisierungsdruck in den dreißiger Jahren und als Folge der nationalsozialistischen Machtübernahme sah sich der Kulturverband genötigt, seine Arbeit immer mehr auszuweiten, was auch einen Anstieg der Subventionen notwendig machte.

Den litauischen Stellen muß klar gewesen sein, daß aus Deutschland Geld an die deutsche Minderheit floß. Wegen der zum Teil geheimen Finanzierungswege war es für die Staatsorgane aber nicht nachvollziehbar, wieviel es war und für welche Zwecke es gezahlt wurde.

Für die verschiedenen Organisationen, die die deutsche Kulturarbeit in Litauen förderten, ergaben sich Schwierigkeiten durch den Mangel an Führungspersonlichkeiten aus den eigenen Reihen der Litauendeutschen und auch durch die lange währenden Streitigkeiten innerhalb der Volksgruppe. Dieses wird in einem Schreiben der Vorsitzenden des Ostpreußischen Schulvereins besonders deutlich: „Durch die geringe Zuverlässigkeit und den geringen Weitblick der dortigen Deutschen ist es kaum möglich, die Unterstützungsgelder wirklich nutzbringend für das dortige Deutschtum zu verwenden. Der Ostpreußische Schulverein hat das Deutschtum in Litauen weitgehend unterstützt und sieht, nachdem wichtige Unterstützungsmaßnahmen infolge des Führermangels ohne den gewünschten Erfolge geblieben sind, einen Ausweg darin, daß eine innerhalb aller persönlichen Differenzen objektive Kraft, die das Vertrauen aller Richtungen genießt, den deutschen Führern mit Rat und Tat zur Seite steht und vor allen Dingen den Nachwuchs in die richtigen Bahnen lenkt“³¹⁷.

Verschiedene Versuche, Personen aus Deutschland und insbesondere auch Deutschbalten aus Lettland in Führungspositionen zu bringen, schlugen aber fehl oder brachten nicht die gewünschten Ergebnisse. Da-

Deutsche Gesandtschaft Kaunas (Moraht) an das AA vom 14.4.1929. PA R 84955.
Ostpreußischer Schulverein, Frau Dr. Oeckinghaus, an das AA vom 12.10.1929.
PA R 60097.

zu schrieb der Gesandte Moraht: „Der Mangel an Anpassungsfähigkeit an die Psyche des hiesigen Deutschtums haben bei diesen selbst Widersprüche und Parteiungen hervorgerufen und sich dabei nach außen nicht durchsetzen können, weil sie als landfremde Elemente dem Staatsvolk und seiner Regierung gegenüber Hemmungen begegneten, denen ein Einheimischer nicht ausgesetzt gewesen wäre“³¹⁸.

Während die Abteilung IV des Auswärtigen Amtes offenbar während der gesamten Zeit der litauischen Selbständigkeit Hauptunterstützer der deutschen Volksgruppe in Litauen war, traten die anderen Organisationen nur in bestimmten Phasen auf oder beschränkten sich auf bestimmte Gebiete der deutschen Minderheitsorganisation und des deutschen Schulwesens. So engagierten sich die Mitglieder des Baltischen Vertrauensrates in erster Linie beim Aufbau der Deutschen Oberrealschule in Kaunas in den zwanziger Jahren, der Ostpreußische Schulverein und der VDA nahmen sich insbesondere der Volksschulen an, wie auch die Deutsche Stiftung, die sich für das höhere Schulwesen gar nicht für zuständig hielt³¹⁹.

Erschwerend wirkten sich auch Differenzen zwischen den die deutsche Kulturarbeit in Litauen unterstützenden Organisationen aus. So sprach der Vertreter des VDA-Landesverbandes Braunschweig, Maskel, 1928 von einem „völlig unfähigen Ostpreußischen Schulverein“, den der VDA verdrängen müsse³²⁰. Zwei Jahre später gab es aber Überlegungen, dem Ostpreußischen Schulverein die gesamte Unterstützungsarbeit in Litauen zu übertragen³²¹.

318 Deutsche Gesandtschaft (Moraht) an das AA vom 20.1.1930. PA R 60097. So scheiterte der Versuch des Ostpreußischen Schulvereins, den Anthropologen Dr. Werner Essen, der sich an der Universität Kaunas habilitieren wollte, als Vertrauensmann zu engagieren, am Einspruch Morahts. Dieser hatte vor einer weiteren Einbeziehung von auswärtigen Personen gewarnt. Schreiben des Ostpreußischen Schulvereins an das AA vom 12.10.1929. PA R 60097.

319 Deutsche Stiftung an Ostpreußischen Schulverein vom 3.11.1930. BAPO 61 Sti 1/62409.

320 Maskel in einem Bericht über eine Litauen-Reise 1928. PA R 60097.

321 Deutsche Gesandtschaft in Kaunas an das AA vom 15.10.1930. PA R 84957.

4.3.3 Aufbau und Niedergang des deutschen Schulwesens

4.3.3.1 Die Entwicklung des deutschen Schulwesens von der Gründung des litauischen Staates bis zum Jahre 1926 und die Lage innerhalb der deutschen Volksgruppenorganisation

Im Laufe der Jahre 1918 und 1919 übernahm der entstehende litauische Staat von der deutschen Verwaltung auch das Schulwesen. Wo Lehrkräfte vorhanden waren, ging der Unterricht weiter, wobei sich in verschiedenen Orten Elterninitiativen oder evangelische Pastoren der deutschen Schulen annahmen. Auf diese Weise entstanden der „Verein deutsche Oberrealschule 1920 zu Kowno e.V.“ und der „Deutsche Schulverein Šiauliai“, die zunächst auch für die Finanzierung der Einrichtungen sorgten.

Gesetzliche Bestimmungen zur Regelung des Schulwesens gab es zunächst nicht. Der litauische Staat trug die Kosten für die Lehrkräfte und für die Räumlichkeiten, wenn mindestens 40 Schüler vorhanden waren. Dabei war die Unterrichtssprache unerheblich. Die deutsche diplomatische Vertretung stellte im Jahre 1921 fest, daß die Errichtung von deutschen Schulen nicht behindert werde. „Im Gegenteil, wenn z.B. für eine deutsche Schule sich 30 Kinder angemeldet haben, und es sich dann ermöglichen läßt, 10 litauische Kinder zu veranlassen, diese deutsche Schule zu besuchen, auch dann trägt die Regierung die Kosten“. Für Orte, in denen die staatlich geforderte Mindestschülerzahl nicht zu erreichen war, wurde die Schaffung privater Einrichtungen erwogen³²².

Im Frühjahr 1921 fand in Berlin eine Besprechung zwischen Vertretern des Auswärtigen Amtes, des VDA, des Baltischen Vertrauensrates und der deutschen diplomatischen Vertretung in Kaunas über das deutsche Schulwesen in Litauen statt. Da die „Partei der Deutschen Litauens“ aus den genannten Gründen nicht für den Ausbau zu einer umfassenden Volkstumsorganisation geeignet zu sein schien, setzte man seine Hoffnungen auf den „Verein deutsche Oberrealschule“, dessen innere Verhältnisse aber vor einer Unterstützung durch Reichsmittel noch zu ordnen waren³²³.

Deutsche diplomatische Vertretung in einem Bericht, o.D. (1921). PA R 62703.

Silvio Broedrich in einem Bericht zur Lage der deutschen Schulen in Litauen, o.D. (vermutlich Oktober 1921). PA R 62703.

Die Bemühungen um den Erhalt und Ausbau des deutschen Schulwesens stützten sich auf die am 12. Mai 1922 vom litauischen Vertreter unterzeichnete Minderheitendeklaration des Völkerbundes. Darin verpflichtete sich der litauische Staat, für das Schulwesen seiner Minderheiten zu sorgen, staatliche Bildungseinrichtungen entsprechend der Zahl der Minderheiten zu schaffen und private Minderheitenschulen zuzulassen.

Die deutsche diplomatische Vertretung, das Auswärtige Amt, der VDA, die Deutsche Stiftung und der Baltische Vertrauensrat bemühten sich in den folgenden Jahren gemeinsam mit den deutschen Organisationen in Litauen, insbesondere mit dem „Verein deutsche Oberrealschule“, darum, die rechtlich zustehenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Diese Initiative war dringend notwendig, denn man erkannte sehr bald, daß das Deutschtum „seitens der litauischen Regierung (...) keinerlei Hilfe zu erwarten“ habe³²⁴. Dabei sollte sich das Deutsche Reich nach Ansicht des Diplomaten Schönberg nur in der Aufbauphase auch finanziell engagieren, später sollten die Deutschen „für sich das Recht der Autonomie durchsetzen und dann mit eigener Steuerveranlagung selbständig werden“³²⁵.

Ein entscheidender Schritt für die deutschen Schulen in Litauen war der Beschluß zur Umwandlung des „Vereins deutsche Oberrealschule“ in einen Schulverein für ganz Litauen auf der Generalversammlung am 19. September 1921. Ziel dieser Maßnahme sollte die Schaffung einer Schulorganisation sein, „die sich in einem lebendigen Zusammenhange der einzelnen Glieder von der untersten Volksschule bis zum Oberbau unserer Schule in Kowno (d.h. der Oberrealschule - der Verf.) zu einem lebensfähigen Ganzen ausgestaltet, das jedem deutschgeborenen Kinde Litauens die deutsche Schule sichert und es dadurch unserem Kulturkreise erhält, außerdem aber durch seine Ausstrahlung unseren Kulturkreis innerhalb der Grenzen Litauens erweitert“³²⁶.

Deutsche Diplomatische Vertretung (Schönberg) an das AA vom Februar 1922.
PA R 62703.

Ebd.

Silvio Broedrich in einem Bericht zur Lage der deutschen Schulen in Litauen, o.D. (vermutl. Oktober 1921). PA R 62703. Nach der Satzung des Kulturverbandes bestand die Aufgabe der Organisation in der "Eröffnung und Erhaltung deutscher Schulen und Kulturanstalten jeder Art in Litauen, entsprechend den Bedürfnissen seiner deutschen Bevölkerung". Der Kulturverband der Deutschen Litauens. In: Raute 5/1957.

Durch die Wahl des damaligen Vorsitzenden der „Partei der Deutschen Litauens“, Wilhelm Kruck, des weltlichen Vertreters der deutschen Kirchensynode, Rudolf Kinder, des geistlichen Vorsitzenden des Synodalausschusses, Probst Tittelbach, und Konsul Seilers von der deutschen diplomatischen Vertretung gelang es, den Schulverein auf eine breite Basis zu stellen³²⁷, die wenigen vorhandenen Kräfte zu konzentrieren und so die die Arbeit behindernden Streitigkeiten zunächst einzudämmen. Die Hauptaufgabe des umgestalteten Schulvereins sollte es sein, „überall in Litauen für Eröffnung und Unterhalt der erforderlichen deutschen Schulen zu sorgen, Schulräume und Lehrkräfte zu beschaffen (...)“ und private Lehranstalten an Orten einzurichten, „wo weniger als 40 Schulkinder zusammenkommen“³²⁸.

Ein sichtbares Zeichen für die Zerwürfnisse innerhalb der Volksgruppe war die Schaffung eines „Deutschen Schulvereins zu Kowno“ durch den ehemaligen Sejm-Abgeordneten und Gründer der deutschen Partei, Oskar von Büchler, der sehr umstritten war, da man ihn für „politisch unreif“ hielt und ihm „jede Organisationsgabe“ absprach³²⁹. von Büchler wandte sich im Juni 1922 mit einem Spendenaufruf an die Öffentlichkeit. Er erklärte, daß sein Verein die einzige Organisation sei, die sich der deutschen Volksschulen angenommen habe. Damit sollte offenbar an dem „Verein Deutsche Oberrealschule“ Kritik geübt werden, der sich trotz der beabsichtigten Erweiterung seines Arbeitsfeldes auf die Errichtung einer höheren Schule konzentrierte³³⁰. Über den Erfolg der Spendenaktion ist nichts bekannt. Der Verein spielte in der Folgezeit keine Rolle mehr.

Die ersten bekannten öffentlichen Klagen der Deutschen in Litauen über fehlende Möglichkeiten, die in der Minderheitendeklaration des Völkerbundes garantierten Rechte im Bereich der Schule zu verwirkli-

Dem Vorstand gehörten außerdem noch Silvio Broedrich (2. Vorsitzender) sowie die Herren Schultz, Snethage, Töpfer und Pluskat an. Ebd.

Silvio Broedrich in einem Bericht zur Lage der deutschen Schulen in Litauen, o.D. (vermutlich Oktober 1921). PA R 62703.

Erich Unterwald, Vertreter des Baltischen Vertrauensrates, an das AA vom 30.5.1921. PA R 60096.

Spendenaufruf vom Juni 1922. Unterzeichner: O. von Büchler (1. Vorsitzender), Th. Schoen (2. Vorsitzender), Fr. Kirschke (Kassierer). Revisionskommission: O. Freutel, Fr. Hess, Fr. J. Noetzel. BA R 57 neu/1083-1.

chen, stammen aus dem erwähnten Spendenaufruf. Darin war von der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Deutschen in Litauen die Rede, aber auch von dem „nationalistischen Chauvinismus“ der Litauer. Danach würden die Kommunen, die für die Bereitstellung des Schulgebäudes sowie für die Versorgung mit Licht und Heizung zuständig waren, ihrer Pflicht nicht immer nachkommen. Die einzige Möglichkeit, die deutschen Schulen dauerhaft zu sichern, sah der Verein in der finanziellen Unabhängigkeit gegenüber dem Staat und den Kommunen und in einer Selbstfinanzierung³³¹.

Mit der Verabschiedung des Volksschulgesetzes am 6. Oktober 1922, vor allem aber mit der Annahme der Verfassung am 1. September desselben Jahres endete die Zeit, in der die Minderheitenschulen auf das Wohlwollen der Behörden angewiesen waren, ohne einen konkreten Rechtsanspruch zu haben.

Die von nichtstaatlicher Seite gegründeten Volksschulen erhielten eine Unterstützung vom Staat, wenn sie nach einem vom Kultusministerium bestätigten Plan errichtet wurden (§ 47).

Die allein schon aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Festlegung einer Mindestschülerzahl und auch die Pflicht, das Fach Litauisch zu lehren, stießen offenbar nicht auf Kritik der deutschen Minderheit.

In den verstreuten ländlichen Gemeinden, vor allem in Nord- und Ostlitauen, war es oft unmöglich, die erforderliche Schülerzahl aus einem Ort zusammenzubringen und so die Kommune zur Einrichtung einer deutschen Volksschule zu veranlassen. Bemühungen, die erforderlichen Kinder aus einem größeren Umkreis zu sammeln, sie in Pensionen oder Internaten unterzubringen und damit den Bestimmungen zu genügen, waren häufig vergeblich, da die Kommunen mit dem Hinweis darauf, daß eine derartige Anstalt keine städtische Minoritätenschule sei, die Finanzierung verweigerten. 1922 hatte die deutsche diplomatische Vertretung noch vorgesehen, „überall im Lande, wo Deutsche in größerer Anzahl sitzen, durch Stationierung eines Lehrers einen Kern zu schaffen, um den sich allmählich 40 Kinder sammeln“³³⁴. Angesichts der ablehnenden Haltung der örtlichen Verwaltungen mußte auch der Plan Broedrichs, die Landgemeinden zu Gruppen zusammenzufassen und dann die Einrichtung von Volksschulen zu fordern, scheitern. Broedrich hatte den damaligen Vorsitzenden der Partei der Deutschen Litauens, Hildebrand, für diese Aufgabe gewonnen.³³⁵ Hildebrand reiste zwischen Januar und Mai 1925, getarnt als Agent der Kibarter deutschen Genossenschaftsbank, die eine Unteragentur der staatlichen litauischen Versicherungsanstalt übernommen hatte³³⁶, durch Litauen und betrieb „Propaganda in den Landgemeinden“³³⁷. Seine Aufgabe waren es „ganz systematisch das ganze flache Land zu bereisen und überall alle deutschen Eltern aufzusuchen, zu versammeln, zu beraten, die nötigen

Deutsche diplomatische Vertretung an das AA vom 2.3.1922. PA R 62703.

Für diesen Zweck sollte Hildebrand ein Jahr lang eine Aufwandsentschädigung von monatlich 400 RM erhalten. Deutsche Gesandtschaft (Schroetter) an das AA vom 22.12.1924. PA R 62413.

Deutsche Gesandtschaft (Schroetter) in einem geheimen Schreiben an das AA vom 9.2.1925. PA R 62413.

Silvio Broedrich an das AA vom 16.7.1925. PA R 62413.

Schriftstücke anzufertigen und unterschreiben zu lassen und mit den staatlichen Stellen (Kreisschulinspektoren etc.) zu verhandeln, sowie durch die beiden deutschen Deputierten im Sejm und mit ihnen zusammen im Ministerium für die Einrichtung der erforderlichen Schulen zu sorgen³³⁸. Das dafür notwendige Geld stammte vom Auswärtigen Amt und wurde über Broedrich nach Eydtkau überwiesen, wo Hildebrand es in Empfang nahm. Ende Mai stellte er allerdings seine Tätigkeit ein. Die Gründe dafür waren zum einen das Einschreiten der örtlichen Polizeistellen, die derartige Versammlungen nicht mehr duldeten, zum anderen war deutlich geworden, daß sich die auf dem Lande lebenden Deutschen nicht ohne weiteres zu einer Mitarbeit bewegen ließen³³⁹.

In manchen Orten gelang es, den Kindern durch die Einrichtung von Privatschulen einen deutschen Schulunterricht zu sichern, so z.B. in Kaunas, Šiauliai, Panevėžys und Kybartai im Jahre 1924³⁴⁰. Diese Einrichtungen konnten aber häufig nur von den Kindern aus bessergestellten deutschen Familien besucht werden. Die allgemeine wirtschaftliche Not machte es unmöglich, die Mittel für die Bildung selbst aufzubringen. Etliche Eltern griffen allein aus wirtschaftlichen Gründen auf litauische Schulen zurück, obwohl im Ort auch eine deutsche Schule vorhanden war³⁴¹. So besuchten im Jahre 1926 insgesamt 17 deutsche Kinder allein deshalb eine litauische Schule, weil dort keine Kosten entstanden³⁴². In einigen Fällen sicherte man die öffentliche Finanzierung durch die Aufnahme von Kindern anderer Nationalität, vor allem von Juden³⁴³.

Erschwerend wirkte sich die Bestimmung des Volksschulgesetzes aus, wonach neben einer Mindestschülerzahl von 32 auch eine Mindest-

338

Schreiben (vermutlich Broedrichs) an das AA, o.D. PA R 62413.

339

Ebd.

340

Deutsche Gesandtschaft (Schroetter) an AA vom 22.12.1924. PA R 62413.

341

Kulturverband an das AA vom 3.6.1926. BAPO 61 Sti 1/62408.

342

Deutsche Gesandtschaft (Schroetter) an das AA vom 3.6.1926. PA R 62413. Die kostenlose Versorgung armer Schüler mit Schreibmaterial und Lehrbüchern wurde in § 48 des Volksschulgesetzes vom 6.10.1922 zugesichert. Rühlmann, S. 247; ebenso in § 50 Abs. 3 des Volksschulgesetzes vom 29.08.1936. von Türcke, S. 123. Ein aus Tauragė stammender Litauendeutscher teilte dem Verfasser mit, er habe eine litauische Schule besuchen müssen, weil dort die Schreibhefte kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. Schreiben vom 5.1.1985 im Besitz des Verfassers.

343

Heberle, S. 130.

einwohnerzahl von 500 festgelegt wurde. Häufig war nur eine der beiden Prämissen erfüllbar. In einem Vortrag auf dem Delegiertentag des Kulturverbandes am 31. Januar 1926 brachte Rudolf Kinder dieses Problem zur Sprache: „(...) da ist ein Dorf mit 200 Einwohnern und 32 schulpflichtigen Kindern - man verweigert uns die Schule! Oder aber: Es liegen einige Dörfer beieinander, die zusammen wohl die erforderliche Einwohnerzahl aufweisen und auch genügend schulpflichtige Kinder haben. Sie bekommen aber keine Schule, weil die Einwohner und Kinder nicht aus einer Gemeinde sind“³⁴⁴.

In den Jahren 1922-1925 wurde eine ganze Reihe von deutschen Minderheitenschulen in gemischtsprachige oder in litauische umgewandelt. Dieses geschah vor allem durch den vom Kultusministerium verfügten Einsatz von litauischen Lehrern in deutschen Schulen. Eine wichtige Stellung nahmen dabei auch die Kreisschulinspektoren ein. Sie hatten die Aufsicht über sämtliche Volksschulen in ihrem Gebiet, mußten Lehrereinstellungen, -entlassungen und -versetzungen bestätigen und konnten über die Einrichtung privater Schulen mitentscheiden³⁴⁵. Auch eigenmächtige Maßnahmen einiger Schulleiter von Minderheitenschulen wurden bekannt. Sie ignorierten die Erklärung der Eltern bezüglich der Nationalität der Kinder und nahmen diese als „Litauer“ in die Schülerlisten auf. Diese Maßnahme, die unter anderem die deutschen Schulen in Kybartai, Virbalis und Linkiai betrafen, veranlaßten den Vertreter der deutschen Minderheit, Rudolf Kinder, dazu, gemeinsam mit den Vertretern der polnischen und der jüdischen Volksgruppe, Budzynski und Robinson, eine offizielle Anfrage beim Kultusministerium einzubringen. Man wollte wissen, ob dem Minister die Zustände bekannt seien und was er zu tun gedenke, um die den Minderheiten zustehenden Rechte wiederherzustellen³⁴⁶. Das „Zunehmen chauvinistischer Strömungen und Auswüchse“ richtete sich nach Ansicht der deutschen Gesandtschaft nicht einseitig gegen das Deutschtum im Lande, sondern kennzeichnete sich „ganz allgemein als Fremdenfeindlichkeit, die hauptsächlich durch

Vortrag Rudolf Kinders auf dem Delegiertentag des Kulturverbandes am 31.1.1926. PA R 62413.

Zu den Aufgaben der Schulinspektoren siehe die §§ 31-34 des Volksschulgesetzes vom 6.10.1922, Rühlmann, S. 245.

Interpellation der Minderheiten an den Kultusminister. In: Litauische Rundschau vom 19.11.1925. Zeitungsausschnitt in PA R 84918.

den nationalen Gegensatz zu Polen und den Kampf gegen das wirtschaftliche Übergewicht der Juden immer neue Nahrung erhält³⁴⁷. Der auf allen Minderheiten lastende Druck hatte dazu geführt, daß sich ihre gewählten Vertreter zusammaten und so gemeinsam ihre Rechte verteidigten.

Wesentlich schwieriger wurde die Lage der Minderheitenschulen nach der Novellierung des Volksschulgesetzes im Mai 1925. Der Gesetzesänderung ging eine heftige Debatte voraus, in der die im Parlament vorherrschenden Christlichen Demokraten³⁴⁸ sich dafür aussprachen, für alle staatlich unterstützten Volksschulen das Litauische als Unterrichtssprache zu fordern. Nur bei den von den Minderheiten selbst finanzierten Einrichtungen sollten andere Sprachen zugelassen werden. Diese Pläne führten zu einem Protest der im Sejm vertretenden Abgeordneten der jüdischen, polnischen und deutschen Minderheit, wobei der deutsche Vertreter Rudolf Kinder trotz der ihm angedrohten Kündigung seiner Beamtenstellung „eine wackere und unerschrockene Haltung“ einnahm³⁴⁹.

Die einmütige Haltung der Minderheitenvertreter verfehlte ihre Wirkung nicht, und der Gesetzesentwurf wurde zurückgezogen. In einem Bericht der deutschen Gesandtschaft hieß es dazu, der führende Abgeordnete der Christdemokraten, Pfarrer Schmulkstys, habe „in seiner letzten Sejmrede offensichtlich einen Pflock zurückgesteckt, indem er erklärte, die Minderheiten hätten den Entwurf falsch interpretiert und es bleibe den Selbstverwaltungskörpern unbenommen, die fremdsprachigen Minderheitenschulen weiterhin von sich aus zu unterstützen“³⁵⁰.

Angenommen wurde allerdings der Vorschlag, nur Kinder zuzulassen, deren Volkszugehörigkeit mit der jeweiligen Unterrichtssprache identisch ist³⁵¹. Diese Bestimmung führte zu weiteren Schließungen bzw. Umwandlungen deutscher Schulen, denn bis dahin hatten auch etliche Kinder anderer Nationalität, insbesondere Juden, deutsche Einrichtungen besucht, und ohne sie war häufig die erforderliche Mindestzahl nicht zu erreichen. Dem Kulturverband wurde immer deutlicher,

347 Deutsche Gesandtschaft in Kaunas an das AA vom 18.12.1923. PA R 60096.

348 Rhode, S. 1070.

349 Deutsche Gesandtschaft an das AA vom 27.5.1925. PA R 84918.

350 Ebd.

351 Wagner, S. 120.

daß die Einrichtung gemischter Schulen „ein sehr willkommenes Mittel zum Abbau der Minderheitenschulen“ war³⁵².

Inzwischen hatte sich der Streit zwischen den Führern der deutschen Volksgruppenorganisation und den litauischen Stellen um die Schulen weiter verschärft, und die deutsche Gesandtschaft sprach von einem „schweren Kampf um die Erhaltung des Volkstums“, in dem es um die deutsche evangelisch-lutherische Kirche und vor allem aber auch um die Volksschulen gehe³⁵³. Den vorläufigen Höhepunkt in diesem Konflikt stellte im Jahre 1925 das Rededuell im Parlament zwischen Rudolf Kinder und dem Abgeordneten des Klerikalen Bauembundes, Draugelis, dar. Darin erklärte Kinder, daß es in Litauen nur das Ziel gebe, alle zu litauisieren. Wenn es den Polen, Russen und Deutschen nicht geglückt sei, die Litauer zu entnationalisieren, so werde es den Litauern genausowenig gelingen, die Deutschen zu entnationalisieren. Es sei allen bekannt, daß die deutsche Kultur hoch stehe. Drohend fügte Kinder hinzu: „Die 80 Millionen Deutschen werden die 30.000 Volksgenossen in Litauen nicht vergessen und sie unterstützen. Dort, wo sich der Kulturherd befindet, werden wir unsere Kraft schöpfen“³⁵⁴. Draugelis erklärte daraufhin, daß die Zeit vorüber sei, wo „ihr (die Deutschen - der Verf.) die Litauer entnationalisieren und euch eurer Kultur, die eine Maschinen- und tierische Kultur ist, rühmen konntet“³⁵⁵.

Streitigkeiten innerhalb der deutschen Volksgruppenorganisation belasteten immer wieder die Arbeit und führten auch zu einer eher abwartenden Haltung der Stellen in Deutschland, die die kulturelle Arbeit der Minderheit unterstützen sollten.

Im Jahre 1924 war es vor allem ein Konflikt zwischen dem beim Aufbau des deutschen Schulwesens mitwirkenden Deutschbalten Silvio Broedrich und dem litauendeutschen Politiker Rudolf Kinder, die beide Vorstandsmitglieder des Vereins Deutsche Oberrealschule waren. Dieser Streit war nach Ansicht der deutschen Gesandtschaft nicht nur ein per-

Rudolf Kinder in einem Vortrag auf dem Delegiertentag des Kulturverbandes am 31.1.1926. PA R 62413.

Deutsche Gesandtschaft an AA vom 27.5.1925. PA R 84918.

Litauische Rundschau vom 2.4.1925. Wiedergegeben im Bericht der deutschen Gesandtschaft vom 3.4.1925. PA R 84918.

Auszüge aus Protokollen von Parlamentssitzungen wiedergegeben bei Wagner, S. 119.

sönlicher Zwist, sondern „eine unausweichliche Auseinandersetzung zwischen dem sich in seiner Alleinherrschaft bedroht fühlenden, moralisch und intellektuell noch auf ziemlich niedriger Stufe stehenden alt-ingesessenen Volksteil und dem langsam wieder zur Geltung gelangenden gebildeten Mittelstand, der sich im wesentlichen aus Reichsdeutschen, Balten und Deuschrussen stützt“³⁵⁶.

Kinder warf Broedrich vor, dieser habe bei der Errichtung der Oberrealschule zu eng mit der deutschen Gesandtschaft zusammengearbeitet und „das hiesige Deutschtum politisch in den Augen der litauischen Regierung kompromittiert“. Im März 1924 trat der von Kinder geführte Vorstand zurück, nachdem sich in der Generalversammlung eine Mehrheit für Broedrich ausgesprochen hatte. Dem war ein „Intrigenspiel“ vorausgegangen, das dazu führte, daß die Broedrich erteilten Vollmachten zurückgezogen wurden. Daraufhin hatte dieser den Vorstand verlassen, und das Gremium wurde aufgelöst.

Bei der Neuwahl des Vereinsvorstandes konnte sich wiederum Rudolf Kinder durchsetzen, was nach Meinung des deutschen Gesandten Seiler „eine beleidigende Undankbarkeit“ gegenüber dem von der Gesandtschaft favorisierten Broedrich war³⁵⁷.

Mit der Bestätigung Kinders als Vereinsvorsitzenden kühlte das Verhältnis zwischen dem Schulverein und den die Volksgruppe unterstützenden deutschen Stellen merklich ab. Kinder hatte sich jede Unterstützung durch die Gesandtschaft verbeten und in einem Gespräch mit Vertretern der deutschen diplomatischen Vertretung erklärt, „das Reich möge dem hiesigen Deutschtum in Zukunft nur noch dann seine Unterstützung angedeihen lassen, wenn er als dessen politischer Führer ausdrücklich darum nachsuche“³⁵⁸.

Durch dieses Zurückweisen der reichsdeutschen Unterstützung erlitt insbesondere das deutsche Minderheitenschulwesen einen merklichen Rückschlag. Für den Aufbau der Oberrealschule bereits zugesagte Gelder wurden zurückgehalten, der Versuch, die Zuzugserlaubnis für vier dringend benötigte deutsche Lehrer zu erwirken, aufgegeben und der Gesandtschaft insgesamt eine passive Haltung vorgeschrieben. Von Seiten der diplomatischen Vertretung war man erst wieder bereit, sich zu

Deutsche Gesandtschaft (Olshausen) an AA vom 25.3.1924. PA R 62703.

Deutsche Gesandtschaft (Seiler) an AA vom 3.5.1924. PA R 62703.

Deutsche Gesandtschaft (Seiler) an AA vom 13.5.1924. PA R 62703.

engagieren, wenn das Vertrauensverhältnis zum Verein Deutsche Oberrealschule wiederhergestellt wird³⁵⁹.

Daß ohne eine finanzielle Unterstützung aus Deutschland die kulturelle Arbeit der deutschen Volksgruppenorganisation kaum möglich war, wurde auch Kinder sehr bald klar. Im Juli 1924 sprach er unter Umgehung der deutschen Gesandtschaft direkt beim Auswärtigen Amt in Berlin vor und fragte, warum der Schulverein keine Beihilfen aus Deutschland mehr erhalte. Er erklärte, er wolle „mit allen Kreisen der Deutschen in Litauen weiterhin freundlich und verständnisvoll zusammenarbeiten“, bat aber darum, „den Broedrich-Freunden einen Wink zu geben, sich zurückzuhalten“³⁶⁰. Das Auswärtige Amt war jedoch nicht bereit, sich in die inneren Angelegenheiten des deutschen Schulvereins einzumischen und ausgerechnet für den Kritiker des Engagements der reichsdeutschen Stellen Partei zu ergreifen³⁶¹.

Während Kinders Position in der Partei der Deutschen Litauens³⁶² und im Konsistorium der evangelisch-lutherischen Kirche im Laufe des Jahres deutlich schwächer geworden war³⁶³, hatte er im Schulverein nach wie vor starken Rückhalt. Dieses wurde bei dem Versuch, die Vereinssatzung zu ändern, besonders deutlich. Eine Korrektur war notwendig geworden, nachdem man erkannt hatte, daß der Paragraph über die notwendige Anzahl stimmberechtigter Mitglieder so ungünstig abgefaßt war, daß eine satzungsgemäß beschlußfähige Versammlung überhaupt nicht zusammengebracht werden konnte. Außerdem wollte man den Absatz, der besagte, daß das Vermögen des Vereins bei dessen Auflösung an den litauischen Staat fallen sollte, ändern. Ein Satzungsentwurf wurde im Sommer 1924 bei den litauischen Behörden eingereicht. Er sah die Umwandlung des Schulvereins in einen Kulturverein vor, wobei in Kauf genommen wurde, daß das Bildungsministerium die Bestätigung

359

Ebd.

360

Aufzeichnungen des AA (Soehring) vom 2.8.1924. PA R 62703.

361

Ebd.

362

Im März 1925 erlitt Kinder auf dem Delegiertentag der Partei eine schwere Niederlage. In dem neugewählten Vorstand war nur noch ein Anhänger seiner Politik vertreten (Schulz), dagegen aber sechs seiner entschiedensten Gegner (Baumgärtel, von Berg, Balbach, Hildebrand, Ziegler und Gerhard). Broedrich an AA vom 16.3.1925. PA R 60096.

363

Deutsche Gesandtschaft an AA vom 16.9.1924. PA R 62703.

von dem Ausschluß von Ausländern aus dem Verein abhängig machte³⁶⁴. Auf der Generalversammlung am 18. Oktober 1924 gelang es Kinder, eine Mehrheit für die Satzungsänderung zu erreichen.

Angesichts der Tatsache, daß der Aufbau des Schulvereins ganz wesentlich auch dem Engagement von Reichsdeutschen und Deutschbalten zu verdanken war, löste der Beschluß heftigen Protest aus. Reichsdeutsche schlossen sich mit dem Ziel, von der deutschen Regierung das Ende jeder weiteren Unterstützung zu verlangen, zusammen.

Daß Kinder diese entscheidende Satzungsänderung akzeptierte, nachdem er kurz zuvor beim Auswärtigen Amt noch ein Unterstützungsgesuch für die deutschen Schulen gestellt hatte, erstaunte auch die Gesandtschaft. Eine schon in Aussicht gestellte Beihilfe in Höhe von 23.807,23 Lit wurde nicht ausgezahlt. Außerdem stellte die diplomatische Vertretung Überlegungen an, die finanzielle Lage des Vereins durch die Einstellung der Unterstützungszahlungen so zu verschlechtern, daß dieser die Mitgliedsbeiträge drastisch erhöhen mußte. Dadurch sollte erreicht werden, „daß den der Gesandtschaft nahestehenden Kreisen damit die Möglichkeit gegeben wird, Kinder seine proletarische Gefolgschaft mit dem Argument, daß er ihre Belastung verschuldet habe, abspenstig zu machen“. Der Schulvereinsvorsitzende wurde von der Gesandtschaft als „Schädling des Deutschtums“ bezeichnet. Einerseits schien es geboten, „ihn zu beseitigen“, andererseits befürchtete man aber auch, Kinder durch „allzusehendes Vorgehen in eine dem Deutschtum gefahrbringende Opposition und Sezession“ zu treiben³⁶⁵.

Insgesamt hatte der Konflikt innerhalb des Schulvereins, der im Laufe der kommenden Monate durch eine gemäßigttere Haltung Kinders - dieser hatte sich nach Ansicht der Gesandtschaft „vom Saulus zum Paulus bekehrt“³⁶⁶ - und die Vermittlung des Direktors der Oberrealschule, Johannes Strauch, zum Teil beigelegt wurde, auch dem deutschen Schulwesen geschadet. Zum einen war der Vereinsvorstand in dieser Zeit kaum arbeitsfähig, zum anderen wuchs das Mißtrauen der deutschen Stellen gegenüber der Volksgruppenorganisation.

Ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer Einigung innerhalb des Kulturverbands wurde auf dem Delegiertentag am 31. Januar 1926 ge-

364

Deutsche Gesandtschaft an AA vom 16.9.1924. PA R 62703.

365

Deutsche Gesandtschaft an AA vom 29.12.1924. PA R 62703.

366

Deutsche Gesandtschaft an AA vom 2.7.1925. PA R 62703.

tan. Hier waren erstmals die Vertreter der in Kędainiai, Virbalis-Kybartai, Skuodas und Šiauliai neugegründeten Ortsgruppen als stimmberechtigte Mitglieder anwesend. In den neuen Vereinsvorstand wurde Kinder nicht mehr gewählt. Das Gremium setzte sich jetzt aus Rechtsanwalt Baumgärtel, Probst Tittelbach, Direktor Lange, Direktor Strauch, Baron Bistram und Herr Balbach zusammen. Auf der Konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes erhielt Baumgärtel, der sich auf dem Delegiertentag für die Ausweitung des Schulvereins zu einem alle Bereiche umfassenden „Deutschtumsverein“ ausgesprochen hatte, die meisten Stimmen und wurde Vorsitzender des Kulturverbandes³⁶⁷.

4.3.3.2 Die Lage der Deutschen in Litauen nach der Parlamentswahl 1926 und das deutsche Schulwesen

Die Parlamentswahl im Mai 1926 brachte den bisher herrschenden Christdemokraten eine schwere Niederlage, führte aber auch nicht zu einer Regierungsmehrheit der Opposition, die aus Volkssozialisten und Sozialdemokraten bestand und zusammen 37 der insgesamt 85 Sitze errang. Die Mitte-Links-Koalition war auf die Unterstützung der Minderheiten angewiesen, wobei vor allem die Polen (vier Abgeordnete) und die Juden (drei Abgeordnete) eine wichtige Rolle spielten. Die Partei der Deutschen Litauens konnte nach einem starken Stimmenrückgang nur noch einen Parlamentarier stellen³⁶⁸.

In einem Bericht der Gesandtschaft zu den Mehrheitsverhältnissen im Sejm hieß es: „Diese günstige Konstellation haben die Minderheiten natürlich ausgenutzt und ihre Unterstützung von einer Anzahl von Forderungen abhängig gemacht, unter denen mit in erster Reihe die Erfüllung ihrer kulturellen Forderungen steht. Diese Forderungen sind von der Regierungspartei im Grunde angenommen, so daß sich für die deutsche Minderheit in Litauen erfreulicherweise günstigere Ausblicke für die Zukunft eröffnen. Die Minderheiten wollen nun bei der jetzigen parlamentarischen Lage, dessen Dauer nicht zu übersehen ist, möglichst bald zur Verwirklichung dieses Zieles gelangen und sind daher bereit, sich mit der Durchführung ihrer Forderungen auf dem Verordnungswege zu begnügen, wenn ihr Wunsch nach gesetzlicher Regelung einen derarti-

H. Katterfeld in einem Bericht über den Delegiertentag des Kulturverbandes am 31.1.1926. PA R 62413.

Hellmann: Grundzüge, S. 151; Rhode, S. 1073f.

gen Widerstand finden sollte, daß ihr Zusammengehen mit der Parlamentsmehrheit dadurch in Frage gestellt werden sollte. Um die Gefahr zu verringern, daß etwa eine künftige andere Regierungskoalition die erreichten kulturellen Errungenschaften wieder mit einem Federstrich beseitigt, ist geplant, unverzüglich die erforderlichen Einrichtungen und Organisationen ins Leben zu rufen (...). Es steht also eine sehr bedeutende Aufbauarbeit bevor, an der sich auch die Gesandtschaft nach Kräften - nach außen hin mit der gebotenen Zurückhaltung - beteiligen wird“³⁶⁹. Indessen plante auch das litauische Kultusministerium unter dem neuen Minister Ėpinskis die Bereitstellung größerer Mittel für die Schulen. Man wollte das „alte russische Schulwesen auf eine höhere Stufe“ stellen und vor allem die Lehrerausbildung verbessern³⁷⁰.

Die Veränderungen der politischen Lage führten insbesondere auch beim Kulturverband zu neuen Hoffnungen, wobei es insbesondere um die Stabilisierung und den Ausbau des deutschen Schulwesens ging: „Es kann (...) damit gerechnet werden, daß einem Auf- und Ausbau des deutschen Schulnetzes im Augenblick weniger formelle Schwierigkeiten von seiten der litauischen Regierung würden bereitet werden als früher, daß Lehrerbefestigungen, Genehmigungen zu Schulgründungen, zur Errichtung des Seminars jetzt erteilt werden würden, wenn auch für den Anfang nicht gleich auf eine energische finanzielle Unterstützung des Staates gezählt werden darf“³⁷¹. Der damalige Vorsitzende des Kulturverbandes, Baumgärtel, sah „eine gewisse Sicherheit für eine unbehelligte Entwicklung“ des Minderheitenschulwesens³⁷².

Die Volkstumsorganisation, die alle deutschen Stellen dazu aufforderte, die sich aus den Mehrheitsverhältnissen im Parlament ergebenden Möglichkeiten auszuschöpfen, plante die Einrichtung von zehn neuen Volksschulen, einer Fachschule für Handwerk und Technik und außerdem den Ausbau der bestehenden Einrichtungen. Nach Ansicht des Kulturverbandes handelte es sich um „Minimalzahlen“, die angesichts des Mangels an zur Verfügung stehenden Lehrern nicht höher angesetzt

Deutsche Gesandtschaft (Schroetter) an AA vom 15.6.1926. PA R 60096.

Deutsche Gesandtschaft an das AA vom 5.8.1926. PA R 84955.

Schreiben des Kulturverbandes an das AA vom 3.6.1926. PA R 62413.

Baumgärtel in den Erläuterungen zum Kostenvoranschlag für die Jahre 1926/1927, o.D. PA R 62413.

wurden³⁷³. Um die Arbeit der Volksgruppenorganisation effektiver machen zu können, plante man, zwei Ausschüsse zu bilden, wobei der erste nur für die Oberrealschule zuständig sein sollte, während sich der zweite des Volksschulwesens annahm³⁷⁴. Die für die Verwirklichung der Pläne erforderlichen Zuschüsse aus Deutschland betragen insgesamt 318.156 Lit³⁷⁵. Dieses sollte aber offenbar erst der Anfang sein, denn Kinder hatte auf dem Delegiertentag des Kulturverbandes ein Fehl von 77 deutschen Schulen und 80 Lehrern errechnet³⁷⁶.

Auf Anregung Baumgärtels wurde der deutschbaltische Schulrat Demme als Berater bei der Neuorganisation des deutschen Schulwesens hinzugezogen³⁷⁷. Demme, der in Lettland maßgeblich am Aufbau des dortigen deutschen Bildungswesens beteiligt gewesen war³⁷⁸, suchte am 18. August 1926 den litauischen Kultusminister auf und bat um die Erlaubnis, die Schulen, die von Kindern deutscher Nationalität besucht werden, besichtigen zu dürfen. Dabei wollte er auch prüfen, inwiefern die Unterrichtssprache der Nationalität der Schüler entspreche. Die Genehmigung wurde zwar verweigert, wobei der Minister erklärte, daß er die Erlaubnis von sich aus gern geben würde, „einzelne litauische Zeitungen sich jedoch darüber aufregen würden, daß ein Ausländer sich in das litauische Schulwesen hineinmische“ und er deshalb davon absehen müsse. Demme gelang es aber, prüfen zu lassen, ob die Stelle eines ausschließlich für die Schulen der Minderheit zuständigen deutschen Schulinspektors geschaffen werden könnte. Gegen den Vorschlag Demmes,

373

Ebd.

374

Der Gedanke, den Hauptvorstand des Kulturverbandes auf diese Weise umzustrukturieren, entstand offenbar innerhalb der Ortsgruppe Šiauliai. Eine Verwirklichung der Pläne hätte eine deutliche Verlagerung der Kulturverbandsarbeit von Kaunas nach Šiauliai bedeutet, denn von dort aus sollten alle deutschen Volks- und Mittelschulen des Landes betreut werden. Denkschrift des Kulturverbandes der Deutschen Litauens zu Schaulen, o.D. BAPO 61 St1/62408.

375

Schreiben des Kulturverbands an das AA vom 3.6.1926. PA R 62413.

376

Rudolf Kinder auf dem Delegiertentag des Kulturverbandes am 31.1.1926. PA R 62413.

377

Deutsche Gesandtschaft (Schroetter) an AA vom 15.6.1926. PA R 60096; Deutsche Gesandtschaft (Schroetter) an das AA vom 18.6.1926. PA R 60096.

378

Michael Garleff: Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen. Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Lettland und Estland. Bonn 1976, S. 83-85.

diesen Schulinspektor aus Mitteln des Kulturverbandes zu bezahlen, hatte der Minister „keine Bedenken“³⁷⁹.

Die Befürchtung der deutschen Gesandtschaft und des Kulturverbandes, die für die Entwicklung des Minderheitenschulwesens günstigen Mehrheitsverhältnisse im Parlament könnten nicht lange anhalten, bewahrheiteten sich schon bald. In der Nacht zum 17. Dezember 1926 führten Armeeeoffiziere und Vertreter der „Tautininkai“ („Völkischen“) einen Staatsstreich durch, besetzten das Parlament, erklärten die Regierung für abgesetzt und erklärten Antanas Smetona zum Staatspräsidenten und Augustinas Voldemaras zum Ministerpräsidenten, der aus Christdemokraten und Tautininkai eine neue Regierung bildete³⁸⁰. Die Verfassung wurde faktisch außer Kraft gesetzt und der Kriegszustand erklärt. Am 12. Juni 1927 folgte ein Staatsstreich des Präsidenten Smetona. Er löste das Parlament auf, ohne aber die laut Verfassung vorgesehenen Neuwahlen auszuschreiben und regierte neun Jahre lang ohne Volksvertretung. Ihm oblag die gesetzgebende Gewalt, und der Kriegszustand ermöglichte es, eine diktatorische Regierung zu führen³⁸¹.

Der Ausbau des deutschen Minderheitenschulwesens wurde im Jahre 1926 noch begonnen, konnte aber nicht in dem vom Kulturverband geplanten Umfang durchgeführt werden. Insgesamt entstanden in der Zeit, in der die Mitte-Links-Koalition die Parlamentsherrschaft hatte, nur sieben neue deutsche Volksschulen.

Der Grund für diese geringe Zahl ist weniger in den Schwierigkeiten mit den litauischen Genehmigungsbehörden zu suchen, sondern eher im Fehlen entsprechender finanzieller Mittel. Die anderen in Litauen lebenden nationalen Minderheiten konnten in dieser Zeit ihr Schulnetz zum Teil beträchtlich ausbauen. So erhöhte sich die Zahl der jüdischen Schu-

Aufzeichnungen Demmes über den Besuch beim Kultusminister am 18.8.1926.
BA R 69/110.

Manfred Hellmann: Der Staatsstreich von 1926 in Litauen. Verlauf und Hintergründe. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 28/1980, S. 220-242; ders.: Litauen zwischen Demokratie und autoritärer Staatsform. In: Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen. 1967, S. 156-167; Gerutis: Independent Lithuania, S. 219-223.

Rhode, S. 1074; Hellmann: Grundzüge, S. 154f.

len zwischen dem 1. Januar 1926 und dem 1. Januar 1927 von 112 auf 135 und der polnischen sogar von 24 auf 91³⁸².

Da der Kulturverband inzwischen erkannt hatte, daß der Plan, eine Fachschule zu errichten, nicht zu realisieren war, hatte er seinen Kostenvoranschlag vom Jahre 1926 revidiert. Statt der seinerzeit in Aussicht genommenen 318.156 Lit wurden nunmehr 271.500 Lit benötigt. Aber auch dieser Betrag sollte nach Ansicht des deutschen Gesandten Moraht³⁸³ nicht aus Reichsmitteln aufgebracht werden, da „eine Stärkung und Festigung des in sich wenig konsolidierten Deutschtums Litauens (...) nur in langsamem Tempo“ erfolgen könne. Moraht hielt die geplante Gründung von sechs neuen Schulen für „völlig verfehlt“ und erhoffte, durch die Nichtbewilligung der Gesamtsumme auch eine erzieherische Wirkung zu erreichen: „Das hiesige Deutschtum (...) kann nur dadurch zu einem kulturellen Außenposten des Reiches werden, daß es sich auf seine eigenen Kräfte zu besinnen lernt und sich demgemäß jedenfalls bis zu einem gewissen Grade selbst erhält (...). Daß man einfach die Hände in den Schoß legt und alles der Subventionierung aus dem Reiche überläßt, ist meiner Ansicht nach ein unmöglicher Zustand“. Moraht schlug vor, dem Kulturverband 60.000 RM zu bewilligen, den Rest sollten die Deutschen in Litauen selbst aufbringen³⁸⁴.

An eine Ausweitung des deutschen Schulwesens war nach den politischen Umwälzungen der Jahre 1926 und 1927 nicht mehr zu denken. Es kehrte für die Minderheiten nicht nur die Situation zurück, die vor der Wahl im Mai 1926 geherrscht hatte, sondern die jetzt regierenden Tautininkai bemühten sich ganz unverkennbar darum, die nationalen Minderheiten im Staatsvolk aufgehen zu lassen, nicht zuletzt durch eine „Eingengung und fast völlige Einschnürung des Minderheitenschulwesens“³⁸⁵.

382

Kaubrys: Schulen der nationalen Minderheiten, S. 409 (Tabelle).

383

Hans Ludwig Moraht war seit Juli 1926 deutscher Gesandter in Kaunas. PA R 84926.

384

Deutsche Gesandtschaft (Moraht) an das AA vom 19.4.1927. PA R 62413.

385

Hellmann: Grundzüge, S. 163.

4.3.3.2.1 Das zentrale Problem: Die Paßfrage

Von größerer Tragweite als die Angaben bei der Volkszählung waren die Eintragungen in den Pässen. Nach einer Bestimmung vom 20. Januar 1920 mußte jeder Bürger Litauens, der mindestens 17 Jahre alt war, einen von der Stadt- oder Amtsverwaltung ausgestellten Inlandspäß haben. Hier gab es Rubriken für „Glaubensbekenntnis“ und „Volkszugehörigkeit“, wogegen die Staatsangehörigkeit durch das litauische Staatswappen auf dem Deckel dokumentiert wurde.

Ähnlich wie bei der Volkszählung verstanden viele die Unterschiede zwischen den Begriffen nicht, vielfach verleiteten die Schreiber sie auch zu falschen Angaben. Man ging davon aus, daß, „wer in Litauen lebe, auch Litauer sein müsse“³⁸⁶, und es kam auch zu kuriosen Dokumenten, in denen als Glaubensbekenntnis "deutsch" oder als Volkszugehörigkeit „evangelisch“ vermerkt war. Die nichtlitauischen Vor- und Familiennamen wurden nach den phonetischen litauischen Regeln eingetragen, wobei die Namen entsprechende Endungen erhielten oder zum Teil auch übersetzt wurden³⁸⁷.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Minderheitenschulwesens war die Änderung des Volksschulgesetzes am 6. August 1927. In einem Schreiben an die Volksschulinspektoren gab das Kultusministerium bekannt, daß die Väter oder Vormünder, die ihre Kinder zum Lernen in die von nationalen Minderheiten unterhaltenen Volksschulen geben, dem Schulleiter einen Nachweis über ihre Nationalität vorzuweisen hätten. Dieser mußte mit den persönlichen Dokumenten der Person übereinstimmen. Die Unterlagen seien in den Kanzleien der Schulen zu Kontrollzwecken bereitzuhalten³⁸⁸. Diese Bestimmung, die sich eigentlich nur auf die von den Minderheiten finanzierten Schulen bezogen hatte, wurde auch auf die staatlichen Minderheitenschulen angewendet³⁸⁹.

Mit den „persönlichen Dokumenten“ waren die Inlandspässe gemeint, und erst jetzt wurde vielen die Tragweite der falschen Eintragun-

386

Das Zentralproblem der Deutschen Litauens: Die Paßfrage. In: Baltische Monatshefte, Februar 1934.

387

Wagner, S. 144.

388

Übersetzung des Schreibens des Kultusministers an die Volksschulinspektoren Nr. 10112, vom 6.8.1927. PA R 84956.

389

Sturm: Der Kampf, S. 528.

gen deutlich. Auch viele Deutsche bemühten sich in der Folgezeit darum, die Angabe „Nationalität: Litauisch“ korrigieren zu lassen. Dabei war es für die Angehörigen der deutschen Minderheit häufig sehr schwierig, ihre Volkszugehörigkeit nachzuweisen. Die Kirchengemeinden konnten nur die Religionszugehörigkeit bescheinigen, und selbst wer sich an Stellen in Deutschland wandte, konnte meist nur kirchliche Papiere erhalten, die allein über die Konfessionszugehörigkeit Auskunft gaben³⁹⁰.

Am 14. August 1926 verschickte das Innenministerium über die Bürgerschutzdepartements ein Rundschreiben an die Kreischefs, in dem festgelegt wurde, daß die Volkszugehörigkeit nicht zwangsweise festgestellt werden könne und jede Person das Recht habe, selbst zu entscheiden, welche seine Volkszugehörigkeit sei. „Wenn jemand darum bäte, im Paß die Volkszugehörigkeit zu ändern, seien keine Hindernisse zu machen“³⁹¹. In der Praxis war es aber schon recht schwierig, bei den Behörden entsprechende Korrekturen durchzusetzen.

Im darauf folgenden Jahr wurden zu dieser Frage weitere Bestimmungen bekanntgegeben. Während eine Anweisung vom 21.9.1927 das Schreiben aus dem Vorjahr praktisch außer Kraft setzte und neue Instruktionen ankündigte³⁹², stand nach dem Rundschreiben vom 12. Oktober 1927 die freie Entscheidung, welcher Nationalität man angehöre, nur dem zu, der zum ersten Mal einen Paß erhält. Bei einem verlorengegangenen Ausweis waren die Angaben aus dem alten Dokument zu übernehmen³⁹³.

Lehrer und Leiter der privaten Minderheitenschulen, die laut Gesetz nicht unbedingt litauische Bürger zu sein hatten, erhielten unter der Regierung der Tautininkai keine Bestätigung, wenn sie nicht Litauer waren.

Die neuen litauischen Schulgesetze und die Lage der nationalen Volksgruppen., o.D. (1936). BA R 69/110.

Übersetzung des Schreibens der Bürgerschutzdepartements an die Kreischefs vom 14.8.1926. PA R 84956.

Übersetzung des Schreibens des Innenministers an die Kreischefs Nr. 19574, vom 21.9.1927. PA R 84956.

Übersetzung des Schreibens des Innenministers über den Kreischef von Kedainiai an alle Gemeinde- und Stadtverwaltungen Nr. 4863/26 vom 12.10.1927. PA R 84956.

Damit war eine Beschäftigung von reichsdeutschen Lehrern unmöglich³⁹⁴.

Inzwischen war auch bekannt geworden, daß Eltern, die sich mit Gesuchen um Anerkennung als Deutsche an die litauischen Behörden wandten, Schwierigkeiten bekamen oder auch kurzzeitig inhaftiert wurden³⁹⁵. Viele ließen sich davon einschüchtern und verzichteten auf entsprechende Anträge³⁹⁶. So war zum Beispiel 1933 in Jurbarkas das Gerücht entstanden, daß alle, die um eine Registrierung als Deutsche ersuchten, „nach Hause geschickt“, das heißt ausgewiesen werden würden³⁹⁷.

In vielen Fällen verzichteten die Eltern von sich aus auf eine Kontroverse mit den litauischen Behörden und schickten ihre Kinder auf litauische Staatsschulen. Dieses vor allem dann, wenn man aus beruflichen Gründen auf Kontakte mit litauischen Stellen angewiesen war. So erklärte eine Litauendeutsche, daß ihre Eltern auf Versuche, die Paßeintragung zu korrigieren, verzichtet hätten, weil man ansonsten Schwierigkeiten für den Familienbetrieb (Export von Pferden) befürchtete³⁹⁸.

Da eine Korrektur der Paßeintragungen nicht möglich erschien, bemühte sich eine Reihe von Eltern um die besondere Bestätigungen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit³⁹⁹. Das war aber aus den genannten Gründen nur schwer möglich. Die Behörden erkannten diese Unterlagen nicht an, und Verwaltungsbeamte, die sie ausgestellt hatten, wurden von vorgesetzten Stellen gemäßregelt⁴⁰⁰, so z. B. der Bürgermeister von Vir-

³⁹⁴ Deutsche Gesandtschaft in Kaunas (Freundt) an das AA vom 4.11.1927. PA R 84955.

³⁹⁵ "Zur Lage der deutschen Volksschule in Litauen". Anlage zum Bericht der Gesandtschaft vom 18.1.1929. PA R 60097.

³⁹⁶ Deutsche Gesandtschaft (Moraht) an AA vom 18.1.1929. PA R 60097.

³⁹⁷ DN vom 12.8.1933.

³⁹⁸ Schreiben von Frau Lydia Januszis-Krebs an den Verfasser vom 28.8.1985.

³⁹⁹ Oberpräsident der Provinz Ostpreußen in einem Bericht über das deutsche Minderheitsschulwesen in Litauen vom 7.10.1927. PA R 60097.

⁴⁰⁰ Preuß. Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an das AA vom 7.5.1929. PA R 60097.

balis, der seinen Bürgern die deutsche Nationalität bescheinigt hatte und sich dabei auf die vorgelegten Geburtsurkunden berief⁴⁰¹.

Nach einer Berechnung des Kulturverbandes vom Oktober 1929 hätten die Deutschen in Litauen bei einer durchschnittlichen Stärke von 46 Schülern pro Klasse einen Anspruch auf 40 einklassige Volksschulen. Legt man die tatsächliche Zahl der Deutschen zugrunde und nicht die im Jahre 1923 geschätzte, so wäre die Zahl der zu fordernden Schulen noch beträchtlich größer gewesen. Tatsächlich bestanden zu diesem Zeitpunkt nur 15 deutsche Volksschulen, von denen zudem noch sieben eher als gemischtsprachige anzusehen waren⁴⁰².

Versuche, die Schließung bzw. Umwandlung staatlicher deutscher Schulen durch die Eröffnung von Privatschulen des Kulturverbandes auszugleichen, schlugen häufig fehl, da auch hier eine Mindestschülerzahl von 32 und eine Mindesteinwohnerzahl von 500 zugrundegelegt wurden. Diese Forderungen hatten ursprünglich nur bei der Einrichtung von staatlichen oder kommunalen Volksschulen gegolten⁴⁰³.

Verschiedentlich wurde versucht, Eltern, die sich zwecks Neugründung von Schulen mit Namenslisten an die Behörden wandten, einzuschüchtern. So verlangte man z.B. im Kreis Šakiai eine notarielle Verpflichtung, den Lehrer zu bezahlen und alle Ausgaben zu tragen, die mit der Volksschule verbunden waren⁴⁰⁴.

Am 14. April 1931 richtete der Kulturverband ein Schreiben an das Ministerkabinett, in dem die falschen Paßeintragungen als Hauptgrund für den Zerfall des deutschen Volksschulwesens genannt wurde. Um die Problematik und die Unsinnigkeit der Bestimmungen zu verdeutlichen, wurden konkrete Fälle angeführt⁴⁰⁵. Diese Beschwerde war aber ebenso

401

AA (Henke) an die Gesandtschaft in Kaunas vom 19.12.1930. PA R 60097.

402

Denkschreiben des Kulturverbandes an den Ministerpräsidenten der Republik Litauen vom Oktober 1929. PA R 60097.

403

Ebd.

404

Denkschrift des Kulturverbandes an das Ministerkabinett vom 14.4.1931. PA R 60097.

405

Genannt wurden Eduard Lenkert (Paßnr. 199566), bei dem der Glaube mit "litauisch" und das Volkstum mit "römisch-katholisch" angegeben wurden, und Auguste Hinze (Paßnr. 181015), bei der als Glaube ebenfalls "litauisch" angegeben war und als Volkstum "lutherisch". Kinder derselben Eltern wurden einmal als Litauer und einmal als Deutsch eingetragen war. Denkschrift des Hauptvorstandes des Kultur-

erfolglos wie die zwei Jahre später eingebrachte Denkschrift, in der der Nachweis erbracht wurde, daß bei der Eintragung der Volkszugehörigkeit gravierende Fehler gemacht wurden.

Daraufhin erklärte das Innenministerium zwar, daß jeder Bürger, der mit den Angaben in seinem Paß nicht einverstanden sei, eine Abänderung beantragen könne und bei einer Ablehnung des Antrages ein Widerspruchsrecht zustehe⁴⁰⁶, diese Bestimmung änderte jedoch in der Praxis nur wenig und warf überdies noch die Frage auf, welche Dienststelle die Korrektur vornehmen solle. Antragsteller, die sich auf Anraten des Bildungsministeriums an das Innenministerium gewandt hatten, wurden dort mit dem Hinweis, die Sache sei eine Angelegenheit der Kreisbehörden, abgewiesen. Die Kreischefs wiederum verwiesen an das Innenministerium⁴⁰⁷.

In einem Bericht über den Besuch bei litauischen Ministern hieß es: Der Bildungsminister „gab selbst zu, daß das jetzt bestehende Schulgesetz wohl anfechtbar wäre, aber er selbst müsse nach den Bestimmungen des Gesetzes handeln“ und erklärte weiter, daß Paßänderungen „nicht zu seinem Gebiet gehören und verwies die Abordnung auf das Innenministerium. Die Erklärung der Eltern bei der Einschulung der Kinder könne nicht berücksichtigt werden, da so etwas im Schulgesetz nicht vorgesehen ist. Eine gleichzeitig erfolgte Vorstellung beim Innenminister hatte das Ergebnis, daß dieser es nicht begreifen wollte, daß die falschen Paßeintragungen mit der Schließung der Schulen im engsten Zusammenhang stehen, und eine Aussprache mit dem Bildungsminister vorschlug. Im übrigen verschanzte sich auch dieser hinter Gesetzesbestimmungen und Formalitäten. Ohne greifbaren Erfolg ihrer Vorstellungen mußten sich die deutschen Vertreter allein mit der Zusicherung, daß eine behördliche Untersuchung die Schulschließungen noch einmal prüfen soll, zufrieden geben“⁴⁰⁸. Auch ein Besuch beim litauischen Staatspräsidenten

verbandes an das Ministerkabinett vom 14.4.1931. PA R 60097. Weitere Fälle wurden in einem Schreiben des Kulturverbandes an die litauische Regierung vom 22.2.1933 angeführt. PA R 84956.

406

Der Innenminister antwortete auf das Memorandum vom 15.2.1933 am 16.3.1933. DN vom 22.4.1933.

407

Wagner, S. 144f.

408

Schwere Übergriffe auf das deutsche Schulwesen. Bericht aus dem Jahre 1933. BA R 69/110. Die DN berichteten am 19.8.1933 von dem Besuch einer Delegation des

brachte kein konkretes Ergebnis. Gegenüber dem Geschäftsführer des Kulturverbandes, Richard Kossmann, erklärte Antanas Smetona, „die Eintragung der Nationalität in den Pässen sei wohl nicht immer einwandfrei, aber man müsse sich immerhin daran halten, da das Eintragen der Nationalität in Litauen bereits zur Tradition geworden sei“. Die Behörden sollten aber beim Schulbesuch die Paßeintragungen der Eltern „nicht so genau nehmen“⁴⁰⁹.

Nach Schätzungen der deutschen Gesandtschaft besuchten im Jahre 1929 etwa die Hälfte der deutschen Kinder entweder litauische Schulen oder nahmen an gar keinem Unterricht teil. Die wenigen deutschen Schulen waren mit durchschnittlich 54 Kindern, die meist nur von einer Lehrkraft unterrichtet wurden, überfüllt.⁴¹⁰

Die rechtlichen Bestimmungen änderte man aber auch in der Folgezeit nicht zugunsten der Minderheiten. So wurden bei der Einführung der neuen Paßvordrucke im Jahre 1933 die alten Angaben übernommen, und 1936 ergab sich sogar noch eine Verschärfung, weil von nun an beide Elternteile ihre deutsche Volkszugehörigkeit durch Pässe nachweisen mußten⁴¹¹. Bis dahin war bei der Einschulung der Kinder allein die Nationalität des Vaters maßgebend gewesen.

Bei kollektiven Anträgen wurde geantwortet, man habe sich einzeln an die Behörden zu wenden⁴¹². Der Kulturverband reichte auch später noch entsprechende Gesuche geschlossen ein. Dabei zeigt die große Zahl von Anträgen, daß es sich keineswegs um Einzelfälle handelte. Im Jahre 1939 leitete die Volkstumsorganisation insgesamt 2.499 entsprechende Eingaben von Deutschen, die in ihren Pässen als Litauer bezeichnet

Kulturverbandes beim Innen- und beim Kultusminister. Konkrete Zusagen wurden auch dort nicht gegeben.

⁴⁰⁹ Bericht Richard Kossmanns über einen Besuch beim litauischen Staatspräsidenten am 16.10.1933. PA Kult VI-A, Akten betr. Förderung des Deutschtums in Litauen, Bde. 1-4.

⁴¹⁰ Anlage zum Bericht der Gesandtschaft vom 18.1.1929. PA R 62413.

⁴¹¹ Die neuen litauischen Schulgesetze und die Lage der nationalen Volksgruppen, o.D. (1936). BA R 69/110.

⁴¹² Schreiben des Innenministeriums vom 14.4.1930 an die Deutschen in Obsrutai und Brief des Kreischefs von Taurage vom 7.8.1930 an die Eltern in Meldekwirschen. Wiedergegeben in einem Schreiben des Hauptvorstandes des Kulturverbandes (Pastor Kupffer, Rechtsanwalt Lukas, Geschäftsführer Kossmann) an die litauische Regierung vom 22.2.1933. PA R 84956.

wurden, weiter. Es wurde erklärt, dieses sei nur ein „kleiner Bruchteil von den mehrere 1.000 zählenden Eingaben, die auf direktem Wege an die Regierung gerichtet worden sind“⁴¹³. Nach einer anderen Quelle lag die Fehlerquote bei etwa 50 Prozent⁴¹⁴.

Im Januar 1939 legte der litauische Ministerrat zwar fest, daß es möglich sein müsse, Paßeintragungen abzuändern⁴¹⁵, in der Praxis änderte sich jedoch nichts.

Daß die Weigerung der Behörden, falsche Paßangaben bei Angehörigen der Minderheiten zu korrigieren, politisch motiviert war, zeigt die Tatsache, daß Änderungen von nichtlitauisch auf litauisch ohne weiteres möglich waren⁴¹⁶

4.3.3.2.2 Der Kulturverband und die deutschen Schulen bis zur Schulreform 1936

Die ohnehin schon schwierige Situation der deutschen Minderheit verschlechterte sich 1928 noch durch neue Auseinandersetzungen innerhalb der Volksgruppenorganisation und durch eine daraus resultierendes Abrücken der Stellen, die die deutsche Kulturarbeit in Litauen zu unterstützen hatten.

Auf dem Delegiertentag des Kulturverbandes im Sommer 1928 gelang es Rudolf Kinder wieder, eine Mehrheit für sich zu gewinnen. Er löste den belgischen Konsul Lange ab, der der deutschen Volkstumsorganisation seit dem Frühjahr 1927 vorgestanden hatte⁴¹⁷. Kinder wurde

Am 15.2.1939 waren es 1.554 und am 10.5.1939 995 Einzelgesuche. DN vom 25.2.1939 und vom 13.5.1939.

zum Vorsitzenden gewählt, die neugeschaffene Stelle eines hauptamtlichen Geschäftsführers nahm Prof. Wagner ein. Die anderen Vorstandsmitglieder waren die Herren Kaspereit (Kėdainiai), Ziegler (Kybartai), Töpfer (Kaunas) sowie Labrenz, Balzer und Torkler, die vom Lande kamen. Die acht gewählten Personen waren von Kinder vorher zu einer Liste zusammengeschlossen worden, hatten sich selbst ihre Stimmen gegeben und konnten wegen der geringen Zahl anwesender Delegierter die Abstimmung für sich entscheiden. Vertreter der Richtung innerhalb des Kulturverbandes, die sich vor allem für die höheren deutschen Schulen und dabei insbesondere für die Oberrealschule eingesetzt hatten, waren in dem Vorstand nicht mehr vertreten. Broedrich, der inzwischen auch für den VDA tätig war, bezeichnete das Wahlergebnis als „äußerst betrüblich“ und erklärte, daß „der VDA und mit ihm der Ostpreußische Schulverein nicht weiter den Kulturverband unterstützen werden, wenn er sich nicht einen Vorstand gibt, mit dem wir arbeiten können und eine Geschäftsführer anstellt, der unser volles Vertrauen genießt“. Er schlug vor, dem Kulturverband keine Mittel mehr zu geben und dadurch auf dem nächsten Delegiertentag eine Abwahl zu erwirken⁴¹⁸.

Die Kritik an der Zusammensetzung des neuen Vorstandes wurde auch vom deutschen Gesandten geteilt. In einem Bericht für das Auswärtige Amt schrieb er: „Kinder, Wagner, Kaspereit und wie sie alle heißen, sind alles Leute, die man zu den berufenen Vertretern des Auslandsdeutschtums nicht zählen kann“. Dabei wollte Moraht dem Gremium jedoch erst einmal eine Chance geben, das drastische Mittel einer Einstellung der Finanzierung hielt er für überzogen. Nach seiner Ansicht war die von Baumgärtel repräsentierte „baltische Richtung“ für die Verwirklichung der deutschen Interessen in Litauen ebenso ungeeignet wie der im Sommer 1928 gewählte Vorstand. Für die litauendeutsche Volksgruppe wäre es seiner Meinung nach das beste, wenn die Führung in den Händen von „unpolitischen Persönlichkeiten von sachlicher Einstellung“ läge, wie z.B. bei Prof. Strauch. Für vollkommen ungeeignet hielt Moraht den neugewählten hauptamtlichen Sekretär des Kulturverbandes, Wagner⁴¹⁹. Diese Kritik wurde auch von dem für die Deutschen

Silvio Broedrich an den VDA (Seeböhm) vom 10.7.1928. PA R 60096.

Deutsche Gesandtschaft (Moraht) an das AA vom 13.8.1928. PA R 60096.

in Litauen zuständigen VDA-Vertreter Maskel geteilt⁴²⁰. In einem Kommentar zur Lage der deutschen Volksgruppe in Litauen schrieb die Deutsche Allgemeine Zeitung am 22.2.1929: „Schon heute ist buchstäblich kaum jemand da, der imstande ist, das Deutschtum gegenüber dem Staat würdig, energisch und zielbewußt zu vertreten, wie auch innerhalb des eigenen Volkstums die dringendste Organisations- und Zusammenschlußarbeit zu leisten und zu leiten. Manch betrübliche innere Zwistigkeit tut ein übriges zur Erschwerung der Lage“⁴²¹.

Die erste Aufgabe des neu gewählten Vereinsvorstandes war die Vorlage des Etats für das Jahr 1928/1929. Geplanten Einnahmen in Höhe von 114.815 RM standen Ausgaben von 261.485 RM entgegen. Damit erwartete der Kulturverband einen Zuschuß in Höhe von 146.670 RM. Obwohl an eine Erweiterung des deutschen Schulsystems aus politischen Gründen gar nicht zu denken war, wurden für Neu- und Erweiterungsbauten weitere 205.445 RM veranschlagt. Die Vorstandsmitglieder Balbach und Kaspereit hatten in dem Kostenvoranschlag zwar schon betont, daß man auch nicht annähernd mit den angegebenen Zuschüssen rechnen⁴²², trotzdem stieß aber der Finanzplan im Auswärtigen Amt auf Kritik. Man erklärte, daß derart überhöhte Kostenvoranschläge, deren Erfüllung auch gar nicht erwartet wird, eine geordnete Verwaltung der für das gesamte Schulwesen vorhandenen Mittel unmöglich machen würden. Dem Kulturverband wurde eine Beihilfe in Höhe von nur 40.000 RM zugesagt⁴²³. Der Ostpreußische Schulverein regte sogar einen schrittweisen Abbau der Unterstützungszahlungen aus Deutschland an und verlangte gleichzeitig eine Steigerung des „Opferwillens“ in den einzelnen Ortsgruppen in Litauen. Die Litauendeutschen hatten demnach die Schulen selbst zu unterhalten, und wo eine Ortsgruppe dieses nicht leisten konnte, sollte die Schule geschlossen und das Geld für die Erweite-

420

Braunschweiger Landesverband des VDA, Maskel, in einem Bericht über eine Litauenreise im Jahre 1928. PA R 60097.

421

Schul- und Kirchenkrieg gegen die Deutschen in Litauen. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22.2.1929. PA R 84955.

422

Bemerkungen zu dem Etat des Kulturverbandes 1928 (Balbach, Kaspereit). o.D. PA R 60096.

423

AA (Freytag) an die Gesandtschaft in Kaunas vom 28.8.1928. PA R 60096.

rung anderer Schulen verwendet werden⁴²⁴. Beklagt wurde auch ein fehlender Überblick über die Finanzierung der einzelnen Schulen. Nach Ansicht des Ostpreußischen Schulvereins hätten diese „oft unabhängig von der Zentrale gewirtschaftet, die umgekehrt deshalb versagen mußte, weil sie nicht überall anerkannt wurde. Direkte Verbindungen zu Königsberger oder Berliner Stellen haben eine völlige Unordnung in die finanzielle Unterstützung des Deutschtums gebracht, es fehlt auch jede Kontrolle über die Verwendung nicht unbeträchtlicher Geldsummen. Durch dieses planlose Vorgehen wird der deutschen Sache nur geschadet, nicht genützt, wenn auch jeder glaubt, mit seinen Mitteln wesentlich geholfen zu haben“. Die Lösung dieses Problems sah der Ostpreußische Schulverein in der Schaffung einer kulturpolitischen Stelle, die an die Gesandtschaft angegliedert sein sollte und über die alle finanziellen Mittel zu fließen hatten⁴²⁵.

Bis zum Beginn des Jahres 1929 war ein großer Teil der staatlichen deutschen Volksschulen schon litauisiert worden. Versuche des Kulturverbandes, diesen Verlust durch die Gründung von Privatschulen auszugleichen, blieben in den meisten Fällen vergebens. Während es der deutschen Volksgruppenorganisation vor dem Staatstreich des Jahres 1926 noch gelungen war, fünf Privatschulen zu eröffnen, gelang dieses später nicht mehr. Nach Aussage der deutschen Gesandtschaft hatten die lokalen Behörden „mit allen Mitteln der staatlichen Gewalt (...) dagegen gearbeitet“. Gelang es dem Kulturverband, eine Liste mit den Namen von 32 Schülern und 500 deutschen Einwohnern zusammenzustellen, stellten die Behörden fest, daß nicht alle Personen aus einer Gemeinde stammten. Und genügte man in diesen Punkten den Anforderungen, so lehnten die Kreisschulinspektoren die Gründung mit dem Hinweis ab, daß nicht alle Eltern die deutsche Nationalität in ihren Pässen vermerkt hätten⁴²⁶.

Auch die schon bestehenden Kulturverbandsschulen sah man in Gefahr. Es wurde befürchtet, daß die Behörden den Kindern, die den Nachweis ihrer deutschen Nationalität nicht erbringen können, auch den

Ostpreußischer Schulverein (Frau Dr. Oeckinghaus) an das AA vom 12.10.1929. PA R 60097.

Vertrauliche Denkschrift des Ostpreußischen Schulvereins "Zur Lage des Deutschtums in Litauen", o.D. (1929). BA R 57 DAI/474-24.

Anlage zum Bericht der Gesandtschaft vom 18.1.1929. PA R 62413.

Besuch der deutschen Privatschulen untersagte. Eine Schließung wegen Kindermangels wäre dann nur noch eine Frage der Zeit. Rudolf Kinder sah die Deutschen in Litauen dem Staate „vollkommen machtlos gegenüberstehen“ und eine Lösung nur noch in einem durch den deutschen Reichsaußenminister vor dem Völkerbund vorgebrachten Protest⁴²⁷. Hinweise auf die unhaltbare Lage im deutschen Schulsystem in Litauen erreichten das Auswärtige Amt auch vom Ostpreußischen Schulverein⁴²⁸ und vom deutschen Gesandten Moraht: „Es wird immer deutlicher, daß hier ein systematischer Feldzug gegen die deutsche Minderheit im Gange ist, und zwar ein von langer Hand vorbereiteter Feldzug“⁴²⁹. Die Hoffnung, daß nach Abschluß des deutsch-litauischen Handelsvertrages von 1929⁴³⁰, der für Litauens Wirtschaft eine sehr große Bedeutung hatte, und der dabei abgegebenen deutsch-litauischen Freundschaftserklärungen eine Besserung auch für die Minderheit eintreten würde, war vergebens.

Anfang 1930 veröffentlichte das amtliche Nachrichtenblatt des Bildungsministeriums, „Švietimo Darbas“, ein Rundschreiben an die Volksschulinspektoren, wonach bei Prüfungen jedes Mitglied der Kommission das Recht habe, „in der Regierungssprache Fragen zu stellen, die die Prüflinge in derselben zu beantworten haben“. Die gleiche Regelung galt auch für die während des laufenden Schuljahres durchgeführten Visitationen der Schulinspektoren⁴³¹. Für den Schulbetrieb bedeutete das, daß der Unterricht teilweise in litauischer Sprache abgehalten werden mußte, da den Schülern ansonsten die entsprechenden Fachbegriffe, z.B. in der Mathematik, fehlen würden. Der Kulturverband befürchtete, daß eine unzulängliche Beantwortung der von den litauischen Aufsichtsbeamten

427

Rudolf Kinder als Vorsitzender des Kulturverbandes in einem Schreiben an den Ostpreußischen Schulverein vom 23.1.1929. PA R 60097.

428

Auszug aus einem Bericht des Ostpreußischen Schulvereins (Dr. Simoneit) für das AA über eine Reise nach Litauen vom 19.-21.1.1929. PA R 60097; Bericht des Ostpreußischen Schulvereins (Oberländer) über eine Reise nach Litauen vom 3.-7.7.1929. PA R 60097.

429

Deutsche Gesandtschaft (Moraht) an das AA vom 18.1.1929. PA R 60097.

430

Hellmann: Grundzüge, S. 157.

431

Rundschreiben an die Volksschulinspektoren Nr. 226 vom 20.2.1930. "Švietimo Darbas", Nr. 2, 1930, in Übersetzung wiedergegeben bei Sturm: Der Kampf, S. 530.

gestellten Fragen als Vorwand für die Schließung von Schulen benutzt werden könnte⁴³².

Eine weitere Erschwerung der Arbeit an den deutschen Minderheitenschulen ergab sich aus der Bestimmung, daß der gesamte Schriftverkehr der Schule in litauischer Sprache zu führen war⁴³³.

Aufgrund der massiven Klagen wurde der litauische Gesandte in Berlin im Februar 1929 ins Auswärtige Amt bestellt. Dem litauischen Vertreter wurde die prekäre Situation des deutschen Schulwesens geschildert, und man erklärte ihm, daß sich die deutsche Regierung bei einer Fortdauer der Mißstände gezwungen sähe, die Sache vor dem Völkerbund zur Sprache zu bringen. Die deutsche Gesandtschaft in Litauen wurde damit beauftragt, die gleiche Ankündigung auch an die litauische Regierung heranzutragen⁴³⁴.

Ob ein derartiges Gespräch tatsächlich stattgefunden hat, ist nicht bekannt. Die litauische Regierung reagierte auf die Drohung offenbar zunächst nicht. Im August 1929 fand dann allerdings ein Gespräch zwischen Moraht und dem litauischen Generalsekretär Zaunius statt, in welchem dieser angesichts der drohenden Verhandlungen vor dem Völkerbund erklärte, den Beschwerden in Sachen Minderheitenschulwesen solle in Form eines neuen Gesetzes Rechnung getragen werden. Geplant war angeblich, sämtlichen litauischen Staatsangehörigen, auch wenn sie in ihren Inlandspässen nicht als Deutsche bezeichnet waren, zu gestatten, ihre Kinder in Schulen zu schicken, deren Unterrichtssprache eine der drei für Litauen hauptsächlich in Betracht kommenden großen Welt Sprachen (Deutsch, Französisch und Englisch) ist. Nach Angaben Morahts habe man diesen Weg gewählt, um den Berufungen von polnischer Seite vorzubeugen, aber auch, um den Anschein einer einseitigen Bevorzugung der Deutschen zu vermeiden. In Wirklichkeit sei nur an deutsche Schulen zu denken, da es Schulen mit englischer oder französischer Unterrichtssprache im Lande nicht gebe und diese auch nicht geplant seien. Moraht erklärte sich mit einer derartigen Lösung einverstanden. Voraussetzung sei allerdings, daß die Errichtung und der Unterhalt der deutschen Schulen nicht mehr an das Vorhandensein einer bestimmten An-

432

Deutsche Gesandtschaft in Kaunas (Moraht) an das AA vom 7.5.1930. PA R 84919.

433

Verordnung Nr. 230 vom 7.3.1930. "Švietimo Darbas" Nr. 3, 1930, in Übersetzung wiedergegeben bei Sturm: Der Kampf, S. 531.

434

AA an Gesandtschaft in Kaunas vom 26.2.1929. PA R 60097.

zahl von Ortsansässigen mit deutschem Nationalitätsvermerk im Inlandspäß geknüpft ist. Generalsekretär Zaunius sagte dieses zu und erklärte, daß der Ministerpräsident den Kultusminister schon mit der Ausarbeitung des Gesetzes beauftragt habe⁴³⁵.

Auf das neue Gesetz warteten die Deutschen aber vergebens. Auf dem Delegiertentag des Kulturverbandes im Sommer 1929 wurde der Vorsitzende Rudolf Kinder fast einstimmig in seinem Amt bestätigt⁴³⁶. Dieses allerdings nur, weil kaum einer der Delegierten der anderen Richtung bei der Wahl anwesend war. Die Gegensätze zwischen den verschiedenen Gruppen hatten sich inzwischen weiter verfestigt und steigerten sich in den folgenden Monaten noch so sehr, daß es am 15. Februar 1930 zum offenen Bruch kam. Vier Ortsgruppen trennten sich, bildeten einen sogenannten „Aktionsausschuß“ und brachen alle Verbindungen zum Hauptvorstand ab. Veranlaßt wurde dieses zum einen durch die Weigerung der Ortsgruppe Kaunas, den Finanzhaushalt der Oberrealschule offenzulegen, zum anderen auch durch die Frage, ob und wie der Kulturverband auf den Druck des litauischen Staates reagieren sollte.

Anders als alle anderen Gruppen, die in ihren Orten Kulturverbandsschulen unterhielten, war die Ortsgruppe Kaunas nicht bereit, Begründungen für ihre Einnahmen und Ausgaben zu nennen. Dem von Kinder geleitete Hauptvorstand wurden weder die Schülerzahl der Oberrealschule noch die Höhe der Einnahmen mitgeteilt. Dieser weigerte sich daraufhin, den Antrag der Ortsgruppe Kaunas in den Gesamtkostenvoranschlag aufzunehmen.

Hinzu kam, daß der Delegiertentag 1929 beschlossen hatte, an die litauische Regierung ein Denkschreiben zu richten, in dem eine Änderung der Schulpolitik gefordert werden sollte. Bei einem Mißerfolg dieser Eingabe war es vorgesehen, eine Klage beim Völkerbund anzustreben. Im Sommer 1929 wurde das für ein Denkschreiben notwendige Material

Deutsche Gesandtschaft (Moraht) in einem streng vertraulichen Schreiben an das AA vom 28.8.1929. PA R 60097. Siehe auch internes Schriftstück des Auswärtigen Amtes vom 22.8.1929. PA R 60097.

Dem Vorstand gehörten außerdem noch an: Die Herren Klug, Kaspereit, Töpfer und Rogall, die Ehefrau von Propst Tittelbach sowie ein erst später zu nominierender Vertreter der Ortsgruppe Šiauliai. Die Wahl erfolgte mit nur einer Gegenstimme (Skuodas). Bericht Th. Oberländers über eine Reise nach Litauen im Auftrage des Ostpreußischen Schulvereins vom 3.-7. Juli 1929. PA R 60097.

gesammelt, und im Oktober sollte es überreicht werden. Dieses scheiterte aber zunächst an einem Einspruch der deutschen Gesandtschaft. Hier wollte man offenbar erst einmal die angekündigte Gesetzesänderung abwarten. Da die wirklichen Gründe geheimgehalten werden sollten, hieß es ausweichend, „der geeignete Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, man wolle auf den psychologischen Moment warten, der sich in Vorbereitung befindliche Handelsvertrag werde die Angelegenheit schmerzlos lösen, die Verhandlungen der Litauer Ostpreußens wegen einer eigenen nationalen Schule wären in Betracht zu ziehen, hier auf dem Wege des Austausches wäre es leichter, Erfolge zu haben usw.“⁴³⁷. Nach Angaben des Ostpreußischen Schulvereins soll die Qualität der Denkschrift so schlecht gewesen sein, daß sie für eine Weitergabe an die litauische Regierung nicht geeignet war⁴³⁸.

Um trotz der abwartenden Haltung der Gesandtschaft voranzukommen, wandte sich der Hauptvorstand in den nächsten Wochen an die anderen nationalen Minderheiten, das heißt an die Juden, Polen und Russen, die ebenfalls unter der restriktiven Schulpolitik zu leiden hatten, um so die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens zu erörtern.

Es sollte eine gemeinsame Resolution beschlossen werden, doch wurde dieses schon vorzeitig bekannt. Vor allem der Zusammenschluß mit den Vertretern der polnischen Minderheit, die sich gegen den litauischen Staat gestellt hatte, wurde von Vertretern einzelner Ortsgruppen kritisiert. Daraufhin stellte man die gemeinsamen Pläne zurück und beschloß, daß jede Minderheit eine eigene Eingabe machen sollte.

Am 15. Februar 1930 versammelten sich die Vertreter der Ortsgruppen Kaunas, Šiauliai, Kybartai, Skuodas und Kibeikiai in den Räumen der Oberrealschule. Die anwesenden 12 Personen beschlossen, dem Hauptvorstand das Mißtrauen auszusprechen, alle Verbindungen zu diesem gewählten Gremium zu lösen und einen außerordentlichen Vertre-

Denkschreiben vom 9.7.1930 . BAPO 61 Sti1/62409. Verfasser der Denkschrift waren vermutlich Rudolf Kinder und der Sekretär des Kulturverbandes, Prof. Wagner. Internes Schreiben des Ostpreußischen Schulvereins vom 12.8.1930. BAPO 61 Sti 1/62409. Siehe auch Schreiben der deutschen Gesandtschaft an das AA vom 15.11.1929, in dem der wahre Grund für die Zurückhaltung der Gesandtschaft in der Frage der Denkschrift genannt wird. PA R 60097.

Ostpreußischer Schulverein in einem internen Schreiben vom 12.8.1930. BAPO 61 Sti 1/62409.

tertag einzuberufen, auf welchem ein neuer Hauptvorstand zu wählen war.

Trotz aller Bemühungen des "Aktionsausschusses" erhielt die Liste von Kinder, dem die Gesandtschaft zuvor schon einen Rücktritt nahegelegt hatte, auf dem Vertretertag am 24. Mai 1930 die Mehrheit der Delegiertenstimmen. Personen aus dem Kreis der Opposition wurden nicht gewählt. Diese forderten jedoch, Kinder dürfe nicht wieder Vorsitzender werden und wurden dabei von dem anwesenden Vertreter der Gesandtschaft unterstützt. Letzterer kündigte außerdem an, daß die diplomatische Vertretung bei einer Wiederwahl Kinders dafür sorgen würde, daß das Auswärtige Amt dem Kulturverband die finanziellen Mittel verweigere⁴³⁹.

Kinder wurde gewählt, und die Gesandtschaft stellte tatsächlich die Unterstützungszahlungen vorübergehend ein. Als im Juni 1930 die Kasse des Kulturverbandes fast leer war, verlangte der Hauptvorstand von der diplomatischen Vertretung, die schon für April vorgesehene Rate in Höhe von 10.000 RM zu überweisen, da Lehrergehälter gezahlt werden müßten. Daraufhin verlangte die Gesandtschaft eine Liste der Lehrer und Angaben über die Höhe der zu zahlenden Beträge und überwies das Geld über die Deutsche Genossenschaftsbank an die entsprechenden Personen, insgesamt ca. 2.400 RM.

In dem genannten Denkschreiben wurde auch darauf hingewiesen, daß unter diesen Bedingungen eine Arbeit der Volkstumsorganisation unmöglich sei und Neugründungen von Volksschulen - geplant waren sie in Taurage, Obšrutai (Obschruten), Ariogala (Eyragollen) und Sintautai (Sintauten) - nicht realisiert werden konnten. Die einzelnen Ortsgruppen hatten offenbar schon entsprechende Anträge vorbereitet. Der Gesandtschaft wurde ein Mitspracherecht bei der Verteilung der Gelder zugesprochen, nicht aber das Recht, durch eine Unterstützung der Opposition die Arbeit des gewählten Hauptvorstandes unmöglich zu machen⁴⁴⁰. Die in Kinders Denkschrift geäußerte Kritik an der Oberrealschule war nach Ansicht des Ostpreußischen Schulvereins vor allem eine Möglichkeit, Rückhalt bei den Vertretern der Provinz zu finden⁴⁴¹.

Denkschreiben vom 9.7.1930. BAPO 61 St1/62409.

Ebd.

Ostpreußischer Schulverein in einem internen Schreiben vom 6.8.1930. BAPO 61 St1/62409.

Dagegen zog der „Aktionsausschuß“ eine negative Bilanz der Arbeit, die seit 1927 unter der Leitung des Kulturverbandsvorsitzender Kinder geleistet worden war. Abgesehen davon, daß man Kinder und den anderen Vorstandsmitgliedern Führungseigenschaften absprach, wurde auch das Ergebnis der zweijährigen Vorstandsarbeit kritisiert. Eine Reihe von deutschen Volksschulen war litauisiert oder geschlossen worden, man hatte es nicht geschafft, die Paßfrage zu lösen, und auch ein deutsches Lehrerseminar war nicht eingerichtet worden⁴⁴². Dagegen war es in der Amtszeit Kinders gelungen, die Volkstumsorganisation kräftig auszubauen. Im Jahre 1927 bestand der Kulturverband aus sechs Ortsgruppen mit 552 Mitgliedern, ein Jahr später waren es 13 Gruppen mit 1.226 Mitgliedern, und 1930 23 Ortsgruppen, denen insgesamt 2.028 Personen angehörten⁴⁴³.

In dieser Zeit der Zerwürfnisse zwischen Kinders Anhängerschaft und der zum „Aktionsausschuß“ zusammengeschlossenen Opposition hatten sich die Gesandtschaft und der Ostpreußische Schulverein gegen einen von Kinder geleiteten Vorstand gestellt. Während die diplomatische Vertretung die „Inaktivität der Geschäftsführung“ kritisierte und Kinder die Fähigkeit, „eine klare Schulpolitik der deutschen Minderheit einzuleiten“ absprach⁴⁴⁴, verlangte der Ostpreußische Schulverein ein „schleuniges Durchgreifen“ und einen klaren Auftrag an diese Organisation, das deutsche Schulwesen in Litauen in ihre Hände zu nehmen⁴⁴⁵.

Auch in den folgenden Monaten zeichnete sich keine Einigung innerhalb der deutschen Volkstumsorganisation ab, die Gegensätze zwischen dem Kulturverbandsvorsitzenden und der Opposition verschärften sich sogar noch. Ohne einen Rücktritt Kinders schien eine Zusammenarbeit nicht möglich zu sein.

Eine rasche Klärung der Verhältnisse wurde vor allem auch von den Ortsgruppen angemahnt, die sich um den Bestand ihrer Schule sorgten oder eine Neugründung planten. Dazu schrieb ein Vertreter aus Sintauten:

Schreiben des Aktionsausschusses an den Ostpreußischen Schulverein vom 11.3.1930. BAPO 61 Sti 1/62409.

Denkschreiben (vermutlich Kinders) über die Situation des deutschen Schulwesens in Litauen, vom 9.7.1930. BAPO 61 Sti 1/62409.

Deutsche Gesandtschaft in Kaunas an das AA vom 29.9.1930. PA R 84957.

Deutsche Stiftung an das AA (Terdenge) vom 23.8.1930. BAPO 61 Sti 1/62409.

„Insbesondere vom Hauptvorstand des Kulturverbandes und vom Aktionsausschuß erwartet sie (die Kulturverbands-Ortsgruppe Sintauten; d. Verf.), daß im gegenwärtigen tiefemsten Ringen um die deutsche Volksschule alle gegenseitigen, persönlichen Streitig- und Gehässigkeiten beiseite gelassen, alle Meinungsverschiedenheiten ritterlich ausgeglichen und daß alle, angesichts der bedenklichen Phasen dieses Kampfes, Bahnbrecher des deutschen Schulgedankens und nicht gegnerische Plänkler werden“⁴⁴⁶.

Zu dieser Klärung kam es aber erst auf dem Delegiertentag im September 1931. Inzwischen hatte die diplomatische Vertretung in Dr. Werkmeister einen neuen Gesandtschaftsrat erhalten. Werkmeister nahm an der Versammlung teil, und ihm gelang es, eine Liste mit zum Teil neuen Kandidaten aufzustellen und auch das Wahlverhalten der Delegierten zu beeinflussen. Eine Liste, die von J. von Berg angeführt wurde und die außerdem die Namen der Herren Domela, Ziegler, Lukas, R. Kossmann und Rogall sowie den von Frau Winkler enthielt, wurde mit 18 von 31 Stimmen, davon fünf Enthaltungen, gewählt. Rudolf Kinder ließ sich angesichts der abzusehenden Niederlage schon vor der Abstimmung aus dem Verzeichnis streichen. Durch den Beschluß, den Kulturverbandssekretär Dr. Wagner zu entlassen und mit einem sehr viel geringeren Gehalt Richard Kossmann in dieses Amt zu berufen, wurde schließlich ein Neuanfang in der Kulturverbandsarbeit gemacht. Auf Betreiben der Gesandtschaft wurden die dem alten Vorstand verweigeren Unterstützungsgelder weitergezahlt⁴⁴⁷.

Die Frage einer Völkerbundsklage war zwar auch in der Zeit, als Rudolf Kinder noch Kulturverbandsvorsitzender war, diskutiert worden, die Pläne konnten jedoch auch wegen der zögerlichen Haltung der deutschen Gesandtschaft und des Auswärtigen Amtes nicht realisiert werden.

So erklärte der Gesandte Moraht Vertretern der Minderheit im November 1930, daß zunächst einmal Beweismaterial gesammelt werden müsse und dieses auch durch einen Juristen zu prüfen sei. Außerdem müßten alle Möglichkeiten erschöpft sein, eine Abstellung

⁴⁴⁶ Das Deutschtum in Sintautai (Krs. Sakiai) und Umgebung. In: Deutsche Genossenschaftsnachrichten Nr. 4/August 1930, S. 13f.

⁴⁴⁷ Ostpreußischer Schulverein (Dr. Oeckinghaus) an die Deutsche Stiftung vom 29.9.1931. BAPO 61 StI 1/62409.

der angeblichen Mißstände durch direkte Verhandlungen mit der zuständigen litauischen Behörden zu erreichen. Außerdem behielten sich die Gesandtschaft bzw. die Reichsregierung ein Vetorecht vor. Legationsrat Henke wies auf die notwendige Geheimhaltung hin. Zum einen sollten bei der deutschen Minderheit keine großen Hoffnungen geweckt werden, zum anderen mußte verhindert werden, daß die litauische Regierung schon über die möglichen deutschen Schritte unterrichtet ist. Das vorgelegte Beschwerdematerial, insbesondere bezüglich der Paßfrage, hielt er für ausreichend. Den Vertretern des Kulturverbandes wurde geraten, „einen letzten Versuch zu machen, um in unmittelbaren Verhandlungen mit der litauischen Regierung die notwendigen Rechtsgarantien für das hiesige Deutschtum zu erhalten“⁴⁴⁸. Trotz aller Geheimhaltung waren die litauischen Stellen aber sehr gut über die deutschen Pläne informiert. Es war bekannt, daß sich die Völkerbundsklage auf die Ablehnung des Gesuchs auf Gründung einer deutschen Schule in Sintauten stützen sollte. Das litauische Außenministerium, das eine Verhandlung vor einem internationalen Forum nach Möglichkeit verhindern wollte, riet dazu, in der Angelegenheit Sintauten nachzugeben und die Schule ohne Rücksicht auf die Paßeintragungen der Eltern zuzulassen, was jedoch vom Bildungsministerium abgelehnt wurde⁴⁴⁹.

Im Dezember 1930 reisten die Vertreter der deutschen Minderheit, Kinder und Rogall, nach Berlin, um im Auswärtigen Amt die weiteren Schritte zu erörtern. Dabei wurde ihnen erklärt, es sei besser, zunächst die angeblich von der polnischen Minderheit geplante Klage abzuwarten und auch wegen der „schwebenden Memelfrage“ die Einreichung einer Petition zu verschieben⁴⁵⁰.

Im Frühjahr 1931 unternahmen Kinder und Rogall den Versuch, durch Gespräche mit litauischen Stellen eine Änderung in der Minderheitenpolitik zu erreichen. Im März fand eine Unterredung zwischen Vertretern des Kulturverbandes und dem Gesandten Moraht statt, in der das weitere Vorgehen der Vertreter der Minderheit abgesprochen wurde. Man kam überein, die Frage der Nationalitäteneintragungen in die Pässe,

Deutsche Gesandtschaft (Moraht) an das AA vom 21.11.1930. PA R 60097.

Bericht des litauischen Außenministeriums vom 18.12.1930. LVA F. 383, Ap. 7, b. 1071.

AA an Gesandtschaft in Kaunas, vom 19.12.1930. PA R 60097.

„deren Klärung für den Fortbestand der deutschen Schulen in Litauen von lebenswichtiger Bedeutung ist“, in den Mittelpunkt der Beschwerde zu stellen. Die Anliegen sollten direkt mit dem litauischen Ministerpräsidenten besprochen werden, eine ursprünglich geplante „freundschaftliche Demarche“ beim Außenminister hielt Moraht für wenig wirksam⁴⁵¹.

Angesichts der drohenden Völkerbundsklage waren die litauischen Behörden Ende 1930 zeitweise tatsächlich gewillt, die Lage des deutschen Minderheitenschulwesens zu verbessern. Dieses war vor allem auf eine Initiative des litauischen Außenministeriums zurückzuführen, das das Bildungsministerium bat, seine Haltung zu überdenken. Man erklärte, die Bestimmungen des Schulgesetzes würden mit der Minderheitendeclaration nicht genügend übereinstimmen, man sollte in der Paßfrage bei der deutschen Minderheit Ausnahmen machen⁴⁵² und diese Verbesserungen möglichst binnen eines Monats wirksam werden lassen⁴⁵³. In Gesprächen zwischen Vertretern beider Ministerien erklärte der für die Minderheitenschulen zuständige Direktor des Bildungsministeriums, Vokietaitis, daß die Lage der deutschen Schulen normal sei und eine Änderung der Bestimmungen insbesondere den im Lande lebenden Polen nützen würde. Dieses wäre seiner Meinung auch nicht im Sinne der Deutschen⁴⁵⁴.

Am 14. April 1931 sprachen Kinder und Rogall beim litauischen Ministerpräsidenten Tubelis vor⁴⁵⁵. Sie legten die Situation des deutschen Schulwesens dar und verlangten speziell die Wiedereinsetzung Lehrer Reders in die Kulturverbandsschule in Meldekviršiai (Meldekwirschen), die Neueröffnung der Schule in Tauragç sowie die Einführung des deutschen Unterrichts an den Schulen in Virbalis und Vilkaviškis. Drei Tage später folgte eine schriftliche Eingabe mit den gleichen Forderungen an

451

Deutsche Gesandtschaft an AA vom 23.3.1931. PA R 60097.

452

Bericht des litauischen Außenministeriums über die Beschwerden der deutschen Minderheit betr. die Schulfragen, vom 22.12.1930. LVA F. 383, Ap. 7, b. 1071.

453

Denkschrift des litauischen Außenministeriums betr. die angekündigte Völkerbundsklage vom 10.12.1930. LVA F. 383, Ap. 7, b. 1071.

454

Ebd.; Siehe auch Denkschrift vom 14.11.1930. LVA F. 383, Ap. 7, b. 1071.

455

DN vom 26.4.1931.

das Ministerkabinett⁴⁵⁶. Tubelis sagte zwar „eine nochmalige Nachprüfung und wohlwollende Behandlung der Angelegenheit“ zu, drei Tage nach diesem Gespräch erhielt der Kulturverband vom Ministerium aber bezüglich Reders einen ablehnenden Bescheid, wobei eine Begründung nicht gegeben wurde. Da ein Entgegenkommen in der Schulfrage auf dem Verhandlungswege offenbar nicht zu erreichen war, wollte der Kulturverband nunmehr den Völkerbund informieren. Die Gesandtschaft behielt sich jedoch vor, die litauische Regierung zunächst noch einmal auf die ernsten Folgen eines solchen Schrittes hinzuweisen. Die polnische Minderheit hatte, nachdem sie von den deutschen Plänen erfahren hatte, ihrerseits auf die Klage verzichtet und zunächst die Reaktion auf die deutsche Eingabe abwarten wollen⁴⁵⁷.

Der Gesandte Moraht hielt es für richtiger, vor einer Völkerbundsklage den „Weg der unmittelbaren Verständigung mit den zuständigen litauischen Stellen zu Ende zu gehen“ und die Beschwerden dem Staatspräsidenten Smetona vortragen zu lassen. Mitte Mai 1931 suchten Kinder und Rogall Smetona auf, und es eröffneten sich „gewisse Perspektiven auf eine gütliche Beilegung der Beschwerden“. Der Staatspräsident erklärte, er werde den Kultusminister wissen lassen, daß seiner Ansicht nach die Frage der deutschen Unterrichtssprache einzig und allein nach dem Willen der Eltern entschieden werden dürfe⁴⁵⁸ und versprach, sich der deutschen Schulfrage „wohlwollend anzunehmen“⁴⁵⁹.

Die Hoffnungen der Deutschen auf eine grundsätzliche Änderung der litauischen Schulpolitik verstärkten sich noch durch die Rede Smetonas auf dem Vertretertag der Tautininkai am 31. Mai 1931, wo der Staatspräsident erklärte: „Den Minderheiten sind die gleichen Rechte wie dem Gründervolk vor den Gesetzen zuerkannt. Anerkannt ist ihnen auch das Recht, sich nach ihrem Volkstum zu organisieren, sich in der Muttersprache zu bilden“⁴⁶⁰. In einem Kommentar zu dieser Rede wiederholten die Deutschen Nachrichten die Forderung, staatliche Minderheiten-

456 Kulturverband (Kinder, Rogall) an das Ministerkabinett vom 17.4.1931. LVA F. 391, Ap. 3, b. 1773.

457 Deutsche Gesandtschaft an AA vom 27.4.1931. PA R 60097.

458 Deutsche Gesandtschaft (Moraht) an AA vom 23.5.1931. PA R 60097.

459 DN vom 20.5.1931.

460 DN vom 7.6.1931.

schulen zu gründen und daneben auch private Einrichtungen zuzulassen⁴⁶¹.

Während die Deutschen Nachrichten, „was die Schulfrage anbelangt, (...) guter Hoffnung“ waren⁴⁶², zeigte sich die deutsche Gesandtschaft nach wie vor skeptisch. Der Gesandte Moraht schrieb: „Die Situation ist gleichwohl noch weit davon entfernt, entspannt zu sein“⁴⁶³.

Wegen der in Aussicht gestellten Verbesserungen im deutschen Minderheitenschulwesen kam eine Beschwerde beim Völkerbund vorerst nicht in Betracht. Da der Wunsch, vom litauischen Kultusministerium eine ausdrückliche schriftliche Bestätigung der Zusagen des Staatspräsidenten zu erhalten⁴⁶⁴, unerfüllt blieb, wurde schon deutlich, daß eine Umkehr in der litauischen Minderheitenpolitik nicht zu erwarten war.

Tatsächlich nahm der Druck auf die deutschen Schulen nicht ab. Zu Beginn des neuen Schuljahres wurden zwei deutsche Lehrer von den Behörden versetzt⁴⁶⁵.

Im Laufe des Sommers 1931 stellte eine ganze Reihe von Gemeinden bei den Behörden Anträge auf Wiedereinführung der deutschen Unterrichtssprache in den inzwischen litauisierten Schulen. Dabei mußte der Kulturverband erfahren, daß diese Gesuche meistens gar nicht bearbeitet wurden. Mancherorts wurden die Unterzeichner der Anträge so bedrängt, daß sie ihre Unterschriften aus den Listen streichen ließen. Die Kreis- und Schulinspektoren verschickten Bescheide, wonach die Gesuche „laut der Resolution des Kultusministers“ abgelehnt wurden, dieses auch dann, wenn die Zahl der Kinder ausreichend war und die deutsche Nationalität durch amtliche Dokumente nachgewiesen werden konnte. In einigen Orten, so z.B. in Taurage, wurden sogenannte „evangelische Schulen“ eröffnet, wo den ganz überwiegend deutschen Kindern nur das Singen geistlicher Lieder in ihrer Muttersprache erlaubt wurde.

Nach Ansicht des litauischen Bildungsministeriums waren die Forderungen der deutschen Volksgruppe unbegründet. In einer für den litauischen Ministerpräsidenten bestimmten Stellungnahme dieses Ministeri-

461

Ebd.

462

Ebd.

463

Deutsche Gesandtschaft (Moraht) an den VDA vom 23.5.1931. PA R 60097.

464

AA an deutsche Gesandtschaft vom 29.6.1931. PA R 60097.

465

DN vom 16.8.1931.

ums erklärte man, es beständen genügend deutsche Schulen und die Unterschriften auf den Gesuchen seien nicht korrekt zustande gekommen. Man habe Deutsche unterschreiben lassen, die gar keine Kinder im schulfähigen Alter hatten oder nicht aus dem entsprechenden Schulbezirk stammten, und es seien sogar Unterschriftenfälschungen vorgekommen. Auf die Paßfrage ging das Bildungsministerium jedoch eher ausweichend ein und erklärte lediglich, daß jeder konkrete Fall überprüft werden müsse und Änderungen in diesen Dokumenten nur von den Dienststellen des Innenministeriums vorgenommen werden könnten. Bei Überprüfungen habe man festgestellt, daß die Unterzeichner der Gesuche nicht in jedem Falle eine deutsche Schule wünschten, sondern auch mit einer litauischen Schule mit einigen Stunden Deutschunterricht zufrieden wären. Der Ministerpräsident solle nach Ansicht des Bildungsministeriums die Beschwerden der Deutschen kritisch betrachten⁴⁶⁶.

Nach Einschätzung des Kulturverbandes waren die Unterdrückungsmaßnahmen, die als „systematische Entdeutschung“ empfunden wurden, in den Kreisen, in denen die Deutschen am dichtesten siedelten, vor allem in den Kreisen Vilkaviškis und Šakiai, am härtesten. Von den elf in der amtlichen Statistik als „deutsch“ bezeichneten staatlichen Volksschulen wurden von der Volkstumsorganisation nur zwei als solche anerkannt. In den anderen wurde ein großer Teil der Fächer in litauischer Sprache erteilt.

In einer im Dezember 1931 vom Kulturverband überreichten Denkschrift an die litauische Regierung hieß es, „die unhaltbare Lage der deutschen Minderheit und die systematische Reduzierung ihrer Schulen“ seien „offensichtlich“. Man forderte

„I. Die deutschen Kinder, deren Eltern deutscher Nationalität sind und sich zum Deutschtum bekennen, ungeachtet der Eintragung in den Pässen, die größtenteils falsch sind, nicht zu hindern, deutsche Schulen zu besuchen.

II. Beim Vorhandensein einer genügenden Kinderzahl deutsche Schulen zu eröffnen.

III. In den Schulen in Jurbarkas, Vilkaviškis, Vištytis, Kaunas-Schanzen und Pilwischky fernerhin auch in den Schulen in Virbalis, Obšrutai, Kaunas-

Stellungnahme des Bildungsministeriums zu der Kritik des Kulturverbandes an der litauischen Schulpolitik vom 28.10.1931. LVA F. 391, Ap. 3, b. 1770.

Alexoten und Tauragç den Unterricht gemäß den Bestimmungen des §11 des litauischen Volksschulgesetzes zu gestatten.

IV. In Mariampolç, Šakiai-Strupy, Kybeikiai, Naumiestis/Krs. Šakiai, Kapiškis und Kalvarija wieder Schulen laut §11 des litauischen Schulgesetzes zu gestatten.

V. In Lankupçnai, Varteliai (Vartelen), Beržiniai, Reèiùniai, Mickai/Krs. Schaky und Liudvinova den vorhandenen Kindern deutscher Nationalität entsprechende Schulen zu eröffnen.

VI. Die Behörden des Kultusministeriums aufmerksam zu machen, die Kinder nicht zu hindern, deutsche Schulen zu besuchen, und die Lehrer, die die Kinder in der Muttersprache unterrichten, nicht zu verfolgen⁴⁶⁷.

Über eine Antwort der litauischen Regierung auf dieses Denkschreiben ist nichts bekannt⁴⁶⁸.

Da die finanziellen Mittel der Volkstumsorganisation kaum ausreichten, um die bestehenden Privatschulen zu unterhalten, war an die Neugründung von Kulturverbandsschulen nicht zu denken. Aus diesem Grunde sah man einen Weg zur Verbesserung der Situation nur darin, die litauischen Behörden zur Wiedereinsetzung des deutschen Unterrichts in den staatlichen ehemals deutschen Schulen zu drängen. Verschiedene Vertreter der Deutschen aus der Provinz suchten gemeinsam mit Mitgliedern des Hauptvorstandes den Kultusminister auf, jedoch ohne Ergebnis.

Auch der Antrag auf eine Übernahme der Heizkosten der Kulturverbandsschulen durch das Bildungsministerium⁴⁶⁹ wurde abgelehnt⁴⁷⁰.

Denkschrift des Hauptvorstandes des Kulturverbandes (Rogall, Kossmann) vom 23.12.1931. PA R 60098.

Ein halbes Jahr später fragte der Kulturverband noch einmal nach und bat um eine Bearbeitung der Eingabe und um eine Antwort. Kulturverband (Kossmann) an das Bildungsministerium vom 25.5.1932. LVA F. 391, Ap. 3, b. 1773.

Kulturverband in einem Schreiben an das Bildungsministerium vom 24.5.1932. LVA F. 391, Ap. 3, b. 1773.

Schreiben des Bildungsministeriums an den Kulturverband vom 30.5.1932. LVA F. 391, Ap. 3, b. 1773.

Der Kulturverband konnte einen Erfolg nur darin sehen, eine weitere Verschlechterung der Situation dadurch verhindert zu haben, „daß der brutalen Unterdrückungspolitik der litauischen Regierung durch die unerschrockene Abwehr der Riegel vorgeschoben“ wurde⁴⁷¹.

Während sich die Situation des deutschen Schulwesens angesichts der Haltung der litauischen Behörden nicht verbessern ließ, konnte der Kulturverband, der seit 22. Januar 1932 unter der Leitung von Rogall stand⁴⁷², insgesamt eine positive Bilanz seiner Arbeit ziehen. Die Volkstumsorganisation hatte ihr Betätigungsfeld beträchtlich ausgebaut und unterhielt eine Arbeitsvermittlungsstelle⁴⁷³, gründete sogenannte „Volksbibliotheken“, führte Spendensammlungen durch, veranstaltete Theateraufführungen in der Provinz und gab mit der Zeitung „Deutsche Nachrichten für Litauen“ ein „Sprachrohr des Kulturverbandes“ heraus. Durch die Zeitung wollte man ein Gegengewicht gegen die ebenfalls in deutscher Sprache erscheinende litauische Zeitung „Srovç“ („Der Strom“) schaffen und erhoffte sich insgesamt eine „Stärkung des nationalen Empfindens“ angesichts einer immer schärfer werdenden „Entnationalisierungspolitik der litauischen Regierung“⁴⁷⁴.

Neugründungen von deutschen Schulen oder auch Umwandlungen von litauischen in deutsche gab es auch in den darauffolgenden Jahren nicht. Dem Kulturverband, dessen Leitung am 5. Juli 1932 an Pastor Kupffer übergegangen war und der nun von inneren Streitigkeiten weitgehend frei war, gelang es trotz massiver Intervention bei litauischen Stellen und weiterer Anträge und Denkschriften⁴⁷⁵ nur zum Teil, einer weiteren Verschlechterung der Situation entgegenzuwirken.

Im Sommer 1933 wurden die deutschen Volksschulen in Jurbarkas, ūvyriai und Šakiai geschlossen und die Schüler in litauische Schulen eingegliedert. Als Begründung diente vor allem das Argument, daß die Eltern der Schüler laut Paßeintragungen dem litauischen Volkstum an-

471

Bericht über die Tätigkeit des Kulturverbandes der Deutschen Litauens vom 26.9.1931 bis April 1931. BA R 57 neu/1083-1.

472

Unterlagen zur Vereinstätigkeit. PA R 84957.

473

DN vom 30.1.1932

474

Ebd.; siehe auch Schreiben des Kulturverbandes (Rogall) an die Deutsche Stiftung vom 2.4.1932. BAPO 61 Sti 1/62409.

475

So z.B. am 24.12.1932. Schreiben des Kulturverbandes (Rogall, Kossmann) an das Bildungsministerium. LVA F. 391, Ap. 3, b. 173.

gehörten und daher nicht das Recht hätten, eine deutsche Minderheitenschule zu besuchen⁴⁷⁶. Dagegen wurde die am 22. Juli 1933 verfügte Schließung der deutschen Schule in Pilviškiai (Pilwischken) im September zurückgezogen, nachdem eine Delegation des Kulturverbandes, bestehend aus den Vorstandsmitgliedern Kaspereit, Kossmann und von Cerpinsky, am 10. August und 6./7. September 1933 beim Innen- und beim Kultusminister vorgesprochen und auch ein Schreiben an den Staatspräsidenten Smetona gerichtet hatten⁴⁷⁷. Die deutsche Volkstumsorganisation trat jetzt radikaler auf, kündigte an, bei dem Kampf um die Erhaltung der Schulen „bis zur Anwendung der äußersten Mittel“ zu gehen und es wegen der Mißachtung der zugesicherten Rechte „früher oder später zu einem internationalen Konflikt“ kommen zu lassen⁴⁷⁸.

Die deutschen Stellen verzeichneten im letzten Halbjahr des Jahres 1933 „eine besonders starke Verschärfung der deutschfeindlichen Maßnahmen“; das Minderheitenschulwesen befand sich in einer „Notlage größten Ausmaßes“⁴⁷⁹. Im Dezember 1933 verlangten die litauischen Behörden von allen Kulturverbandsschulen genaue Verzeichnisse der Schüler, wobei es insbesondere um die Feststellung der Nationalität ging⁴⁸⁰. Infolge der anschließend vorgenommenen Überprüfung wurden 1934 zwei weitere Kulturverbandsschulen von den Behörden geschlossen, die seit langem geplante Neugründung einer deutschen Volksschule in Taurage scheiterte, und nur durch die Einrichtung von Internaten gelang es, das Absinken der Schülerzahl und damit die Schließung weiterer Privatschulen zu verhindern⁴⁸¹.

Auch im Schuljahr 1934/1935 hatte das deutsche Minderheitenschulwesen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die „deutsch

476

Richard Kossmann als Geschäftsführer des Kulturverbandes in einem Bericht "Die Schulschließungen in Georgenburg, Zvyren und Schaken", o.D. (Ende 1933). PA R 84956.

477

DN vom 22.7.1933; 19.8.1933; 16.9.1933; 23.9.1933.

478

Bericht "Schwere Übergriffe auf das deutsche Schulwesen", o.D. (1933). BA R 69/110.

479

Bericht "Zur Lage des deutschen Schulwesens in Litauen", Dezember 1933. BA R 69/110.

480

DN vom 9.12.1933.

481

Wie Anm. 479

feindliche Stimmung“ und die „Hetze der Presse“ hatten zugenommen, und eine „einigermaßen normale pädagogische Arbeit“ war unmöglich⁴⁸². Das wegen der Memel-Frage besonders angespannte deutsch-litauische Verhältnis wirkte sich in dieser Zeit ganz besonders auf die deutschen Minderheitenschulen aus. Lehrern des Deutschen Gymnasiums und der Mittelschule in Šiauliai wurden die Arbeitsgenehmigungen nicht verlängert⁴⁸³, und der zur Führung des Kulturverbandes gehörende Konstantin von Cerpinsky wurde wegen „Aufhetzung des einen Bevölkerungsteiles gegen den anderen“ zu 300 Lit Geldstrafe verurteilt. Er hatte litauischen Staatsbürgern geraten, Anträge auf Änderung des Nationalitätenvermerks im Paß bei den Behörden einzureichen⁴⁸⁴. Verschiedentlich versuchten die Behörden mit dem Hinweis auf den angeblich schlechten Zustand der Gebäude oder auf fehlende Lehrmittel, Schulschließungen zu begründen. In diesen Fällen wurden entweder Verbesserungen vorgenommen oder man erbrachte den Nachweis, daß die räumlichen Verhältnisse an litauischen Schulen nicht besser waren⁴⁸⁵. Zwar war es dem Kulturverband gelungen, die Zahl der Privatschulen auf dem Vorjahresstand zu halten, die Volksschule in Naumiestis/Tauragç schien jedoch stark gefährdet zu sein. Wegen der falschen Paßeintragungen wurde bis auf drei Kindern allen anderen die Teilnahme am Unterricht verwehrt. Neugründungen scheiterten immer wieder an formalen Gründen, oder entsprechende Gesuche wurden von den Behörden gar nicht bearbeitet. Erstmals erschien im Sommer 1934 in den Deutschen Nachrichten die Meldung, daß es im Bereich des Minderheitenschulwesens mehr Lehramtskandidaten als offene Stellen gebe⁴⁸⁶.

Aus finanziellen Gründen konnte die Zahl der Internate nicht weiter vergrößert werden. Nachdem die staatliche deutsche Volksschule in Pilviškiai litauisiert worden war, wurde auch das dortige Internat ge-

482

Bericht "Zur Lage des deutschen Schulwesens in Litauen", Dezember 1934. BA R 69/110.

483

Deutsche Gesandtschaft in Kaunas (Mohrmann) an das AA vom 18.9.1934. PA R 84956.

484

Deutsche Gesandtschaft (Zechlin) an das AA vom 16.6.1934. PA Kult. IV A, Akten betr. Förderung des Deutschtums in Litauen, Bd. 1/4.

485

DN vom 20.7.1935.

486

DN vom 7.7.1934.

